

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Monatspreis 1,10 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sozialdemokratische Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Artikeln 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 12 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Zum Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500,— (darunter Angenandt 50,— Schäfer v. d. Seyditzstraße 10,— Enkel 2,—) 6. Kreis 3000,— Berlin diverse Beiträge: A. S. 5,— D. L. 2. 100,— L. u. S. 10,— M. S. Lübeckstraße 4,— Die Contobucharbeiter v. Wedding 5,— A. S. u. A. L. Alexandrinenstr. 27 10,— S. S. 50,— A. S. 50,— Konstitution zum Kampf für Wahrheit und Recht 4,— „Fahrt wohl“ 10,— Jüergel 1,— Arbeiter der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 26,— A. L. U. Glogauerstraße 8,— Hansfabriek 1,— Gutenberg 30,90,— Von Nitel der U. Dr. 3,50,— Cohn 1,— Weisberg 1,— Weisbergs Viehklasse 3,— G. D. Gührer 1,— Fern 50,— Bremen, von den Parteigenossen 300,— Breslau, sozialdemokratischer Verein 100,— Buzschube, von den Alten durch Weber 3,— Köln a. Rh., Parteibeitrag von Stadt Köln 70,— Dreiflügelhaken (Wahlkr. Reichsb.-Neurode), Wahlverein 5,— Fallenberg (Oberst) 3,— Frankfurt a. M., F. H. 2,— Gotha, durch den Vertrauensmann 20,— Großhellerleben, L. Str. d. socialdem. Kreisver. d. Wahlkr. Banzenleben April/Dez. 60,— Grödingen bei Durlach i. V., socialdemokr. Verein 15,— Ludenwalde, Rufus (2 Malen) 10,— Ludwigshafen a. Rh., socialdemokr. Verein 200,— Mannheim, socialdemokr. Verein 200,— Wülshausen i. E., Einzelmitglieder der socialdemokr. Partei Deutschlands 10,— Rausheim, Mannheimer Aktien-Druckerei, A. G. 1000,— Pflüngen, Waldhäuser 5,— Rürnberg, socialdemokr. Verein 350,— Nordische Wasserlaute 60000,— Reusdorf (Herz. Stoburg) A. G. 5,— Rürnberg, S. u. M. 4,— Orlau 47,45,— Oberhausen-Mitden a. Rh., durch den Vertrauensmann 20,— Oberlangensblau, durch A. Nilsen, Parteibeitrag aus dem Eilenberg 100,— Posthappell bei Dresden, d. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 1500,— Reichensbach i. Schl., von Genossen 20,— Reichensbach i. Schl., Wahlverein 10,— Randow-Greifswalder, socialdemokr. Wahlverein, 4. Quartal 1903 100,— Witzgenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3,— Stettin, socialdemokr. Wahlverein 500,— Stuttgart, G. U. 10,— Strahburg i. E., Altvater 5,— Sachsen-Weimarische Landesorganisation, 4. Quartal 1903 durch L. 20,— Solingen, durch das Kreis-Lomitee 25,— (darunter vom Volksverein Solingen 15,—), Tanga, Island, G. Raju 1,80,— Ueberdruck des preussischen Landtags-Wahlkr. nos 8364,58,— Württemberg 100,— Waldheim, Wahlverein, viertes Quartal 1903 25,—

Berlin, den 18. Januar 1904.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Deutsch-Rußland.

Rußland ist der Nährboden, der die moderne Entwicklung Europas belastet. Rußland ist der mächtige Hort aller Reaktions Tendenzen. Auf Rußland richten sich in Westeuropa alle konservativen und abstrakten Erwartungen. Preußen und Deutschland — in der geographischen Mitte zwischen Rußland und den Westmächten — geben den Schauplatz, auf dem russische Reaktion und westeuropäische Entwicklung seit Jahrzehnten in noch immer unentschiedenen Kämpfen ringen. Preußen wird Rußland nicht los und je mehr das Volk in Preußen und Deutschland westeuropäisch geworden, um so mehr wird das herrschende Preußen und Deutschland russisch und sibirisch. Das konservative Junkertum Preußens begeistert sich ebenso für den östlichen Nachbarn, wie es die westlichen Demokraten haßt, und dieses Junkertums Kulturbau ist zugleich die beherrschende Macht über die Regierung in Preußen und Deutschland.

An der Spitze des Reiches steht ein Staatsmann, der das Bedürfnis zeigt, einen Schein moderneren Wesens zu gewinnen, der eine Weltpolitik vertritt, die, wie die Gläubiger einst verneinten, hinausführen sollte aus der Enge, aus allem Schutt in freie Weite. Doch der moderne Willens ist des tragenden Scheines längst entleert, und, trotz Seelst und Weltpolitik, trotz Engländer und Amerikaner, verbleibt Preußen-Deutschland im russischen Sarni.

Die deutsche Politik hat an allen Thoren angelockt und wurde an allen Thoren abgewiesen, bis sie zurückkehren mußte zur traditionellen Außenpolitik, die niemals etwas anderes bedeutete als die Herrschaft russischer Kulturwidrigkeit in Preußen und Deutschland.

Niemals noch ist diese Russenschmach so schmachlich zum Ausdruck gelangt als in der heutigen Reichstags-Verhandlung, da die Sozialdemokratie der Empörung über die unwürdigen Scherzgebienisse Ausdruck gab, die Preußen-Deutschland zur Erhaltung und Förderung der Russenreaktion fortgesetzt läßt.

Bereits in den vorigen Jahren hat unsre Partei die Regierung vergeblich zur Umkehr in zivilisiertere Wege zu rufen versucht. Der heutige Tag zeigt, daß die Regierung den russischen Weg fortsetzt und bis an sein äußerstes Ende zu gehen gewillt ist.

In ununterbrochener Fülle und in stets sich steigender Ungehörlichkeit sind in dem letzten Halbjahre die deutschen Untermöglichkeiten unter russische Befehle zu Tage getreten. Unsre Reichstagsfraktion wollte darum nicht den Etat des Auswärtigen Amtes erwarten, um diese Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, sie hat durch besondere Interpellation diese Zustände im Zusammenhang vor die deutsche Öffentlichkeit gebracht und der Verurteilung durch das deutsche Volk unterbreitet.

Unser Parteigenosse Haase, der in Königsberg besonders reichliche Gelegenheit hatte, den Russendienst der deutschen Regierung zu erfahren, entnahm das Wichtigste aus dem massenhaften Material und trug es sachkundig und in der ersten Eindringlichkeit vor, die dieser Aufgabe ziemt. Er schilderte die Ausbreitung des russischen Spitzelwesens in deutschen Städten, das schamlose Treiben dieser erbärmlichen Existenzen, die gegen Vergütung ehrenwerte Menschen verdächtigen und ins Unglück stürzen, die zur Durchführung ihrer edlen Zwecke verächtliche Handlungen allerlei Art

nicht scheuen, die in Wohnungen einbrechen, zu Fahrlässigkeiten provozieren, Postbriefe und Druckschriften unterschlagen. Deutsche Behörden treten in Beziehungen zu solchen Ecken; Grenz-Goltsbehörden, Polizeibehörden, Justizbehörden, ja, auch Universitäten werden Mitschuldige an der Ueberantwortung der freigeistlich begeisterten Jugend Rußlands an die russisch-sibirische Barbarei. Selbst elementarste Bestimmungen deutscher Gesetze gehen dabei zu Grunde; es werden Männer und Frauen als „lästige Ausländer“ ausgewiesen, die nichts gegen deutsche Gesetze begangen; es werden Hausdurchsuchungen vorgenommen, nicht weil Thatsachen für den Verdacht der „Lästigkeit“ vorliegen, sondern weil solche Thatsachen erst gesucht werden sollen; es wird zu Gunsten Rußlands wegen Geheimbündelerei gegen deutsche Reichsangehörige prozessiert; es werden Strafanträge von der russischen Regierung erbeten, um deutsche Reichsangehörige wegen Hochverrats gegen Rußland und wegen Beleidigung des Zaren zu verfolgen. Jede Thatsache, die der Redner vorführte, bedeutete eine Anklage, eine Anklage wider den Verrat der deutschen Ehre und Würde.

Die Wucht der Thatsachen und die Kraft unsres Redners zwangen die bürgerlichen Parteien, die zunächst verständnislose Unaufmerksamkeit gezeigt hatten, zu einiger Einsicht in den Ernst der Frage. Die Ausführungen Haases verließen selbst in diesem der kulturellen Erregung kaum zugänglichen Reichstag nicht ohne Eindruck. Was aber wird die Regierung antworten?

Der Staatssekretär v. Richthofen hat vor Jahresfrist die ihm befohlenen Aufzeichnungen bereits inbrünstig verhandelt und es war nicht zu erwarten, daß er ohne Weisung von höherer Stelle die frühere Haltung angeben könnte. Es geschah aber, daß der Staatssekretär umgekehrt die vorjährige Haltung verlegnete, indem er den Russendienst im gesamten Umfang und in all seinen widerwärtigsten Erscheinungen billigte und verherrlichte.

Kein russischer Minister kann eifriger für russische Interessen eintreten als der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Kein russischer Kulturfeind kann die Kultur schmählicher verleugnen als dieser Staatssekretär, der die Schmach der russischen Spitzeluntriebe billigt, der die Königsberger Prozeßführung verteidigt, der schließlich, über alle bisherigen Aufstellungen noch weit hinaus, die Erklärung abgab, daß die Regierung Ankländer, die sie andeuten wolle, über diejenige Grenze bringen könne, die sie für die richtige halte! Die subaltern-russische Geistlosigkeit dieser Erklärung gab sich bald in brüsk herausforderndem Tone, bald in hochmütig verächtlichen Wendungen, bald gar in unerhörten Beleidigungen der russischen Jugend. So entfesselte dieser Staatssekretär der geistigen Bedeutungslosigkeit und des russischen Volkstums alsbald ungehörige Empörung auf sozialdemokratischer Seite, welche in erregten Unterbrechungen und Protesten ausbrach; der Vizepräsident v. Stolberg verfuhr vergeblich, die gerechte Empörung niederzuringeln.

Richthofen rief Vebel auf den Plan. Vebel entzog dem Staatssekretär sofort die ganze Grundlage des Russenrettungsversuchs, indem er feststellte, daß die Behauptung, es handele sich um die nötige Ueberwachung von gewaltthätigen und verbrecherischen Anarchisten, durch nicht die allergeringste Thatsache begründet worden sei, daß vielmehr die schändeste Vergewaltigung jeder freihellen Entwicklung Rußlands durch deutsche Hilfsbereitschaft betrieben werde. In lobender Enttäuschung wies Vebel die Herausforderungen des Staatssekretärs zurück und getheltete in scharfsten Worten die unsägliche Schmach, die Deutschland auf sich ladet.

Der Staatssekretär v. Richthofen darf im deutschen Reichstage russisch reden, ohne die bürgerlichen Parteien zu erregen. Antos-Bessifensheit und natürliche Reizung hatten ihn allzu russische Accente anschlagen lassen; das war dem Reichstage doch zu viel. Nicht nur der Abgeordnete Schrader von der freisinnigen Vereinigung legte mit guten Gründen Verwahrung gegen die fortschreitende Russifizierung, gegen die Rechtslosigkeit der Ausländer, gegen das Spitzelwesen ein, auch das Centrum sah sich zum Einspruch veranlaßt. Dr. Spahn schloß sich zwar nicht allen sozialdemokratischen Anklagen an, aber er forderte Ueberwachung und Ausweisung verbrecherischer Spitzel, er bedauerte die Dienstbarkeit der deutschen Polizei unter russische Spitzelwünsche, er vertwort die Ausweisung über eine bestimmte Grenze und polizeiliche Hausdurchsuchungen, die erst Verdachtsgründe herbeiführen sollen. Auch Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei sprach sich gegen die Russenwirtschaft aus, und die Zustimmung, die der Regierung allein von konservativer Seite zu teil wurde, vollendete die Blamage des russischen Staatssekretärs v. Richthofen.

So erntete die Regierung zur moralischen eine arge parlamentarische Niederlage. Die Sozialdemokratie darf der Regierung danken, daß sie durch allzu lede Herausforderung die Schmach des Russendienstes auch den bürgerlichen Parteien zum Bewußtsein bringt. Unsre Aufgabe ist es, die schmachlichen Zustände, die wir aufgedeckt haben, unablässig zu verfolgen und unser Land von der Entwürdigung zu befreien, der eine kulturvergeßene Regierung es überliefert.

Kapitalistische Machtproben!

Das ist die kapitalistische Legende: Jeder Arbeiter kann es, wenn er fleißig und intelligent ist, durch seiner Hände Mühe zu einer behäbigen Lebensstellung bringen. Die Arbeiterschaft als Ganzes entwickelt sich zu immer höherem Lebensniveau, sie gewinnt stetig reicheren Anteil an den Schätzen der bürgerlichen Gesellschaft. Es sei die infame Lüge der sozialistischen Hege, daß es für die Millionen der Proletarier — innerhalb ganz enger Schranken — keine Möglichkeit gebe, jemals ihre Lage erblich zu verbessern. Vielmehr sei auch in dieser Hinsicht der Kapitalismus die göttliche

Ordnung der unbegrenzten Möglichkeiten. Und wenn auch, wie man zugeben müsse, der einzelne Arbeiter zu schwach sei, um dem Kapital gewachsen zu sein, um, so organisiere man die Selbsthilfe und alle berechtigten und vernünftigen Ansprüche der Arbeiter können erfüllt und der schrankenlosen Willkür etwaiger verblendeter Unternehmer erfolgreich Einhalt geboten werden. Organisierte Selbsthilfe ist das Ausgleichsmittel, um die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Unternehmer und Proletarier herzustellen, wenn sie einmal — was ja vorkomme — gestört werden sollte.

Das ist die Doktrin des Kapitalismus; so rechtfertigt er sich in der Theorie. Da nun das entscheidende Mittel der organisierten Selbsthilfe die Arbeitsniederlegung ist — der Streik als Instrument der Selbsthilfe ist dem Prinzip nach dem liberalen, nicht dem sozialistischen Gedankenkreis entnommen — so müssen die Theoretiker des kapitalistischen Ideals logischer Weise nicht nur theoretisch die günstigen Erfolge solcher Aktionen behaupten, sie müssen den schärfsten Wunsch haben, daß die Wirklichkeit des sozialen Lebens ihre optimistischen Behauptungen nicht Lügen strafe. Sie müssen jeden Kampf der organisierten Selbsthilfe, den Arbeiter um Besserung ihrer Existenzbedingungen aus eigener Kraft führen, mit ihren Sympathien und ihrer Unterstützung begleiten. Sie müssen trauern über jede Niederlage der Arbeiter, über jeden Mißerfolg des Streiks. Denn jedes Scheitern der Selbsthilfe würde ihre theoretische Voraussetzung zu Schanden machen, daß die Arbeiter im freien Wettbewerb aufwärts zu steigen vermögen. Siege der Kapitalisten sind — als logische Konsequenz der bürgerlichen Lehre — Niederlagen des Kapitalismus. Triumphe der Unternehmer beweisen in diesem Gedankengang nur, daß das Proletariat innerhalb der bestehenden Ordnung nichts oder so gut wie nichts, auch mit Anspannung aller Kräfte und Aufbietung aller Opfer, zu erreichen imstande ist, daß nur die Eroberung der Staatsgewalt und die Beseitigung des Kapitalismus die Ketten der Lohnsklaverei brechen können.

Aber diese Theorie des kapitalistischen Optimismus, die in Tausenden von Flugschriften und Zeitungsaufschlägen die unermesslichen Freiheiten des Kapitalismus für das Proletariat gegenüber der Sozialdemokratie verkündet, verdrängt sofort in der brutalen Wirklichkeit der kapitalistischen Praxis. Das enge und rohe Klassenbewußtsein der Unternehmer spottet der Gedankenfüdelungen ihrer Soldatentreiber. Aufen die Sophisten des Kapitalismus dem Proletariat zu: Nützt nur eure Hände und ihr werdet Gewaltiges erringen, so schreien die Kapitalisten: Wagt es nur, auf eure Kraft zu bauen, wir werden euch zerschmettern, ihr könnt gar nichts, ohne uns, die Herren! Verlaßt euch mit der Selbsthilfe, und ihr werdet erfahren, daß es innerhalb der kapitalistischen Ordnung keine Möglichkeit giebt, Euch zu emanzipieren.

Die Klassenborniertheit des Unternehmertums schlägt den Klopfschreier des Kapitalismus die einzigen Waffen rüd aus der Hand. Die Kapitalistenklasse läßt zwar Traktaten schreiben, um es den Arbeitern zu beweisen, wie herrlich weit sie es bringen könnten. In ihrem eignen Geschäft haben sie kein heiteres Gemüthe, als dem Proletariat die Ausichtslosigkeit ihrer wirtschaftlichen Vermögenshandhabung zu demonstrieren. Was sähren sie die Theorien! Welche Tendenzen der Kapitalismus hat, ist ihnen da ganz gleichgültig. Ihr Massenegoismus wird ausschließlich von andren Erwägungen tyrannisiert und gelenkt: Sie wollen Herren im Hause sein, sie wollen keinen Pfennig mehr, als unbedingt notwendig, von ihrem Profit einbüßen, sie wollen vor allem nicht das Arbeitsbewußtsein der Arbeiter auskommen lassen; das ist ihnen das unheimlichste Gefühl, daß diese verwünschten Arbeiter, von deren Ausbeutung sie leben, ihre Unentbehrlichkeit im Produktionsprozeß kennen und beweisen. Die Arbeiter sollen schästen, aber sie sollen nicht zum Bewußtsein kommen, daß die Herren von ihnen leben, die Unternehmer wollen in patriarchalischem Glanze ihre Wohnstellung behaupten, daß sie es sind, die den zur Arbeit Geborenen Brot und Dasein spenden. Da aber in jedem Streik sich die Ueberflüssigkeit des Unternehmertums und die Arbeiterschaft als die produktive Klasse erweist, darum haßen sie den Streik, darum entfesseln sie alle Gewalt des Kapitals, um Arbeiterzustände niederzuwerfen, darum jubeln sie und jauchzen, wenn es ihnen gelingt, für den Augenblick als die Stärkeren sich zu erweisen. Und sie merken es in der Leidenschaft ihres Klassenhaßes gar nicht, daß solche Siege doch nur beweisen, daß in der kapitalistischen Ordnung nicht das Recht, nicht die Wohlfahrt der Schwachen sich durchringt, sondern das Faustrecht der Besitzenden.

So klingt denn auch jetzt wieder, nachdem die tapferen Weber von Crimmitschau darauf verzichtet haben, den Kampf weiter zu führen, ein unmähiges und unsägliches Jubelgeschrei über diesen Triumph des koalitierten Unternehmertums in den von ihnen ausgehaltenen Organen; die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, schwingt sich sogar zu einem Extrablatt der Freude auf. Wie werden auf diese Reuegerungen der Industriepresse noch zurückkommen. Daß überall von der Nachprobe und der Niederlage der Sozialdemokratie die Rede ist, versteht sich von selbst, so dumm auch dies lägenhafte Gewäsch ist, das nicht erschütternd und klüger durch hundertmalige Wiederholung wird. Wie eine von den Unternehmern herbeigeführte Aussperrung eine Machtprobe der Sozialdemokratie sein soll, bleibt tiefstes Geheimnis der Schreiblehrlinge der Industriellen; es scheint als ob die Unternehmer gegenwärtig die Machtproben der Sozialdemokratie machen. Die sozialdemokratische Partei hat begonnen, die ausgesperrten Weber von Crimmitschau zu unterstützen, als die sächsische Staatsgewalt sich in den Dienst des Unternehmertums stellte. Das war ihre Pflicht. Welches parteipolitische Interesse aber die Sozialdemokratie an sich an Streiks haben sollte, ist nicht einzusehen. Streiks sind

vielleicht in den Anfängen einer modernen Arbeiterbewegung bedenkliche Weichen des Klassenbewusstseins. Im Lande der stärksten Sozialdemokratie, bedarf die Partei solcher Aktionen nicht; hier sind Streiks ausschließlich Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bestimmter Berufe, sie sind rein gewerkschaftlicher Natur. Sie beweisen zwar immer auf neue in greller Eindringlichkeit die Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, aber die Partei bedarf ihrer nicht, um diese tiefste und sicherste Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft zu demonstrieren. Im Gegenteil; die schweren Opfer, die in Streiks und Ausperrungen gefordert werden, können sogar ungünstig auf die Mittel der politischen Bewegung zurückwirken. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse sind Bemühungen, innerhalb der gegenwärtigen Ordnung Verbesserungen zu erzielen. Würde erwiesen, daß solche Mittel untauglich sind, so wäre damit nur die Ausichtslosigkeit demonstriert, daß das Proletariat nie etwas zu erreichen vermag, so lange die gegenwärtige Ordnung besteht.

Politische Machtpoker mit wirtschaftlichen Mitteln unternimmt vielmehr das Unternehmertum. Eine kapitalistische Machtpoker war der Kampf in Grimmitzschau von Anfang an. Weil ein paar hundert Arbeiter in den Ausstand traten, darum wurden 7000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Die ganze Staatsgewalt ließ dieser kapitalistischen Machtpoker ihre Hilfe. Aus der Tendenz, eine Machtpoker des Unternehmertums zu wehren, sparte sich das gesamte deutsche Unternehmertum um die stolzen in Grimmitzschau. Es war eine Machtpoker, die rein politische Zwecke verfolgte und durch keinerlei sachliche Erwägungen erzwungen war. Der Jehn- und Montag konnte den Grimmitzschauer Arbeitern ohne jede Benachteiligung des Unternehmerprofits bewilligt werden. Wenn die Fabrikanten sich dennoch weigerten, so taten sie es eben lediglich zu dem Zweck, um zu beweisen, daß die Kapitalisten die Stärkeren seien. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird das deutsche Unternehmertum solche Machtpoker unumkehrbar systematisch organisieren — in seiner Klassenborniertheit der wirksamste Agitator für seine Todfeinde, die Sozialdemokraten.

Dem wäre es nun wär, daß die kapitalistische Machtpoker in Grimmitzschau gelungen, daß all die erhabend gewaltige Solidarität des Proletariats sich als ohnmächtig erwiesen gegenüber dem Herrscherdünkel einiger Kapitalisten, was wäre erreicht, was wäre demonstriert? Doch nur eines: Wäre es möglich, daß der beschränkte Trotz einer Handvoll von Unternehmern — gegen die Millionen des opferbereiten kämpfenden Proletariats — einen kleinen sozialpolitischen, längst als notwendig erkannten und für das Unternehmertum völlig unschädlichen Fortschritt zu hemmen vermag, so wäre das das Todesurteil einer Gesellschaft, die darauf beruht, daß ein paar Besitzende Leben und Kultur zu hemmen und zu unterdrücken die Macht hätten. Die Kapitalisten haben sich allerdings als unbeschränkte Herren im Hause erwiesen, aber in einem zusammenstürzenden Hause, das keinen Tag länger wegen seiner Gemeingefährlichkeit bewohnbar wäre.

Zum Glück aber, könnte man sagen, gerade für das Unternehmertum, ist der Triumph der Grimmitzschauer Fabrikanten nur eingebildeter Sieg. Zwar hat er tatsächlich die Machtfrage eines organisierten, zähen, schicksalstollen Kapitalterrors wiederum gelehrt, aber er hat zugleich auch die Kraft der proletarischen Solidarität gezeigt. Die Weiber von Grimmitzschau haben nicht gebrochen, als willenslose Vestalgen in die Fabriken zurück. Sie haben auf der Höhe des Kampfes, in voller Kraft, die Waffen niedergelegt, weil ihre Klugheit und Besonnenheit ihnen dazu riet. Der letzte Grund zu ihrem nichteren und ruhigen Entschluß war der folgende: Nachdem die Arbeiter die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß die Unternehmer, aufgehetzt durch die Schwarzarbeiter, auch bereit wären, die nächste Saison preiszugeben, standen die Ausgesperrten vor der Frage: Wollen wir noch sechs Monate die Arbeit ruhen lassen, sechs Monate den Weibern von Grimmitzschau und der gesamten Arbeiterschaft die dazu notwendigen Opfer auferlegen? Mitte Januar war der kritische Augenblick. Jetzt die Arbeit nicht aufnehmen, hieß auch die kommende Winter-saison verlieren, bedeutete Fortsetzung des Kampfes mindestens ein weiteres halbes Jahr. Darum gaben sie, als die Klügeren nach. Sie hätten den Kampf weiter führen können, — die Mittel waren da — aber je länger er währte, desto ungünstiger wurde das Verhältnis der Opfer zum möglichen Gewinn. So kehrten sie, ungeduldig, zur Arbeit zurück. In dem Flugblatt, das zur Aufnahme der Arbeit auffordert, heißt es:

„Über eine Fortsetzung des Kampfes um ein weiteres halbes Jahr wäre gleichbedeutend mit vollständigem Ruin der Grimmitzschauer Fabrikanten, mit vollständigem Ruin der Grimmitzschauer Industrie und des ganzen Gemeinwesens. Ein solcher Ruin würde andererseits auch bedeutende Schädigungen Gurer selbst zur Folge haben.“

Der Arbeiter weiß, daß das Interesse der Stadtgemeinde Verlässlichkeit erheischt. Mit seinem ganzen Sinnen und Trachten, seinem Fühlen und Denken steigt er bei seinem Gemeinwesen, bei seiner Heimat. Dem gemeinsamen Wirken des gesamten wertthätigen Volkes verdankt die Stadtgemeinde ihr Ansehen, ihre Blüte. Und diese Blüte, diese Größe der Gemeinde zu erhalten, muß immer das Streben des gesamten Volkes sein. Der Arbeiter, die Arbeiterin, der Vater und die Mutter, sie können sich nur wohl fühlen in einer blühenden, nach aufwärts strebenden Zusammengehörigkeit. Kann es deshalb den 8000 Proletariats gleichgültig sein, ob ihre Stadtgemeinde im innersten Mark erschüttert wird und schließlich zu Grunde geht? Nein! Das Unternehmertum hat bewiesen, daß es Rücksicht auf die Allgemeinheit nicht nimmt. Es führt das Wort „Gemeininteresse“ im Munde und tritt das Gemeininteresse mit Füßen. Der Arbeiter steht auf einer höheren Warte. Er kann nicht wollen, daß die Gemeinde, in der er lebt und wirkt, an der Minderwertigkeit einer Klasse zu Grunde geht.“

Und das Flugblatt zieht folgende Lehre aus dem Arienkampf: „Eine ganze Welt stand gegen Euch, die Armen, die Unterdrückten! Gegen Euch, die Entsetzten, die wirtschaftlich Schwachen, standen die Reichen und Mächtigen ganz Deutschlands und deren offizielle Institutionen. Wohlan denn: Lernet daraus! Glaubt nicht, daß dieser Kampf vergeblich war. Nicht von selbst fallen Euch Früchte in den Schoß. Bessere Zustände für die Arbeiter müssen erkämpft und erkämpft werden. Unter Weiden und Sämergen und Stämmen und Kämpfen schreitet die Arbeiterklasse nach vorwärts. So wird auch dieser Kampf seine Früchte zeitigen und vielleicht der Entscheidungskampf um den Jehn- und Montag gewesen sein. Schaut nicht hoffnungslos in die Zukunft! Schreitet mutig nach vorwärts einer schöneren Zukunft entgegen! Wennigst den Kampf in dem Bewußtsein, Eure Pflicht als Arbeiter, als Menschen im vollsten Maße erfüllt zu haben!“

Vor allen Dingen bleibt treu Eurer Organisation. Das Unternehmertum wird sich zu rächen suchen. Da wird die Organisation wiederum die Stütze sein, die helfend eingreift. Sie war es, welche Euch schützte, als Ihr auf Pfahle geworfen wurdet. Sie wird auch für die Zukunft Euch schützen. Deshalb, Genossen und Genossinnen, was da auch kommen mag: Kopf hoch, die Augen auf und vorwärts mit dem Auf: Es lebe die Solidarität des Proletariats! Es lebe der Jehn- und Montag!

Es ist zu erwarten, daß das Unternehmertum nunmehr einen Nachzug unternimmt gegen alle, die sich gegen ihr Herzensrecht auflehnen, die sich zu verteidigen, die freie Menschen zu sein wagen. Aber es ist dafür gesorgt, daß auch diese Machtpoker unwirksam sein wird. Noch stehen Hunderttausende von Mark den Grimmitzschauer Weibern zur Verfügung, genug, um die Opfer des Kapitalismus zu unterstützen.

Die Arbeiterkraft weiß die Machtpoker des Kapitals wohl zu würdigen. Sie sind ihrer Bestätigungen ihrer Weltanschauung. Sie feuern sie an zu neuer Arbeit, zum Kampf um die wirtschaftliche Besserung und die vollkommene Erlösung von der Sklaverei des Kapitalismus!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Januar.

Zum Herero-Krieg.

Dr. Stäbel erklärte zwar auch gleich Herrn v. Sillow, daß man über die Ursache des Herero-Aufstandes nichts wisse, er machte dann aber doch im Verlaufe seiner Ausführungen allerhand **Geständnisse**, die zur Erklärung des Aufstandes vollständig ausreichen.

Zunächst enthielt er die interessante Bemerkung, daß unsere südafrikanischen schwarzen Reichsangehörigen die Zeit vor der Hissung der deutschen Flagge noch nicht vergessen hätten. Damals seien sie frei und unabhängig gewesen. Herr Dr. Stäbel hätte auch gleich sagen sollen, was sie heute sind: des besten Teiles ihres Landes und ihres Viehbesitzes beraubte, ausgewanderte, mit Prügelein traktierte Kulis und Bettler!

In welchem Grade man sie ihrer Weidelage und ihres Viehes entledigt hat, beweisen ja die gestern citierten Zahlen der amtlichen Viehstatistik für 1902. Circa 800 weiße Ansiedler besitzen weit mehr Vieh, als 200 000 Eingeborene zusammengekommen! Und gleich dem Vieh hat man ihnen auch das bestes Land „abgelauft“. Wie es bei diesen „Käufen“ zugegangen ist, enthüllte ja Herr Dr. Stäbel selbst in seiner heutigen Rede: Die Eingeborenen wurden von den Weissen derartig ausgebeutet, daß die Regierung sich der übers Ohr gebauenen Schwarzen annehmen wollte. Aber da erhoben die biedereren Händler und Farmer ein solches Gekrei, daß die Regierung ihre Absicht aufgab und es bei einem unzulänglichen „Kompromiß“ bewenden ließ.

Eine Bestätigung für die unerhörte Ausbeutung der Hereros durch die habgierigen Händler liefert ein Artikel der „Frankf. Ztg.“, dessen Verfasser vor acht Monaten Deutsch-Südwest-Afrika bereiste und beobachten konnte, welcher Haß gegen die Händler sich bei den Eingeborenen angesammelt hatte. Die Eingeborenen hätten sich „freudlich und zugänglich“ gezeigt, nur aus ihrer Erbitterung gegen die Händler hätten sie keinen Gehl gemacht. Diese Händler hätten mit äußerster Rücksichtslosigkeit Schulden eingetrieben und im Falle des Zahlungs-unvermögens große Rinderheerden weggetrieben. Das ganze Volk der Hereros befände sich demnach „infolge unswürdiger Viehwirtschaft und Verschuldung in fortwährender Verarmung“. Es sei daher die höchste Zeit, daß eine Reform der Händlerwesen durchgeführt werde.

Trotz der von Herrn v. Stäbel selbst eingestandenen Thatsache der Ausbeutung der Hereros besah Herr Liebermann v. Sonnenberg die dreiste Stirn, gegenüber den Ausführungen des Genossen Bebel zu behaupten, die Hereros, deren Bebel sich angenommen, seien Diebe, Räuber und Mörder. Dieser Antisemitismus, dessen Specialität es ja wohl ist, sich über jüdischen Landwucher sichtlich zu erheben, findet also die **standalöse Auswucherung wehrloser Eingeborener durch arisch-teutische Viehhändler ganz in der Ordnung!**

Aber auch für die Behauptung, die Hereros seien Diebe, Räuber und Mörder, wird der Antisemitenhänfling nicht die Spur eines Beweises beibringen können. Nach der Kriminalstatistik der neuesten Denkweise über Südwestafrika wurden nämlich im Jahre 1902 in der ganzen Kolonie wegen Eigentumsvergehen, Raub, Erpressung, Brandstiftung usw. insgesamt 516 Eingeborene bestraft. Das sind 0,25 Prozent. Wegen der gleichen Vergehen wurden 28 Weiße bestraft, das macht bei einer weißen Bevölkerung von 4635 Köpfen 0,60 Prozent. Unter den Weißen war also die Zahl der Diebe prozentual mehr als **doppelt so groß**, als unter den Eingeborenen! Noch viel schlechter schneiden die Weißen ab, wenn man die Verbrechen und Vergehen wider die Person in Betracht zieht. Solcher Vergehen wegen wurden 1902 ganze 17 Eingeborene verurteilt, also auf je 11 764 Personen einer! Die Zahl der wegen dieser Delikte verurteilten Weißen beträgt dagegen 10, das macht auf je 463 Personen eine Verurteilung! Man sieht also, wo in Südwestafrika die Diebe und Räuber zu suchen sind, um einmal in der Liebermann v. Sonnenberg'schen Beratschamerung zu sprechen!

Brutalste Raubzüge

aber kennzeichnen einen Artikel „Der Herero-Aufstand“ in der „Täglichen Rundschau“. Dort setzt ein Kolonialfex als „selbstverständlich“ voraus:

„daß die Kosten, welche dem Reiche durch diesen Zustand erwachen und welche sehr bedeutend sein werden, nach Möglichkeit dem einzig zahlungsfähigen unter den aufständischen Eingeborenen Südwestafrikas und sicher auch dem Anführer des Aufstandes, dem Herero, aufgebürdet werden. Sein Land muß zu Kronland erklärt, aber nicht etwa später an Gesellschaften abgegeben, sein Viehreichthum muß ihm abgenommen, er selbst zum Arbeiter erzogen (!) werden. Auf dem Kronland soll man Reservisten der Truppen ansiedeln und mit diesem die jetzt schwer geschädigten Farmer entschädigen, das Vieh soll man an diese verteilen und den Hereros in absoluter Abhängigkeit erhalten.“

Man soll also den 80 000—100 000 Hereros einfach ihr ganzes Eigentum konfiszieren und sie dadurch zu Sklaven der Ansiedler machen! Eine profitable Kolonialpolitik, in der That. Erst nimmt man den rechtmäßigen Besitzern des Landes die bessere Hälfte des Landes und Viehes und treibt sie damit zu einem „Berzweiflungskampfe“, wie selbst Herr Dr. Stäbel sagte. Und dann benutzt man diesen Kampf dazu, den Riedergeworfenen den letzten Rest ihres Eigentums zu rauben. So achtet der Kapitalismus das Eigentum in den Kolonien!

Die dauernde Verstärkung der Schutztruppe gilt jetzt bereits als **ausgemachte Sache**. Die Regierung hat außer den 1 1/2 Millionen für den Krieg bereits 1 1/2 Millionen für die Verstärkung der Schutztruppe verlangt. Damit würde der jährliche Reichszuschuß für Südwestafrika auf 7 Millionen anwachsen. Damit 1200 deutsche Ansiedler, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter dort ihre Existenz frischen, zählt der deutsche Steuerzahler sieben Millionen. Jede Deutschland jedem dieser 1200 Personen bare 3000 M., so sparte es dabei noch immer 3 1/2 Millionen! Welch ein Geschäft, diese Kolonialpolitik!

Eine Wiederholung der China-Komödie befürchtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von der Truppenentsendung nach Südwestafrika. Das Blatt schreibt:

Vorausgesetzt, daß die Regierung keine neuen Meldungen erhoffen hat, die sie einseitigen noch geheim hält, müssen wir das ganze Verfahren, das sie jetzt einschlägt, als überstürzt und verfehlt bezeichnen. Berechtigt wäre es nur, wenn nach neuesten Meldungen eine bedeutende Verschlimmerung eingetreten wäre, und es sich darum handelte, so schnell wie möglich hart bedrängten Landkulten Hilfe und Rettung zu bringen. Davon kann aber bei ruhiger Betrachtung der Lage nicht die Rede sein.

In Südwestafrika steht eine wohlbewaffnete deutsche Schutztruppe in der Stärke von 816 Mann. Sie kann durch Einziehung von Ersparnissen und waffenfähigen Ansiedlern um etwa 1000 Mann vermehrt werden. Die Gottentotten, die alten Todfeinde der Hereros, die zum Teil sogar gegen ihre Stammesgenossen, die Boubelgwards, Heresfolge geleistet, werden mit Heidenfreude zu den Waffen greifen, um mit ihren verhassten Verdrängern aus dem Norden noch einmal abzuziehen. Der „Habicht“ ist wahrscheinlich inzwischen schon in Swakopmund eingetroffen und hat eine Abteilung mit Geschützen gelandet. Am 2. oder 3. Februar trifft ein Ersatztransport von etwa 250 Mann ein. Nach unserer Ansicht genügen diese Streitkräfte vollkommen, die Hereros wieder zur Ordnung zu bringen. Man darf doch nicht aus dem Auge verlieren, daß die Hereros undisziplinierte Wilde sind, die mit unsern wohlgeschulten, tapfer geführten Schutztruppen gar nicht zu vergleichen sind. Sozu haben wir denn die Schutztruppe, wenn bei jedem kriegerischen Zwischenfall gleich eine teure Expedition aus der Heimat geschickt werden muß?

Anstatt ruhig auf Grund der leider nicht vorhandenen genauen Kenntnis aller Verhältnisse zu beraten — ein schneidiger Entschluß: Expedition nach Südwestafrika nach beliebigem Programm: Ein General wird an die Spitze gestellt, der das Land nie gesehen hat, aber noch früheren Leistungen die Gewähr für eine imponierende Rede beim Abschied giebt. Fernere Programmpunkte: Neue Tropenuniform, Fahnenverleihung, Abschiedsfest, natürlich zahlreiche Reden, neues Abzeichen und vor allem eine neue Medaille. Öffentlich aber fahren einige kolonialfreundliche Abgeordnete noch rechtzeitig über dieses Programm und es wird so geäußert, daß wir wenigstens den Spott der andren Kolonialstaaten uns nicht zuziehen. Tamtam, Primborium und Reden auf der einen Seite, Spott, Hohn und Mißachtung des Auslandes hat die China-Expedition uns genug eingebracht.“

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus vollzog am Dienstag zunächst die Wahl des Präsidiums. Wie vorauszu-sehen war, wurde der bisherige Präsident von Kröcher (L.) und die beiden Vicepräsidenten Dr. Porsch (C.) und Dr. Krause (natl.) durch Zuruf wiedergewählt. Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten führte ein Teil der Konservativen eine kleine Komödie auf. Es giebt unter den Herren auf der Rechten eine Anzahl von Mitgliedern, denen Herr Dr. Krause zu „liberal“ ist und die ihn deshalb nicht wieder wählen wollten. Offen gegen ihn zu stimmen, wagten sie nicht und so verließen sie denn, um die holde Entschuldigung zu stören, den Sitzungsaal, oder vielmehr, sie machten einen Anlauf dazu, denn kaum war der erste von ihnen bis an die Thür vorgezogen, als auch schon unter großer Heiterkeit Abg. Dr. Krause als gewählt proklamiert wurde.

Zu den neuen Schriftführern gehört auch der freisinnige Abg. Fischbeck, von dem das Wort stammt: „Lieber mit Kröcher als mit Barth.“ Herr Fischbeck hat nun sein Ziel erreicht, er wird an der Seite des „starken Mannes“ über die Würde des Hauses wachen können.

Nachdem das Haus sich konstituiert hatte, brachte der Finanzminister den **Etat** ein. Herr von Rheinbaben schaut rosig in die Zukunft. Von seinem Standpunkt aus nicht ohne Grund. Während das Etatsjahr 1901 mit einem Fehlbetrag von 37 1/2 Millionen schloß, weist das Jahr 1902 einen Ueberschuß von 15 1/2 Millionen auf, und das Jahr 1903 wird voranschätzlich mit 22 Millionen Mark Ueberschuß abschließen. Auch der neue Etat, der mit fast 3 Milliarden Mark balanciert, spiegelt den wirtschaftlichen Aufschwung wieder. Fast zwei Stunden lang trug der Minister in seiner trockenem Art Zahlen, und nichts als Zahlen vor. Nur hin und wieder flocht er einige allgemeine Betrachtungen über die wirtschaftliche Lage in seine Rede ein. Wie alljährlich, so klagte er auch diesmal in bewegten Tönen über die Not der Landwirtschaft. Die agrarische Mehrheit spendete ihm verständnisvoll lebhaften Beifall; die Herren, denen bekanntlich Schädlichkeit als die größte Sünde gilt, werden mit ihren Forderungen schon herbortreten. Die Etatspositionen, die sich auf die Ostmarken-Politik beziehen, trug der Minister in preussischem Hurra-Ton vor. Dagegen wußte er über die wasserwirtschaftliche Vorlage auffallend wenig zu sagen. Es scheint fast, als ob die Regierung den Verkehrsfeinden noch weitere Zugeständnisse machen will als wie sie bereits in der Thronrede angekündigt sind.

Um so weitläufiger äußerte sich der Herr Finanzminister über die industrielle Entwicklung. Fast scheint es, als ob er, seit er die riesige Entfaltung des Industrialismus in der nord-amerikanischen Union schaute, sich von einem junterlich-agrarischen Saulus zu einem für die Industrie begeisterten Paulus zu wandeln begonnen hat. Mit hohem Lob sprach er von dem Nutzen der Syndikatspreis-Politik, dem Vorteil, welcher der deutschen Industrie aus der Erneuerung des Kohlen-syndikats erwächst, und leistete sich schließlich sogar eine Neklame für den geplanten Stahlwerks-Verband, der den zur Zeit in Köln zur Gründung eines solchen Verbandes versammelten Herren ein verständnisvolles Schmunzeln entlockt haben dürfte.

Den Schluß der nichteren Etatsrede bildete ein Loblied auf die preussische Regierung, von der der Minister zu sagen wagte, daß sie für Kulturaufgaben mehr thut, als für irgendwelche andren Zweige der Verwaltung. Gewiß, der Kultus-etat ist prozentual am meisten gestiegen, aber einmal sind längst nicht alle Positionen dieses Etats solche, die im Kulturinteresse liegen, und zweitens darf man nicht außer acht lassen, wie sehr Jahrzehnte hindurch die Kulturaufgaben in Preußen vernachlässigt worden sind.

Die Beratung des Etats beginnt am Sonntag abend. Die Zwischentage fallen die Plenar-sitzungen aus, damit die Herren den Etat studieren können. —

Ostasien.

Das „Rheinische Bureau“ meldet aus Port Arthur vom Montag: Die Haltung der hiesigen russischen Behörden läßt erkennen, daß sie den Gedanken an den Ausbruch von Feindseligkeiten bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge zurückweisen. Im täglichen Leben ist keine Verände-

ung bemerkbar. Gleichzeitig nehmen die Truppenbewegungen und die Beratungen der höheren Offiziere ihren Fortgang.

Ein Telegramm aus Petersburg meldet, der dortige japanische Gesandte habe erklärt, es sei nicht der Mühe wert, wegen der noch in Schwebe befindlichen Fragen einen Krieg anzufangen.

Port Arthur, 19. Januar. Aus Süul wird gemeldet, daß dort eine beunruhigende Stimmung herrsche. Man befürchte den Ausbruch einer antieuropäischen Bewegung. Zur Verstärkung des Schutzes der diplomatischen Missionen seien dort außer dem russischen auch ein amerikanisches, englisches und italienisches Detachement eingetroffen; ein deutsches und französisches werden erwartet. Japan soll über 600 Soldaten in den Kasernen und über 3000 in den Dörfern verteilte Soldaten verfügen. Eine bedeutende Zahl hochgestellter Koreaner gehöre der antieuropäischen Partei an und stehe unter dem Einfluß der Japaner.

London, 19. Januar. Die „Daily Mail“ aus Tokio meldet, berief gestern der japanische Finanzminister die Leiter der hervorragendsten Bankfirmen zu einer Versammlung; nach derselben erhielt der Minister besondere Aufträge die gegenwärtige Lage bezüglich Anordnungen.

Aus Schanghai wird demselben Blatte telegraphiert: Der Vicekönig in Kanling, Wei, bereitet die Entsendung von 10 000 Mann chinesischer Truppen nach dem Norden vor; die ersten 5000 Mann sollen im Februar abgehen. Der Vicekönig hat auch von Japan um eine Million Taels Gewehre gekauft; auch die Vicekönige und Gouverneure in den andern Küstenprovinzen machen in Japan große Bestellungen von Gewehren und Schießbedarf.

Deutsches Reich.

Die Reichspost in der Budgetkommission.

Wen der Hauswirt lieb hat, den steigert er. Die Wahrheit dieses Spruches auszufüllen, hat besonders der Reichspostfiskus Gelegenheit. Kaum hat er in den Großstädten des Reiches Räume für ein Postamt gemietet, dann fangen die Hausbesitzer, die schon beim Abschluß des Mietvertrages jedwede Schwächertätigkeit abgethan hatten, bei jeder Gelegenheit zu schrauben an. Die Folge ist, daß die Reichspost mehr und mehr zum Eigenenwerb von Häusern übergehen mußte. Aber auch dabei mußte sie sich auf exorbitante Forderungen gefaßt machen, sobald die Hausbesitzer durch die Macht der Verhältnisse eine Monopolstellung gewinnen. In Berlin ist das jetzt z. B. bei der notwendigen Erweiterung des Postamtes 9 am Potsdamer Bahnhof der Fall. Die Zustände sind bei diesem Amt infolge der Zunahme und Konzentration des Postverkehrs geradezu unhaltbar geworden; der Postposten und die Auslieferung zur Bahn spielt sich allabendlich zum großen Teil auf dem durch Fußwege aller Art verammelten Platz vor dem Bahnhof ab; die Schalterräume sind unzulänglich, die zum Postdienst verwendeten Stellerräume des Bahnhofsgebäudes sprechen den Anforderungen der Hygiene Hohn. Das Postamt kann aber auch nicht weit von dem Bahnhofe wegverlegt werden: diese Situation nutzen die Besitzer der Häuser in der Umfrage aus und verlangen für den Quadratmeter Bodenfläche mehr als 600 M., einzelne sogar bis zu 900 M. Vom Standpunkte der heutigen Wirtschaftsordnung aus ist das ihr gutes Recht, und der Reichstag wird, wie seine Budgetkommission wohl oder übel in den fauren Apfel beißen und die exorbitanten Preise bewilligen müssen. Es ist nur die Frage, ob nicht die Postverwaltung schon vor Jahren das Terrain sich hätte sichern können, als ohne Zweifel die Preise noch mäßiger gewesen wären. Abgeordneter Singer stellte in der Budgetkommission vergeblich die Frage nach der Methode des Grundbesitzes, die bei der Postverwaltung in solchen Fällen beliebt ist; die Geschichte des Plans zur Terrainerwerb in der Velleuvetrage für die Zwecke des Reichspostamtes lehrt deutlich, daß die Volksvertretung in der Prüfung solcher Projekte nicht vorzüglich genug sein kann. Singer wies darauf hin, daß durch ein zurückhaltendes Votum des Reichstags und seiner Kommission die Stellung des Postfiskus bei Verhandlungen mit Hausbesitzern gestärkt würde; hätten die Hausbesitzer häufig ein Monopol, so sei doch andererseits die Postverwaltung bei ihren Käufen ebenso häufig ohne Konkurrenz.

Eine längere Debatte entspann sich über die Forderungen der Regierung (800 000 M.) zum Bau von Wohnungen für Beamte und Bedienstete. Im vorigen Jahre wurden für diesen Zweck 600 000 M. mehr gefordert und verbraucht. Tugend eine Erläuterung war von der Postverwaltung diesem Etatartikel nicht beigegeben worden; die Kommission regte deshalb die Vorlegung einer Denkschrift für diese Session und die späteren an, die vom Staatssekretär auch verprochen wurde. Trotz der allgemein empfundenen Sparmaßnahmen wurde doch, besonders von den Vertretern der Sozialdemokratie, darauf hingewiesen, daß die reichseigenen Beamtenwohnungen sowohl in der Beschaffung des Raumes, wie in der Ausstattung billigen Ansprüchen genügen müßten. Die Hauptfrage des Staatssekretärs lautet freilich zu sein, die Bewohner solcher „Friedensburgen“ nicht — zu verwöhnen! 45 Quadratmeter Grundfläche der Wohnräume und Küche scheinen ihm schon sehr opulent für einen Unterbeamten zu sein. Freilich kann er sich dabei auf die aus Fonds des Reichsamtes des Innern unterstützten Baugesellschaften berufen, die auch durchschnittlich einer Wohnung nicht mehr als 42—45 Quadratmeter Grundfläche geben.

Wusste mit dieser Frage des Wohnungsbaues nach der Ansicht einige Vertreter der Rechten die „Mittelstandsrettung“ nothwendig verbunden werden, so wurde im weiteren Verlaufe der Verhandlungen die Kommission mit einer ebenso unvermeidlichen Kolonialdebatte beklüftet. In Deutsch-Ostafrika haben wir eine Telegraphenlinie von Dar-es-Salaam nach Tura bezw. Zabora; die Regierung möchte sie gerne nach Udschiji am Tanganjasee fortsetzen, um dort Anschluss an den weitland Cecil Rhodes'schen Ueberlandtelegraphen vom Kap nach Kap zu gewinnen. Die Kommission bewilligte aber die geforderte Rate von 300 000 M. nicht, weil sie sich nicht von der Nothwendigkeit der Forderung zu überzeugen vermochte. Herr Paasche meinte elegisch, gegen die Mehrheit der Sozialdemokratie, des Reichstags und des Centrums sei nun einmal nichts zu machen. Abg. Dr. Trendt, der mit dem roten Aletorien (in der homöopathischen Verbannung IV. Klasse!) Beglückte, wollte die Forderung durch Einleitung in homöopathische Dosen retten — aber auch dafür hatte die Mehrheit der Kommission kein Verständnis. „Nichts zu machen!“

Der deutsch-französische Krieg vor Gericht. Alle Kriegsmärchen-erzähler sind durch die Veröffentlichung der Kriegsbriefe des Generals v. Kretschmann in Aufregung versetzt worden. Das Wort eines Offiziers gilt sonst in deutschen Landen als lauteste Wahrheit. Wenn aber ein Offizier einmal Aeußerungen thut, die den Schönfärbern und Hurratrioten nicht gefallen, so wird ein solcher Frevler noch übers Ohr hinaus beschimpft. Aber damit nicht genug: Sogar der Staatsanwalt wird zu Hilfe gerufen!

Herr v. Kretschmann hatte in seinen Briefen von Plünderungen erzählt, die heffische Truppen im Kriege von 1870/71 in Sens verübt hätten. Die „Mainzer Volkszeitung“ hatte diese Briefe nachgedruckt. Darob empörte sich „Der heffische Kamerad“, das Organ der heffischen Kriegervereine, und behauptete, Herr v. Kretschmann habe Unwahreres behauptet. Nunmehr will die Mainzer Staatsanwaltschaft auf Antrag des Oberstaatsanwalts A. D. Walle und des Majors A. D. Widel öffentlich Anklage gegen die „Mainzer Volkszeitung“ erheben. „Der heffische Kamerad“ fordert bereits alle ehemaligen Angehörigen der 2. Compagnie des 1. (Garde-) Jägerbataillons, welche am 13. November 1870 in Sens waren, auf, sich als Zeugen zu melden.

Die „Mainzer Volkszeitung“ hat lediglich Briefe eines preussischen Offiziers nachgedruckt, dem also nunmehr angefohlen wird, daß er die Absicht verfolgt habe, die Ehre der deutschen Armee zu beleidigen.

Natürlich ist das eine lächerliche Vorstellung. Herr v. Kretschmann hat ebenso wie die socialdemokratische Presse nur die Tendenz gehabt, auf die sittlichen Verheerungen des Krieges hinzuweisen.

Trotzdem wird die „Mainzer Volkszeitung“ nicht um die Nothwendigkeit herumkommen, jetzt nach 33 Jahren den Beweis der Wahrheit für Einzelheiten aus dem Kriege 1870/71 zu führen. Die besten und zuverlässigsten Zeugen sind natürlich die Bewohner von Sens und Umgebung, die noch Zeugen der Ereignisse gewesen sind. Demen werden die Vorgänge gewiß unvergesslich geblieben sein.

Uebrigens könnte man auch gegen die sich beleidigt fühlenden den Spieß umkehren! Denn sie beleidigen den General v. Kretschmann. Die Töchter Kretschmanns hätten demnach die Möglichkeit, im Interesse ihres Vaters mit einer Gegenklage zu antworten, die freilich deshalb schwierig wäre, weil der Nachweis geführt werden müßte, daß die Beleidigten die Verdächtigung der Wahrheitsliebe Kretschmanns wider besseres Wissen unternommen hätten.

Der preussische Staatshaushalt.

Der Etat für das Jahr 1904 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 800 805 050 Mark ab. Von den Ausgaben entfällt der größte Teil, mehr als 2020 Millionen, auf das Ordinarium, der Rest auf das Extra-Ordinarium.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuß von 88 1/2 Millionen veranschlagt, der sich aus Mehrüberschüssen von 103,3 Millionen und aus Minderüberschüssen von 4,5 Millionen zusammenfügt. Von den Mehrüberschüssen gegen das laufende Jahr entfallen fast 83 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung, deren Einnahmen bei dem Personenverkehr um 30 Millionen, bei dem Güterverkehr um 109 Millionen höher veranschlagt sind, während an dauernden Ausgaben 53 1/2 Millionen mehr angelegt sind. Bei der Forstverwaltung ist ein Mehrüberschuß von 11 1/2 Millionen veranschlagt, bei der Verwaltung der direkten Steuern ein solcher von 4,6 Millionen, und zwar sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer um fünf Millionen höher, die aus der Eisenbahn-Abgabe dagegen um 304 000 M. niedriger im Ansatz gebracht. Bei der Verwaltung der indirekten Steuern ergibt sich ein Mehrüberschuß von 3,8 Millionen. Hervorzuheben sind dabei 750 000 M. Mehrausgaben aus Anlaß des neuen Zolltarifs zur Verrechnung und andererseits zweckmäßigeren Einteilung sowie zur besseren Ausbildung der Beamten der Zollverwaltung. Auf die Domänenverwaltung entfallen 207 000 M., auf das Seehandlungs-Institut 382 400 Mark Mehreinnahmen. Dagegen weist die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung 4 1/2 Millionen Minderüberschüsse auf. Einer Mehreinnahme von 7,5 Millionen Mark steht hier eine Mehrausgabe von 12 Millionen gegenüber. Diese Mehrausgabe beruht hauptsächlich auf der fortschreitenden Entwicklung des angekauften westfälischen Bergwerksbetriebs und auf der Betriebsvergrößerung der bereits vorhandenen anderweitigen Werke. Von Mehrausgaben sind u. a. zu erwähnen 2,5 Millionen für Materialien und Geräte, 5 Millionen für Löhne, 64 000 M. für Wohlfahrtszwecke und 2 1/2 Millionen für Neu- und Erweiterungsbauten.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen einen Minderbedarf von 237 774 M. auf. Die Ueberweisungen vom Reich sind, dem Entwurf zum Reichshaushalts-Etat entsprechend, um 7 188 240 M. höher eingestellt; andererseits zeigt der Matrularbeitrag eine Steigerung, die mit 7 237 825 M. annähernd der Steigerung der Ueberweisungen gleichkommt.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ist die Einnahme um insgesamt 11 Millionen Mark höher veranschlagt, während sich die dauernden Ausgaben um 22 1/2 Millionen Mark erhöhen. Wir erwähnen daraus weitere 500 000 M. zur Verstärkung des Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Deutschtums in den Ostmarken, 100 000 M. für Ostmarken-Kanzlei- und Unterbeamten, ferner aus dem Extra-Ordinarium eine Million als erste Rate zur Herstellung eines königlichen Residenzschlosses in der Provinz Posen, 3 Millionen als dritte Rate des Bedarfs zum Erwerb und zur Erhaltung des Umwallungsgeländes der Stadt Posen, 150 000 M. Beihilfe für den Neubau eines Stadttheaters in Thorn.

Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung ist die dauernde Ausgabe um 1 044 542 M. gestiegen; insbesondere treten hinzu 554 961 M. für das gewerbliche Unterrichtswesen, darunter 400 000 Mark Zuschüsse zur Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen, 50 000 M. für Fachschulen von geringerer Bedeutung und 30 000 M. zur Förderung der nicht gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minder bemittelten Bevölkerungskreise.

Die dauernde Mehrausgabe der Justizverwaltung stellt sich auf 3 741 000 M.

Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben namentlich vorgesehen 257 500 M. für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung, 304 807 M. für die Polizeiverwaltung in den Provinzen, 129 241 M. für die Landgendarmarie, 1 427 071 M. für allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei und 403 293 M. für die Strafanstalts-Verwaltung.

Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung sind an dauernden Ausgaben 1 881 686 M. mehr eingestellt, darunter 700 000 M., die vom Extra-Ordinarium auf das Ordinarium übernommen sind. Der Dispositionsfonds zur Prämien bei Pferdereisen ist verdoppelt worden, er beträgt jetzt 300 000 M.

Im künftigen Etat endlich betragen die dauernden Mehrausgaben etwa 5 Millionen Mark.

Staatsgelder für Privatwende. Wie immer der Chicagoer Brand das Verantwortungsgefühl geschärft haben mag, durch jene Katastrophe wird keineswegs das Wunder bewirkt, daß ein Privatunternehmen plötzlich zu einem Staatsbetrieb wird. Kein Theaterbesitzer würde beanspruchen können, auf Staatskosten ein neues Gebäude errichten zu sehen, wenn sein Institut sich als feuergefährlich erweisen würde. Wäre dem so, dann würden sicher plötzlich alle Theaterbesitzer, die sonst auf die Feuergefährlichkeit ihrer Theater schwören, behaupten, ihre Baracken seien lebensgefährlich.

Die preussische Regierung aber hat es fertig gebracht, solche Folgerungen aus dem Chicagoer Brand zu ziehen. Ein neues Opernhaus soll aus Staatsmitteln errichtet werden. Bereits der preussische Etat für 1904 verlangt 50 000 M. für die Vorbereitungsarbeiten. Das ist nach den primitivsten staatsrechtlichen Grundfäden eine unmögliche Forderung. Das Berliner Opernhaus ist ein reines Privatunternehmen des Kaisers. Es gehört ihm, er allein hat über seine künstlerische und geschäftliche Leitung zu entscheiden. Wie soll nun der Staat dazu kommen, für ein Privatunternehmen eine Millionenpende beizusteuern, ohne daß er auch nur ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Gaben hätte. Will der Staat ein Opernhaus bauen — gut. Dann hat auch der Staat die Verantwortung und die Leitung des Instituts. Es geht aber nicht an, auf Staatskosten ein Privatunternehmen auf solche Weise zu subventionieren. In anderen Ländern bezahlen die Monarchen ihre Hoftheater. So sind die neuen ägyptischen Wiener Hoftheater ausschließlich aus den Mitteln der Krone errichtet worden.

Der silberne Maulkorb.

Wir lesen in einem Berliner Blatte: „Man erzählt sich in militärischen Kreisen, daß eine Kabinettsorder über die schriftstellerische Betätigung der Offiziere, und zwar auch der verabschiedeten, ergangen sei, die in sehr scharfen Ausdrücken die kaiserliche Mißbilligung über manche Angriffe und Veröffentlichungen der jüngsten Monate ausspreche und jedenfalls für die Zukunft eine wesentliche Einschränkung in der öffentlichen Besprechung von Heeresangelegenheiten durch aktive oder inaktive Offiziere zur thatsächlichen Folge haben werde. Unter den selbstergefaßten einer freimütigen Ansprache mehr oder weniger entzogenen Gegenständen würden dann wohl insbesondere die Taktik, Organisation, Ver-

wahrung und die inneren Zustände des deutschen Heeres und des deutschen Offiziercorps begriffen sein. Das heißt so ziemlich alles, was die Öffentlichkeit und die Vertretungskörperchaften des Deutschen Reiches interessieren könnte.“

Es ist auch wirklich allerhöchste Zeit, daß endlich dem Unflug der Korperei an den Einrichtungen unfrei herrlichen Heeres ein Ende gemacht wird. Nicht nur Majore und Obersten machen in Pesterweise gegenüber den vorgeordneten Einrichtungen, sondern auch selbständige Generale gehen bereits unter die „Körperei“. So meldet jetzt wieder die „Frankfurter Zeitung“:

„Der Artikel in der Schrift des ehemaligen Kommandierenden Generals des 15. Armee-corps, des Freiherrn v. Meerfeldt, wonach die Ausbildung unserer Infanterie den veränderten Anforderungen des Krieges nicht genügend Rechnung trägt, tritt der ehemalige kommandierende General v. Blume bei. Er bedauert, daß man nur zögernd von dem früher mit so großer Virtuosität betriebenen Drill bei der Infanterie nachlasse. Die kriegsmäßige Ausbildung der Infanterie werde durch den übertriebenen Exerzier- und Parade-drill beeinträchtigt.“

Selbst ehemaligen Kommandierenden Generalen ist der Parade-marsch nicht mehr heilig — da hört doch alles auf!

Abstammung auch zur Wahlzeit verboten. Eine Frau in Thorn hatte zur Zeit der amtlich ausgeschrieben Reichstagswahlen ohne polizeiliche Erlaubnis „Druckschriften zu Wahlzwecken“ an Telegraphenstangen und Straßenzäunen angeheftet. Sie wurde deshalb in zweiter Instanz wegen Uebertretung der §§ 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes verurteilt und das Kammergericht bestätigte das Urteil mit der Begründung, daß die im § 43 der Gewerbe-Ordnung für die Wahlzeit ausgesprochene Freiheit des öffentlichen Verteilens von „Druckschriften zu Wahlzwecken“ nicht das „Anheften“ von solchen umfasse.

Aus Industrie und Handel.

Die Große Berliner Straßenbahn.

Seit einigen Tagen sind die Aktien der Großen Berliner Straßenbahn an der Börse in einem steten Aufstiege begriffen. Der Anlaß liegt in der neulichen Ankündigung der Direktion dieser Gesellschaft, daß sie nicht gewillt ist, eine Untergrundbahn vom Potsdamer Platz bis Spittelmarkt neben sich als Konkurrenzunternehmen zu dulden, sondern dagegen die richterliche Entscheidung anrufen werde, denn diese Entscheidung kann nur, so wird in Börsenkreisen angenommen, zu Gunsten der Großen Berliner ausfallen. Ob diese Auffassung richtig ist, vermögen wir nicht zu beurteilen. Die Streitfälle, auf die man sich als Beweis beruft, lagen wesentlich anders; aber in jenen Kreisen glaubt man nun mal, daß auch die Stadtverwaltung sich der Einsicht nicht verschließen kann, auf dem Rechtswege sei gegen die Große Berliner nichts auszurichten und daher sich dazu bequemen werde, mit vorteilhaften Uebernahme-Angeboten an die Aktionäre heranzutreten.

Neben diesen Kalkulationen spricht die Aussicht auf eine neue Kapitalerhöhung der Gesellschaft mit. Von der Verwaltung ist zwar kürzlich dementiert worden, daß eine solche Absicht besteht; aber trotzdem erhält sich das Gerücht aufrecht, daß die Erhöhung des Aktienkapitals auf 100 Millionen Mark geplant sei — nicht weil die Gesellschaft größerer Kapitalien bedarf, die sie sich zudem leicht durch eine Anleihe beschaffen könnte, sondern um den Gewinnanteil der Stadt Berlin an der Bahn herabzudrücken. Bekanntlich besaß der von der Stadt mit der Bahn abgeschlossene Vertrag, daß die Stadt die Hälfte von dem Reingewinn-Ueberschuß erhält, der nach Abzug von 12 Proz. auf die früheren Aktienkapitale (22,8 Millionen) und von 6 Proz. auf den Rest des Kapitals (62,0 Millionen) verbleibt. Je höher nun das Kapital und der auf dieses entfallende Gewinnanteil ist, je mehr ermäßigt sich der Gewinnanteil der Stadt. Und falls eine Kapitalerhöhung erfolgt, werden natürlich, wie bisher, die neuen Aktien den alten Aktionären zu einem niedrigen Kurs angeboten werden.

Beschäftigung im Holzgewerbe. Während im Januar des Jahres fast an allen Plätzen mit stärker entwickelter Holzindustrie erhebliche Arbeiterentlassungen wegen Mangels an Beschäftigung eintraten, fehlen im laufenden Monat diese unangeneimen Anzeichen eines scharf nachlassenden Beschäftigungsgrades fast völlig. Jedemfalls treten sie lange nicht in dem Maße wie im Vorjahr zu Tage. Schon die Gestaltung des Rohholzmarchtes weist lebhaftige Züge auf. Die Zufuhren sind knapp, die Nachfrage lebhaft, die Preise fest. Die großen Umsätze lassen allein schon auf einen verhältnismäßig betriebendenden Geschäftsgang der meisten Zweige des Holzgewerbes schließen. Am besten ist zur Zeit wohl in Anbetracht der Jahreszeit die Saurisindustrie mit Aufträgen versehen. In manchen Gegenden, vor allem an den rheinisch-westfälischen Plätzen, ist auf Wochen hinaus genügend zu thun. Vieles hängt diese reiche Arbeitsgelegenheit mit der langen Jördauer der Saurisindustrie in diesem Winter zusammen. Für die Orte des platten Landes liegen die Verhältnisse freilich wesentlich ungünstiger. In ihnen fand die in jedem Winter eintretende Einschränkung des Betriebes auch diesmal statt.

In der Möbeldindustrie ist wohl eine Abnahme des Beschäftigungsgrades gegenüber dem Vormonat zu beobachten. Am schärfsten kommt er in den Betrieben zum Ausdruck, die billige Möbel für Bazare, Ausstattungsgegenstände usw. massenweise herstellen. Hier gab es vor Weihnachten sehr viel zu thun, während nunmehr eine gewisse Ruhe eingetreten ist, die dazu zwingt, auf Vorrat arbeiten zu lassen. Wenig oder nicht zeigt sich eine Abnahme des Beschäftigungsgrades in den Betrieben, in denen feinere Möbel hergestellt werden. In der Wässherei merkt man die günstigere Gestaltung des Brauergewerbes sehr deutlich. Im vorigen Jahre war der Geschäftsgang bis gegen den Herbst äußerst flau. Alsdann setzte eine Besserung ein: die Brauereien, die sich bis dahin im Einlaufe und in den Wässerungen sehr zurückhielten, wurden wieder stärker Abnehmer. Auf den Schiffswerften sind die Tischler beständig beschäftigt. In der Pianofabrikation zeigt Süddeutschland ein günstigeres Gepräge als der Norden. Namentlich Reggen für die süddeutschen Betriebe ziemlich belangreiche Aufträge vor, während die billigeren Klaviere, wie sie z. B. in Berlin hergestellt werden, weniger begehrt sind. Wenn aber auch der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vorjahre erheblich besser ist, so ist doch noch immer ein ziemlich starkes Angebot auf dem Arbeitsmarkt vorhanden, so daß bislang von Lohnerhöhungen nichts verlautet.

In den Verhandlungen über die Erneuerungen des Kaiserlichkeits werden nach und nach weitere Einzelheiten bekannt. Danach stimmen gegen die von der eingeleiteten Vermittlungskommission aufgestellten Vorschläge fast zwei Drittel aller Werte, darunter auch der anhaltische Aistus und die Mehrzahl der jüngeren Werke, und zwar, wie die „Magdeburgerische Bzg.“ erzählt: Johanneshall, Wintershall, Andrachall, Mansfeld, Hohensfeld, Einigkeit, Kaiserfeld, Julius 1. Jehnig, Hohensollern, Vegenrode, Carlshund, Hedwigsburg, Wilhelmshall, Niederhall und Ludwig 2. Dagegen waren zur Annahme ihrer Anteilsscheine bereit: der preussische Aistus, Soldatenfurt, Ase, Gläuf und die älteren Werke Neu-Stahfurt, Wässherei, Hagenleben, Soldach, Herxynia. Die Gewerkschaft Durbach war gar nicht vertreten.

Der preussische Aistus ließ in den Verhandlungen erklären, daß er mit dem Produktionsanteil für sein Stahfurt Werk in keinem Falle unter die Quoten der großen älteren Werke herabgehen werde. Darauf haben sich die vorerwähnten fünf älteren Werke solidarisches verbunden und die Erklärung abgegeben, daß sie unter keinen Umständen von ihren seitens der Vermittlungs-

Kommission nochmals ermäßigten Quoten auch nur den geringsten Bruchteil abgeben und deshalb an weiteren Bestrebungen, falls solche von den jüngeren Werken zur Erzielung einer anderen Verteilung beliebt werden sollte, in keinem Falle teilnehmen würden. Die älteren Werke würden erst dann wieder zu einer Sitzung erscheinen, wenn die jüngeren Werke ihnen die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie über die ihnen nach dem Verteilungsplan der bisherigen Vermittlungskommission zugewilligten Quoten unter sich eine Verständigung erzielt haben. Nach dem bestehenden Syndikatsvertrage verlängert sich dieser, falls er nicht im März d. J. gekündigt wird, um ein Jahr.

Das **Samburger Hochofenprojekt**. Die Mitteilungen über den Plan der Gründung eines Hochofenwerkes in Hamburg werden von verschiedenen Blättern, darunter auch von den „Samburger Nachrichten“ und der „Alln. Volksztg.“, bekräftigt. Nach erstgenanntem Blatt befindet sich das Projekt allerdings noch im ersten Vorbereitungsstadium. Man beabsichtigt, ausländische Erze (Schweden, Spanien) zu verhütten. Als Kapital wird die Summe von 6 000 000 M. genannt.

Die **Verhandlungen über die Gründung eines deutschen Stahlwerkes**, die gestern aufs neue in Köln begonnen haben, führten, wie die „Alln. Ztg.“ zu berichten weiß, zur Beilegung verschiedener bis heriger Differenzen. So hat die deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft sich mit der ihr zugewiesenen Beteiligungsziffer einverstanden erklärt und sich der vereinbarten süddeutschen-weißrussischen Gruppe angeschlossen. Auch Dillingen und Haspe sind beigetreten. Mit Dillingen wird noch verhandelt, und zwar scheinen die Aussichten für den Beitritt dieses Werkes günstig zu sein. Im ganzen nehmen jedoch die Verhandlungen den Verlauf, daß man nicht auf die Begründung eines allgemeinen Stahlwerkes auf der ursprünglich geplanten weiteren Grundlage hinzielt, sondern den Ausbau der bestehenden Verbände, insbesondere des Trüger- und Halbzeugverbandes in festerer Form und unter Einbeziehung des Auslandsgegeschäfts in Aussicht nimmt. Schienen und Schmelzen bleiben anscheinend hiervon ausgeschlossen.

Charlottenburger Wasserwerke. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft für 1902/03, das fünfundsiebzigste Jahr seit dem Bestehen der Gesellschaft weist eine Gesamtentnahme von 2 616 212 Mark (im Vorjahr 2 420 606 M.), darunter 1 784 236 M. für Wasserzähler z., nach. An Ausgaben waren erforderlich: für Instandhaltung und Instandsetzung 608 738 M., für Abschreibungen 157 754 M. (i. V. 131 333 M.). Aus dem mit 1 717 941 M. verbleibenden Reingewinn soll eine Dividende von 14 Prozent gegen 1901, 13 Prozent im Vorjahr verteilt werden. Der auf neue Rechnung vorgelegene Saldo beträgt demnach 37 941 M. Mit dem Abschluß eines Wasserlieferungsvertrages mit der Gemeinde Priß wurde das Versorgungsgebiet nach dem Süden hin vergrößert. Die der Verlichtung weiter befaßt, bedingen die Erschließung neuer Wasserquellen für Station Verlichtung, Hochdruck-Erweiterungen die Aufwendung weiterer Geldmittel. Es soll daher eine Erhöhung des Aktienkapitals um 3 000 000 M. stattfinden.

Die **Gewerkschaften** der Zeche „Freie Vögel und Anverhoft“ in Sibirien, die sich bekanntlich dem Kohlenyndikat nicht angeschlossen hat, gestaltete sich recht wenig angenehm für deren Vorstand, da, wie sich bald zeigte, die Mehrzahl der Gewerkschaften mit dem Nichtaustritt der Zeche an das Kohlenyndikat nicht einverstanden ist. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Sauer-Köln, führte in seiner Darlegung der Geschäftslage aus, die Situation der Gewerkschaft habe sich in letzter Zeit anders gestaltet; die Annahme, es werde der Zeche, nachdem der Beschluß, einen neuen Schacht anzulegen, gefaßt war, eine Mehrbeteiligung zugewilligt werden, habe sich nicht bestätigt. Nach Lage der Sache habe die Zeche mit 180 000 Tonnen Jahresförderung nicht beim Syndikat bleiben können, falls eine Förderung sichere der Zeche nicht das Bestehen. Die Anlage eines neuen Schachtes im Bestfeld werde 2-2½ Millionen kosten. Soviel Geld könne man aber nicht ausgeben. Der Vorstand schloß deshalb vor, in der Nähe des alten Schachtes einen neuen Schacht niederzubringen, der sich billiger stelle. Es müßte auch eine neue Fördermaschine für den alten Schacht sowie andere Anlagen beschafft werden. Er ersucht schließlich im Auftrage des Vorstandes um Bewilligung von 1 Million Mark Ruhe.

Von seinen verschiedenen Mitglieder wurde die Befürchtung ausgesprochen, das Kohlenyndikat werde die Zeche niederklämpfen. Besonders war Dr. Klewisch der Ansicht, die Zeche werde im Kampfe gegen das Syndikat unterliegen. Die guten Kohlen könne man absetzen, aber wie werde es mit der großen Menge Industriekohlen werden. Das Heil der Zeche sei nur beim Syndikat. Vielleicht erreiche man den Anschluß noch.

Vom Vorstand wurde die eingenommene Haltung verteidigt. Einen Kampf werde das Syndikat gegen die Zeche auf keinen Fall führen, da derselbe unverhältnismäßig teuer sein werde und auch nicht den noblen Ansprüchen des Syndikats entspreche. Wollte man mit letzterem wieder verhandeln, so könne das der jetzige Vorstand so gut wie ein neuer, da die früheren Verhandlungen in durchaus korrekter Form geführt seien, aber es sei ausgeschlossen, günstigere Bedingungen zu erzielen, und bei einer Beteiligung von 180 000 Tonnen könne man nicht existieren.

Schließlich wurde der Antrag des Vorstandes auf Zahlung von 1 Million Mark abgelehnt und beschloffen, mit dem Syndikat neue Verhandlungen anzuknüpfen.

Gewerkchaftliches.

Prinzipielles vom Streikpostenfachen.

(Kammergericht als Kommentator des Reichsgerichts.)

Um „gewisse Unterstände deutlich zu machen“, wie der Präsident sagte, verhandelte der Strafsenat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung zwei Streikpostenfachen, die nichts mit einander zu thun hatten, hinter einander und publizierte die Urteile in beiden Sachen zusammen. In dem ersten Fall waren die Streikposten Schulz und Genossen wegen Nichtbefolgung einer „zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf der öffentlichen Straße ergangenen“ polizeilichen Aufforderung zum Weggehen aus der Streikgegend vom Landgericht I Berlin zu einer Geldstrafe mit folgender Begründung verurteilt worden: Es sei festgestellt, daß hier der Schutzmann, der von seinem Lieutenant die Anweisung zum Aufpassen auf die Streikposten hatte, gleich dem Lieutenant die Befürchtung hegte, es könne wieder, wie ein Jahr vorher bei einem Streik derselben Arbeiterkategorie (Maschinenbauer) zu Ausschreitungen und Störungen des öffentlichen Verkehrs kommen. Die Streikposten hätten Passanten, unter denen sie Arbeitswillinge vermuteten, befragt. Das sei eine Verletzung gewesen. In dieser Weise für ihren Streik zu werben, berechtige § 103 der Gewerbeordnung die Streikenden nicht.

In dem andern Falle des Streikpostens Weiraun fällt das Landgericht ein freisprechendes Urteil und führte im wesentlichen aus: Die Begewehrung sei hier erfolgt auf die Anweisung des Lieberkleinrenten, auf die Streikposten aufzupassen und diejenigen wegzuweifen, die Arbeitswillinge zur Niederlegung der Arbeit anhalten oder sie am Eintritt in die Fabrik hindern würden. Wenn nun auch die Schulze sagte, der Grund ihres Vorgehens sei die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gewesen, so genüge die bloße Angabe nicht, sondern nur wenn das Verhalten der Streikposten tatsächlich geeignet gewesen sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden, sei die Begewehrung berechtigt. Es sei nun hier nicht ersichtlich, wie durch das Auf- und Abgehen der Leute auf der Straße und durch ihr gelegentliches Stehenbleiben habe die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden sollen. Vorliegend sei vielmehr anzunehmen, daß die Schulze, der obigen Weisung des

Lieutenants folgend, zum Weggehen lediglich deshalb aufgefordert hätten, um das Streikpostenfachen zu verhindern. Dazu hätten sie kein Recht.

Gegen das erste Urteil legten die Angeklagten, gegen das zweite die Staatsanwaltschaft Revision ein.

Rechtsanwalt Koppel, der als Substitut des Rechtsanwalts Dr. Heinemann die Angeklagten vertrat, suchte ausführlich die Unhaltbarkeit des Urteils in Sachen Schulz nachzuweisen und bezog sich auch auf das bekannte Urteil des Reichsgerichts, wonach das Streikpostenfachen als ein Ausfluß des Koalitionsrechtes nicht verboten werden könne. In Widerspruch zu dieser Entscheidung setzte sich das Landgericht namentlich dadurch, daß es das Verben für den Streik unter den Arbeitswillingen und denen, die von den Streikposten für solche gehalten würden, verurteilt. Gerade das Verben sei ein wesentlicher Bestandteil des Streikpostenfachens und der Ausübung des Koalitionsrechtes. Es sei unhaltbar, sagen zu wollen, an sich sei das Streikpostenfachen erlaubt, seine Ausübung sei aber ein Vergehen gegen die Straßenpolizei-Verordnung.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf beide Revisionen, so daß es im Falle Schulz bei der Verurteilung, im Falle Weiraun bei der Freisprechung bleibt. Präsident Lindenberg führte aus: Zunächst zur Sache Schulz und Genossen. Es sei unrichtig, daß, weil das Reichsgericht das Streikpostenfachen für erlaubt erklärt, nun jeder Streikposten das Recht habe sollte, das Publikum zu belästigen. Er könne ja mit den Leuten in Verkehr treten, sobald aber dies in eine Belästigung ausarte, so habe die Polizei dieser entgegen zu treten. Das sei aber die Absicht der Beamten in Sachen Schulz gewesen. Nach den „tatsächlichen Feststellungen“ des Landgerichts sei anzunehmen, daß der Beamte nur um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, vorgegangen sei. Somit rechtfertige sich die Verurteilung.

Im Falle Weiraun, wo mit Recht Freisprechung erfolgt sei, lägen die Dinge ganz anders. Da habe der Vorderrichter festgestellt, und daran sei das Revisionsgericht gebunden, daß die polizeiliche Verfügungsgewalt sich darauf richtete, die Streikposten zu entfernen, weil sie Streikposten seien. Das gehe nicht, solche Verfügung trete dem Koalitionsrecht entgegen. Wenn nun ein Streikposten einer zu Unrecht ergangenen polizeilichen Aufforderung nicht nachkomme, so könne er nicht bestraft werden, wenn auch an sich niemanden das Recht zustehe, erst nachzuprüfen, ob eine polizeiliche Anordnung berechtigt oder nicht berechtigt sei. — Das Landgericht sei auch berechtigt gewesen, selbständig nachzuprüfen, ob die Begewehrung auch wirklich zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit erfolgt sei, und sei dabei nicht an die Angaben der Beamten gebunden. Andererseits habe der Richter aber die „Zweckmäßigkeit“ und „Notwendigkeit“ einer Anordnung, von der feststehe, daß sie „zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs ergangen“ sei, nicht nachzuprüfen.

Das Kammergericht zeigt hier also den Polizeibehörden an zwei Schulbeispielen, wie sie es machen sollen, um auf alle Fälle des Kammergerichts bei der Beurteilung von Streikposten sicher zu sein. Die Ausübung des ihnen gesetzlich garantierten Koalitionsrechtes wird den Arbeitern damit noch weiter erschwert. Der Erfolg wird auch hier sein, daß man die Arbeiterschaft mehr und mehr dazu drängt, den Kampf um ihre Befreiung auf politischem Gebiet auszuweichen.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Schuhmacher!

Laut Beschluß der Generalversammlung vom Montag ist über die Fühlhah-Fabrik von Kutsche, Büschingstr. 8, endgültig die Sperre verhängt worden. Die Organisation sucht sich zu dieser Maßnahme veranlaßt, nachdem Herr Kutsche die ihm von seinen Arbeitern gemachten Einigungsvorschläge brüskel abgelehnt hat. Da plausible Gründe für die Entlassungen nicht angegeben werden konnten, sind dieselben thatsächlich nur darin zu sehen, daß Herr Kutsche genötigt war, im Herbst v. J. die Lohnsätze einiger Artikel aufzubessern, die niedriger waren, als es sonst üblich ist. „Vergangenen Herbst hatten Sie die Macht, jetzt habe ich dieselbe!“ so ungefähr äußerte sich Herr Kutsche seinen Arbeitern gegenüber. Doch um auch Herrn Kutsche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sei hier noch erwähnt, daß derselbe noch erklärte, daß er nicht abgeneigt sei, einige von den Entlassenen wieder einzustellen, doch müßten dieselben einzeln zu ihm kommen und um Arbeit anfragen. Es ist selbstverständlich, daß die ausgesperrten diese Zumutung zurückwiesen. Von der Aussperrung betroffen sind 14 Personen, darunter drei weiblich, sämtlich unterstützungsberechtigt organisiert. Kollegen und Kolleginnen! Wir eruchen Euch dringend, den Zugang nach der Fabrik von Kutsche streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Ein „Arbeitswillingen“-Agent

ist der Schneider Hermann Rausche, Dresdenstr. 85, Hof III. Derselbe sucht Arbeitswillinge für die Schneiderei in Jena, die ihre Gehilfen aufs Pflaster geworfen haben. — Alle Schneider seien hiermit gewarnt.

Aktion! Rüstungsmacher! Die Sperre über die Rüstungsfabrik von Junke, Dieffenbachstraße, ist hierdurch aufgehoben. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Zur **Schneiderei**. Die Aussperrung in Jena dauert fort. Die Unternehmer versprechen etwaigen Arbeitswillingen „gute Jahresstellen“ und hohe Löhne, die sie bisher nie gezahlt und welche die von ihnen aufs Pflaster geworfenen Schneider auch nie verlangt haben. In der vergangenen Woche kamen 14 Mann in Jena an, die aber sofort wieder abriefen, als sie von den Verhältnissen Kenntnis erhielten. — Die Unternehmer im Schneidergewerbe zu Bremen haben, wie schon kurz mitgeteilt, den dort gültigen Tarif gekündigt. Derselben erklärten, mit mehreren Gehilfenmitgliedern des Tarifausschusses nicht zusammenarbeiten zu können. Nicht etwa aus dem Gefühl der Schwäche heraus, sondern weil sie den streikfächtigen Unternehmern jeden Vorwand zur Schamacher nehmen wollten, teilten die Gehilfen den Arbeitgebern mit, daß sie an Stelle der unlieblichen zwei andre Kommissionsmitglieder delegieren würden, wenn die Unternehmer ihrerseits zwei namhaft gemachte scharfmacherisch gestimmte Vertreter durch andre ersetzen. — Auf die Antwort darf man gespannt sein.

Wieder zwei Opfer des § 103. Ein auffallendes Urteil, das sehr an Dresden erinnert, fällt heute das Landgericht Magdeburg. Die Wandpulierte, Arbeiter Lorenz und Uebe, (letzterer ist Vertrauensmann und Angestellter des Bauarbeiter-Verbandes) hatten von einem Richterorganisierten verlangt, er solle, wenn er schon nicht dem Verbande beitreten wollte, doch wenigstens die Zolksalmarke liehen. Als der betreffende das brüskel ablehnte, sagte Lorenz: „Na, dann muß ich das dem Vertrauensmann sagen.“ Uebe aber soll, als der Richterorganisierte auch ihm gegenüber sich weigerte, Marken zu liehen, gesagt haben: „Das wird sich finden.“ Wegen dieser Äußerungen verurteilte das Gericht Uebe zu einem Monat Gefängnis, Lorenz zu drei Wochen Gefängnis. Das Gericht führte aus, die betreffenden Worte sollten „bedeuten“: „Wenn Du die Marken nicht liehst, steigt Du aus der Arbeit.“ Gegen das Urteil hat Rechtsanwalt Landberg sofort Revision eingelegt.

Konflikte vom Kampf in Crimmitschau.

Die Crimmitschauer Justiz hatte sich am Sonnabend wieder mit einer Anzahl der bekannten sächsischen „Terrorismuskfälle“ zu beschäftigen. Der erste derselben war eigentlich ein Fall, in dem ein Ausgesperrter, der Weber Max Schiller, die Polizei des Terrorismus beschuldigt hatte. Er hatte in einer Versammlung behauptet und stellte auch vor Gericht unter Beweis, daß die Behörde alle Mittel anwende, auf die Arbeiter und den Streik einzuwirken. Die Polizei verfare in einer Weise, wie man es sich kaum denken kann. Unter Pfeifen laufe diese hinter den Streikposten her, als ob es sich um Verbrecher handle, und harmlose Straßenspassanten würden belästigt. Ein Zeuge wurde, als er eines Morgens nach der Arbeitsstätte ging, plötzlich von einem Schutzmann angepaßt und am Arme gefaßt. Er sollte sich nicht mehr in dieser Straße blicken lassen. Der Schutzmann konnte ihn und habe gewußt, daß er kein Textilarbeiter sei. Auch sei niemand weiter auf der Straße gewesen. Der Angeklagte hatte zu seiner Entlastung noch mehrere Zeugen laden lassen. Der Gerichtshof lehnte die Vernehmung der Zeugen ab, da die Sachlage genügend geklärt sei. Wegen Verleumdung in zwei Fällen wurde der Angeklagte zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Der Form nach soll der Angeklagte sich der Verleumdung schuldig gemacht haben.

Der Weber Apitz hatte vereint mit einem Kollegen die arbeitswillinge Fabrikarbeiterin Bräunlich aufgepaßt, um dieselbe zu veranlassen, die Arbeit einzustellen. Bei dieser Gelegenheit hat er die Worte geäußert: „Schämen Sie sich da nicht, zwischen Raupenhelmen auf Arbeit zu gehen! Es sei eine Schande, wenn sie arbeiten und ihren Schweltern noch Brüdern in den Rücken fallen.“ Er wäre beinahe der Crimmitschauer Justiz entgangen, denn die angeblich Verleumdete erklärte: Ich fühle mich nicht beleidigt! Ich will nicht haben, daß der Mann bestraft werde, ich habe auch keinen Strafantrag gestellt. — Der Fabrikant Böttger hat es gemacht. Der Amtsanwalt beantragte eine hohe Strafe wegen Vergehen gegen § 103 der Gewerbeordnung. Urteil: 4 Tage Gefängnis.

Bemerkenswert von den Verhandlungen dieses Tages ist auch noch eine, die einen im Reichstage und sächsischen Landtage erörterten Fall behandelt. Der Arbeitswillinge Lorenz aus Frankenhäuser hatte bei einem Tanzbergnägen im Gasthofe unter den höchsten Juristen des Publikums allein tanzen müssen. Die Musik sollte dabei einen Tanz geblieben haben. Dieser hatte gegen einen gewissen Otto und den Musikdirektor Ahnert Strafantrag gestellt, außerdem noch durch Rechtsanwalts Ziehe Privatklage gegen Ahnert erhoben. Durch eine umfangreiche Jugendernehmung wurde die Unschuld der Angeklagten bewiesen. Der Gerichtshof sprach beide frei.

Wir fürchten, der Arbeitswillinge wird auch in Zukunft absent tanzen. Schließlich geht es doch selbst in Crimmitschau nicht so weit, daß man anständige Arbeiter zwingen kann, mit Arbeitswillingen zusammen zu tanzen.

Die **preiswürdige Einmischung** in einen Lohnkampf hatte in Lauf bei Nürnberg dazu geführt, daß eine Anzahl Arbeiter aus der Kirche austraten. In genanntem Ort dauert die Tüpfelrausperrung noch immer fort, da der Fabrikant Vankel von den 125 ausgesperrten nur 85 wieder einstellen will, welcher Vorschlag von den ausgesperrten in geheimer Abstimmung einstimmig zurückgewiesen wurde. Die Situation ist für sie sehr günstig, da wenig Arbeitswillingen vorzuziehen und diese meistens nur ungelernete Arbeiter sind. In der höchsten Not erschienen die beiden Dringlichsten neben einem Amtsdirektor aus Schwabach dem Unternehmer als rettende Engel; sie bemühten sich eifrig um Anwerbung von Streikbrechern und suchten auch eine Organisation der Arbeitswillingen zu gründen. Damit riefen sie einen Sturm der Entrüstung unter der Einwohnerschaft hervor, und eine Anzahl von Arbeitern kehrten der Kirche, deren Diener so offensichtlich zu Gunsten der Befehlenden gegen die Nichtbefehlenden eingetreten, den Rücken. In einer Volksversammlung wurde ihr Vorgehen auf das scharfste verurteilt. Die beiden Geistlichen waren eingeladen und auch erschienen; sie gaben zu, daß ihre Handlungsweise geeignet gewesen sei, die Meinung zu erwecken, daß sie, die Verkünder der christlichen Lehre, dieser entgegen handeln und anstatt sich für die Armen und Unterdrückten anzunehmen, die Reichen und Mächtigen unterstützen. Sie hätten aber nichts Böses gewollt. Nun seien sie zu anderer Ansicht gekommen und sie würden keinen Fuß mehr in die Vankelsche Fabrik setzen. Die Versammlung sei für sie eine große Lehre. Angesichts dieser Erklärungen wurde von der Annahme einer Resolution abgesehen.

Gewerkschaftsliste für Berlin und Umgegend. Folgende Beiträge gingen ein:

- Für die ausgesperrten Zinngleher und Stürzer: Von den Metallarbeitern 50.—, Von den Hülfslegern 30.—, Für die Ausreisenden und ausgesperrten Weber in Crimmitschau: Ein kranker Schüler 2.—, Vom Bau Alexandrinenstraße 50 durch Biel auf Ute 13 10,65, Von den Tüpfeln Bau Lange, Friedenstr. 8, d. Rathes 6.—, Durch eine amerikanische Kulkon h. Bok, Hallesche 101 4.—, Von d. Parken, Kolonne Sprechert 5, Sak 4,50, Von den Maurern u. Arbeitern Bau Stephanstr. 22 durch B. Hadwin 7,00, Von dem Personal d. Firma Gaus u. Goldschmidt 11.—, Von den Hülfslegern nebst Arbeitern d. Firma Viesch u. Co. durch Volland, 4. Rate 10,25, Gesammelt Bau-Ausstellung durch Schorack, 2. Rate 11.—, Bau Ullrich 3 durch August Schulz, Ute 17 7.—, Gesammelt am Dombau zu Berlin, 3. Rate, Ute 14 10,65, Vom Verein der Markthalen-Arbeiter 20.—, Von den Maurern und Arbeitern am Bau Sophienstraße durch Hoffke 10,05, Von den Hülfslegern nebst Arbeitern der Firma Viesch u. Co. durch Volland, 5. Rate 7,05.

Verichtigung. In der letzten Nummer muß es heißen: Von einem Glenden aus der Brandenburgerstr. 3.— M. Weitere Beiträge werden in unsem Bureau, Dragonerstr. 15, Hof part., Mittwoch und Sonnabends in der Zeit von 8-10 Uhr abends entgegen genommen. Ferner werden auf Wunsch auch Listen ausgegeben. Gelder, welche mit der Post eingekandt werden, sind an den Kassierer Arthur Viesler, Thornerstr. 61 zu senden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zwei Maurer bei der Arbeit verschüttet.

Göttingen, 10. Januar. (B. G.) Bei Ausschachtungsbauten wurden zwei Maurer verschüttet und einer getötet.

Humberis — Dreifus.

Paris, 10. Januar. (B. Z. B.) In der von der Depuierterkammer ernannten Untersuchungskommission in der Angelegenheit des Humberts wurde heute Labori vernommen. Derselbe erklärte, er habe niemals in seiner Verteidigungsrede gesagt, daß die Humberts politische Mitschuldige hätten. Labori führte aus, es gebe hier keine Gauerrei, deshalb gebe es auch keine Mitschuldigen.

Der Staatsanwalt Roudouin hat heute nachmittag dem Präsidium des Kassationshofes den Bericht über die Dreifus-Angelegenheit überreicht; dieser Bericht ist sehr lang. Man glaubt beim Gerichtshof, daß die Kriminalkammer selbst eine Untersuchung anstellen werde wie im Jahre 1899. Die endgültigen Verhandlungen würden dann erst im Juni vor den Kassationshof kommen.

Barmen, 10. Januar. (B. G.) Auf dem Bahnhofe Rittershausen wurde der Schaffner Kleine von einer Lokomotive erfasst und zermalmt.

Barcelona, 10. Januar. (B. Z. B.) Der Ausstand der Schiffsarbeiter ist in das Stadium von Verhandlungen getreten. Etwa 10 Schiffseigner haben die von den Ausständigen vorgelegene Grundlage angenommen.

Nach Meldungen aus Larragona kam es dort letzten der Steuer auf Lebensmittel zu Unruhestörungen, in deren Verlauf das Steuergebäude in Brand gesetzt wurde.

Reichstag.

14. Sitzung. Dienstag, den 19. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratsseite: Freiherr v. Rasthofen, Kolonialdirektor Dr. Stübel, v. Einem, v. Tzipig, v. Stengel und Dr. Niederding; später der Reichskanzler Graf Bälou.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung der beiden Nachtrags-Etats für 1903 und des Ergänzung-Etats für 1904 für das südwestafrikanische Schutzzgebiet.

Kolonialdirektor Dr. Stübel

(zuerst auf der Tribüne schmerzlich verständlich) giebt zunächst eine Darstellung des Verlaufs des Aufstandes der Bondelzwarts. Wir wissen aus Telegrammen, daß der Aufstand am 25. Oktober in Barcabat ausgebrochen ist. Es sollte ein Führer der Aufständischen wegen einer Handlung zur Achtung gesetzt werden und bei dieser Gelegenheit entspann sich das erste Gefecht. Die Kottentotten sind in Barcabat eingedrungen und es kamen zu uns Nachrichten von diesem Vorgehen. Gleichzeitig kam die Mitteilung von dem Hauptquartier, daß die Weissen sich vorläufig halten könnten. Wir wussten bestimmt, daß die Befestigung sich bis 1. November gehalten hat. Von den weiteren Vorgängen haben wir dann nichts erfahren, als daß am 20. oder 21. November bei Sandfontein Gefechte mit den Kottentotten stattgefunden haben. Wir haben dann weiter Kunde erhalten von Gefechten, die am Drangefuß stattfanden, bei denen eine deutsche Patrouille gezwungen wurde, über die englische Grenze zu gehen, nachdem der kommandierende Offizier schwer verwundet war. Es ist dann der Heberfall einer kleinen Kolonisation gemeldet und mitgeteilt worden, daß alle Streitkräfte in Windhoek und Otahandja zusammengezogen seien.

Am 6. Januar erfuhren wir von der Einstellung der Feindseligkeiten mit den Bondelzwarts durch ein Telegramm, das am 10. Januar hier eingegangen ist. Ebenfalls aus Kapstadt erfolgte die Nachricht von ihrer Ergebung. Wenn eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht nicht eingelaufen ist, so liegt das zweifellos an den gestörten Telegraphenverbindungen. Zweifellos ist zwischen dem 6. und 10. Januar der Aufstand der Bondelzwarts zunächst niedergeworfen worden, sonst hätten wir über Kapstadt anders lautende Nachrichten erhalten. Gleichzeitig mit dem letzteren liefen die ersten Warmnachrichten über den Aufstand der Hereros ein. Die Kapitäne zeigten sich widerwillig, aber die Feindseligkeiten hätten noch nicht begonnen. Es standen im ganzen 400 Mann zur Verfügung. Otahandja, welches vorläufig mit 55 Mann besetzt sei, werde weitere 55 Mann zur Verstärkung erhalten. Noch am 12. erhielten wir ein Telegramm aus Otahandja des Inhalts, daß die Station fast eingeschlossen und die Telegraphenverbindungen bedroht seien. Fast gleichzeitig erhielten wir ein Telegramm aus Swakopmund, welches die Unterbrechung des Telegraphenverkehrs auch von den weiteren westlich liegenden Gebieten anzeigt. Die letzten Telegraphen gaben ungefähr folgendes Bild der Vorgänge der letzten 8 Tage. Auf die Nachricht vom Aufstand der Hereros wurde von Swakopmund aus eine Eskortkommission nach dem Schowahay des Aufstandes geschickt. Wie weit diese mit der Bahn über Karibib hinausgekommen ist, ist nicht bekannt. Jedenfalls hat sie die Vakulation Klasse passiert, ist aber nicht bis Otahandja gelangt, sondern befindet sich etwa in der Nähe der Station Walbau. Hinter dieser Kolonne wurde eine weitere Reservekolonne entsandt, bestimmt, die sehr wichtige Station Karibib zu halten. Von hier aus soll auch die Entsendung von Dörsing zur Verhinderung der weiteren Vordringung der Hereros versucht werden. In den letzten Tagen sind dann noch weitere Verstärkungen auf der Bahn zur Deckung der Station entsandt worden; Karibib selbst ist in verteidigungsmäßigem Zustand gesetzt worden. Die Farmer der Umgebung haben sich dahin zurückgezogen. Die militärischen Magazine von Johann Albrechtshöhe sind geplündert worden.

Ein Telegramm aus Windhoek, gerichtet von dem Stellvertreter des Gouverneurs, besagt: „Otahandja ist schwer bedrängt. Entsatzversuch von Windhoek gescheitert. Maschinengewehre beim Eindringen in Otahandja zeitweilig unbrauchbar geworden. Windhoek sehr bedroht, zahlreiche Verluste. Landsturm eingezogen. Eisenbahn unterbrochen. Sofortige Hilfe erbeten. Hereros vorläufig beritten, teilweise in Tropenuniform.“ Diese Uniformen haben die Hereros möglicherweise aus dem Bestande des geplünderten Magazins in Johann Albrechtshöhe geraubt. Es braucht also aus dieser Erwähnung nicht die Befestigung einer großen Katastrophe entnommen zu werden. Nach einem weiteren Telegramm aus Windhoek muß sich Oberst Leutwein an einem Punkte befinden, der in helio-graphischer Verbindung mit Windhoek steht, es ist aber unbekannt, in welcher Entfernung, ob 20 oder 30 Tagereisen von Windhoek. Ein Telegramm des Vertreters des Gouverneurs in Verwaltungsangelegenheiten bezeichnet die Lage ebenfalls als sehr ernst. Am Jänner über den Umfang einer etwaigen Katastrophe einen Begriff zu geben, führe ich einiges aus der Statistik des Schutzzgebietes an. Weder giebt die bekannten Daten über die Einwohnerzahl und die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch-Südwestafrikas. Die weißen Ansiedler seien über 118 Wohnplätze zerstreut, die oft nur zwei oder drei Weiße zählten. Suchen wir nach den Beweggründen für die Erhebung der Hereros, so muß man davon ausgehen, daß sie die Zeit vor der Okkupation des Landes noch nicht vergessen haben, wo sie in vollkommener Freiheit, Ungebundenheit und Jügellosigkeit lebten. Haben Sie doch 1880 den deutschen Reichskommissar Dr. Göring, der ohne genügende Mannkraft in ihr Gebiet kam, einfach des Landes verwiesen. Später, als wir das Land besetzten, waren ihnen die Deutschen als Bundesgenossen gegenüber den Witbois willkommen. Aber schon 1896 fanden partielle Unruhen statt: Eine einmarschierende Truppenabteilung wurde angegriffen, und erst in zwei Gefechten wurde der Aufstand überwunden.

Er endete mit einem handrechten Verfahren gegen die beiden Mädelshöhler in Otahandja. Sie wurden zum Tode verurteilt und erschossen. Der Hauptstamm der Hereros hat sich aber damals durchaus loyal benommen. Es lag also kein Grund vor, in ihre Friedfertigkeit im allgemeinen Zweifel zu setzen. Die jetzige Bewegung erklärt sich daraus, daß sie Gegner der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung geblieben sind, die wir ihnen gaben. Durch die zunehmende Zahl der Einwanderer wurde zudem die Bewegungsfreiheit der Eingeborenen immer mehr eingeschränkt. Die Siedlungen hatten zugenommen, insbesondere infolge des Baues von Eisenbahnen. Eine große Zahl von Jannern war im Laufe der Jahre längs den Schienen in die Hände der Weissen übergegangen, und zwar meist von den Hereros selbst verkauft. Ihre wirtschaftliche Selbständigkeit wurde vielfach durch Schuldenmachen wesentlich eingeschränkt. Hier lagen mehrfach widerstreitende Interessen vor. Es ist versucht worden, die Kaufverträge zwischen Weissen und Eingeborenen kassiert zu stellen, um die Eingeborenen vor Ausbeutung zu schützen. Dagegen erhob sich der lebhafteste Widerspruch der Weissen, und es wurde schließlich ein Kompromiß dahin geschlossen, daß wenigstens für diese Kaufverträge eine kurze Verjährungsfrist eingeführt wurde. Das sind die hauptsächlichsten Beweggründe, die die Aufstandsgelüste immer reger gehalten hat. Als Anlaß ist die Entblößung des Gebietes von Schutztruppen anlässlich des Aufstandes der Bondelzwarts anzunehmen. Vielleicht sind auch falsche Nachrichten über Niederlagen und Rückschläge der Schutztruppen an Sie gelangt. Die Phantasie der Hereros soll sehr lebhaft sein und Gerüchte verbreiten sich wie Lauffeuer durch das Land. Ob die Sache von langer Hand vorbereitet ist? Ja und nein.

Symptomatisch ist ein Umstand, der vielleicht bis jetzt noch unbekannt ist. Eine große Zahl von Eingeborenen des Schutzzgebietes war als Arbeiter nach den Raudminen des früheren Staates Transvaal ausgeführt worden. Als sie durch englische Zeitungen in Johannesburg die Nachricht vom dem Aufstand der Bondelzwarts erhielten, hatte eine große Anzahl, etwa 30 dieser Arbeiter, sofort ihre Arbeit niedergelegt und ist zurückgekehrt mit der Absicht, ihre Landsleute beim Aufstand zu unterstützen. Es kam also angenommen werden, daß längt die Absicht bestand, bei günstiger Gelegenheit eine Erhebung gegen die Weissen zu unternehmen. Jedenfalls aber sind diese Absichten vorzüglich geheim gehalten worden. Die Missionare, die unter den Eingeborenen leben und ihre Sprache kennen, waren vollständig ununterrichtet. Auch die Nachricht, die vom Korrespondenten einer hiesigen Zeitung hierher weiter gegeben ist, ist erst vom 4. Januar datiert, also auch erst acht Tage, bevor der Aufstand effektiv ausgebrochen ist. Auch ein Brief des Farmers Hoch von der Firma Hoch und Cde, der 12 Jahre in Südafrika lebt, bestätigt mir, daß er vollständig überrascht ist. „Wie haben sie die Sache nur so lange geheim halten können?“ Ist der Ausbruch des Aufstandes zum Heberfall an aller gekommen, so kam von einer Verantwortung der Verwaltung kaum die Rede sein.

Technische Aufstände haben auch in anderen Kolonialgebieten stattgefunden, z. B. der der Matabele von 1896. Ehe die Eingeborenen sich dauernd in die neuen Verhältnisse fügen, ist noch keiner Macht der Verweigerungsfähigkeit erspart geblieben.

Noch ein Wort über die Bedeutung der Eisenbahn. Durch sie ist die Operationsbasis bis in die Mitte des Landes vorgeführt. Die Erhaltung und Sicherung der Bahn wird der Gegenstand der weiteren Operationen sein. Jedenfalls würde der Aufstand ganz anders verlaufen, wenn wir die Bahn nicht zur Unterstützung hätten. Zunächst gilt es, den bedrohten Landesteilen Hilfe zu bringen. Dazu dient vor allem das Bataillon Marine-Infanterie, welches ohne Verzug Donnerstag abreisen wird. Aus dem bedrohlichen Aufstand aber ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, unsere Schutztruppe bedeutend zu verstärken. Ich hoffe, daß diese Verstärkung nur vorübergehend sein wird bis zur völligen Pazifizierung des Schutzzgebietes, und ich bitte Sie um Bewilligung der Vorlage im Interesse des südwestafrikanischen Schutzzgebietes und unseres Kolonialgebietes im großen und ganzen. (Bravo!)

Hg. Dr. Spahn (C.):

Die Zahl der Weissen, die in Südwestafrika in Betracht kommt, ist so erheblich, daß, wie ich glaube, das ganze Haus darin eingeleitet wird, den bedrohten Hilse zu bringen. Der Herr Kolonialdirektor hat gesagt, daß der Verwaltung eine Verantwortung dafür nicht zuschreiben sei, weil sie die Unruhen nicht rechtzeitig erkannte. Wir wissen ja allerdings, daß solche Aufstände sich gewöhnlich in aller Stille und Heimlichkeit vorbereiten, aber im vorliegenden Fall ist doch bereits im vorigen November durch ein Flugblatt der Deutschen Kolonialgesellschaft auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden, und ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“ von heute morgen führt eingehend aus, daß eine Versammlung sämtlicher Hauptlinge der Kolonie, die vom April bis Mai vorigen Jahres dauerte, die Aufmerksamkeit der Verwaltung hätte erregen müssen. In dem Artikel wird auch als Grund für den Aufstand die Verschuldung der Hereros gegenüber den Händlern angegeben und mit scharfen Worten das Vorgehen der Händler verurteilt. Doch im gegenwärtigen Moment werden wir von den Gründen der Bewegung absehen und mit der That sache rechnen müssen, daß die bedrohten Schleimhülle branden. — Was die etwaige Behandlung des Nachtrags- und des Ergänzung-Etats betrifft, so glaube ich, können wir, da der Etat für 1903 bereits erledigt ist, den Nachtrags-Etat auf Grund der erhaltenen Mitteilungen ohne weiteres heute im Plenum in erster und zweiter Lesung und an einem der nächsten Tage in dritter Lesung erledigen. Was den Ergänzungsetat für 1904 anlangt, so könnten wir auch diesen, da keiner der in Betracht kommenden Etatsteile der Budgetkommission bisher überwiesen ist, in erster und zweiter Lesung im Plenum erledigen. Die dritte Lesung dieses Ergänzungsetats würde ich aber vorschlagen, hinauszuschieben, bis der Etat für 1904 überhaupt in dritter Lesung hier beraten wird. (Bravo! im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Auch ich halte es für geschäftsmäßig zulässig, den Nachtrags-Etat hinter einander in erster und zweiter und dann auch in dritter Lesung zu erledigen. Anders steht es mit dem Ergänzungsetat. Die erste und zweite Lesung dieses könnten wir gewissermaßen nur provisorisch und als Direktive für die Herren von der Reichsverwaltung vornehmen, die dritte Lesung aber erst im Zusammenhang mit der Feststellung des ganzen Hauptetats.

Hg. Bebel (Soc.):

Was den Ergänzungsetat für 1904 anlangt, so sehe ich keinen Grund, warum wir nicht auch die zweite Lesung dieses bis zur zweiten Lesung des Hauptetats für die Schutzzgebiete aufschließen könnten. Etwas wesentliche Änderungen kämen ja doch erst bei der dritten Lesung in Betracht.

Koloniale Aufstände sind keine kolonialisierenden Macht bisher erpart geblieben; sie sind die Folge der Behandlung, die die sogenannten Kulturenationen den uncivilisierten Völkern angedeihen lassen. Diese empören sich gegen die, die sie mit Recht als ihre Unterdrücker ansehen. Auch Deutschland hat schon zahlreiche Eingeborenen-Aufstände erlebt, aber noch keinen vom Umfang der Hereros. Der Reichskanzler sagte gestern zu meiner großen Hebertragung, dieser Aufstand sei ohne sichtbaren Anlaß ausgebrochen. Ich möchte doch den Gründen etwas mehr nachgehen. Nach dem Briefe des Herrn Koch kämpften die Hereros einen Verzweiflungskampf. Wir wissen ja leider sehr wenig von den Umständen unserer Schutzzgebiete und nur gelegentliche „Indispositionen“ geben uns etwas Aufschluß. Aber selbst nach Missionsberichten haben der Alkoholsteuerei, venerische Krankheiten im Schutzzgebiete in Verborgnis erregender Weise um sich gegriffen. Man hat ihnen, wie es immer ist, die Bibel und den Schnaps gebracht. Nach andern Berichten genauer Kenner des Schutzzgebietes ist sehr viel faul im Staate Dänemark. Danach stehen manche Weisse stillos hier unter den Eingeborenen, so daß auch hier die Weissen bessere Menschen sind. Jäger sind nicht die Weiden, sondern weit mehr die Deutschen und Europäer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das alles aber würde noch nicht eine solche Erhebung rechtfertigen, deren Wirkungen für die Hereros fürchterliche Folgen haben muß. Es handelt sich vielmehr um etwas, was auch den allereivilisierten Europäer in Hut und helle Entrüstung und in die Revolution treiben könnte: um die Gefährdung der Grundlagen ihrer Existenz und ihres Eigentums. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das würde auch auf bürgerlicher Seite die größte Entrüstung hervorrufen. Die Grundlagen ihrer erworbenen Existenz, die schon bisher in hohem Grade eingeschränkt waren, standen in Gefahr, noch weiter eingeschränkt zu werden.

Aus diesen Gründen hätte ich gewünscht, daß die Herren vom Regierungstisch auf die Verschuldigungen eingegangen wären, die Herr Dr. Hans Förster in der „Deutschen Tageszeitung“ am Freitagabend gegen die Regierung erhoben hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ steht nicht in dem Verdacht, ein reichsfeindliches Blatt zu sein; der Schreiber ist ein Kolonialkenner, der nach seinem besten Wissen und Können sich bemüht, die Kolonialpolitik in die Bahnen zu lenken, die nach seiner Meinung die richtigen sind. Er erhebt Anschuldigungen, die, wenn sie wahr wären, beweisen würden, daß es gar keinen andern Grund als des er-

wähnten bedurfte, um den Aufstand der Hereros zu erklären. Er macht geltend, daß nachdem die Hereros schon vorher allmählich zurückgedrängt waren, man jetzt eine neue Wohnlinie bauen wollte, welche, wie vom Kolonialdirektor auch in Bezug auf die frühere Bahn zugegeben ist, weite Gebiete der eingeborenen Bevölkerung entzogen hätte. Kann man es da einem Volke übelnehmen, wenn es alles aufbietet, um sein Land zu retten? Ich habe in diesem Sinne Ausdrücke gegen die Hereros gehört, wie sie die Römer nicht gegen die Germanen geäußert, und doch wird die Verjagung der Römer in der deutschen Geschichte für eine große Heldenthat erklärt. In ganz ähnlicher Lage befinden sich heute die Hereros. Ich möchte Sie schon jetzt dringend darum ermahnen, wenn die Kämpfe, die sich nicht vermeiden lassen, überdies sich, keine Kasse-Krise zu unternehmen. In Wahrheit verteidigen die Hereros ihre Heimat, das Land, das ihnen seit Jahrhunderten gehört. Ich möchte in der That die Frage an die Reichsregierung stellen, die Herr Dr. Förster in seinem Artikel stellte: „Hat die Reichsregierung die Absicht, das Land, das auf der Karte als das der Hereros bezeichnet wird, in ein Krausland umzuwandeln und dann vertragsmäßig an englische Gesellschaften abzutreten?“ Als Grund für die Aufwertung dieser Frage giebt Dr. Förster die Verordnung des Obersten Leutwein vom 13. Dezember 1902 an. Ich habe in den letzten zwei Tagen vergeblich die betreffende Nummer der „Deutsch-südwestafrikanischen Zeitung“ gesucht. Sie ist in keinem Besitze, in keiner Bibliothek zu haben, auch sonderbarerweise abhanden gekommen. (Veh. hört! hört! b. d. Sozialdemokr.) Wenn wir die Städte des Aufstandes genau kennen, wenn wir wissen, daß die Schuld an dem Aufstande auf Seiten der Regierung liegt, so würden wir von vornherein gegen eine Bewilligung dieses Etats stimmen. Nachdem wir aber über die Gründe des Aufstandes bis zu diesem Augenblicke vollständig im unklaren sind, sind wir zu dem Schluß gekommen, und der Abstimmung zu enthalten. Nachdem der Aufstand ausgebrochen war, war es selbstverständlich Ihre Pflicht, alles aufzubieten, um denselben so schnell wie möglich zu unterdrücken. Wir wollen nicht gegen die Bewilligung stimmen, damit es nicht scheint, als ob wir Ihnen dazu die Mittel verweigern.

Ich bemerke aber ausdrücklich, daß diese Stimmhaltung in gar keiner Weise unsere Stellung zur Kolonialpolitik im allgemeinen berührt, daß wir nach wie vor diese Politik nach jeder Richtung hin als unheilvoll bekämpfen. Hier werden leichtem Herzens 1 1/2 Millionen gefordert und weitere Millionen werden folgen. In demselben Augenblicke aber sieht Ihre Budgetkommission Tag für Tag hundentausend bei der Arbeit und bemüht sich Posten herauszubekommen, bei denen sie 50 000 oder 100 000 M. freizieh kann. Einen Vorteil hat das Deutsche Reich bisher von der Kolonialpolitik nicht gehabt und ich fürchte, daß dieser Aufstand und in der Folge noch recht erhebliche Summen kosten wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. v. Normann (L.):

Wir sind bereit, die Vorlage unverändert und ohne irgendwelche Bemerkungen der Kritik, die wir jetzt nicht für angebracht halten, zu bewilligen. Das Deutsche Reich ist bei seiner Nachstellung verpflichtet, den Aufstand so schnell wie möglich niederzuschlagen. Wir sind auch bereit, auf die Vorschläge des Herrn Spahn in Bezug auf die geschäftsmäßige Behandlung der Vorlage einzugehen. (Bravo! rechts.)

Hg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich habe folgende Erklärungen abzugeben: Wir sind bisher nicht bereit gewesen, die Mittel für die Kolonialpolitik zu bewilligen, aber wir wollen die vorliegende Forderung nicht ablehnen, weil sie notwendig ist, um durch ein zeitweiliges Aufgebot außerordentlicher Mittel dem Reiches den Aufstand in Südwestafrika niederzuwerfen und die gestörte Ordnung wieder herzustellen, einmal es sich handelt um die Rettung schwer gefährdeter Menschenseelen, die ein Anrecht haben auf den Schutz des Deutschen Reiches. Wir halten es für notwendig, daß in der Folge in eine gründliche Untersuchung der Frage eingetreten wird, ob überhaupt angesichts der minimalen kulturellen Interessen, die dort in Frage kommen, es sich gegenüber den Interessen der deutschen Steuerzahler rechtfertigen läßt, die gegenwärtigen erheblichen Reichszuschüsse für Südwestafrika weiter zu leisten. Wir erwarten, daß durch ganz besondere Sparsamkeit gegenüber allen sonstigen militärischen Forderungen die hier geforderten Summen möglichst wieder eingebracht werden. Mit der vorgeschlagenen geschäftsmäßigen Behandlung der Vorlagen sind wir einverstanden. (Bravo! links.)

Hg. Sattler (natl.):

Die Kritik an der Verwaltung in Südwestafrika, die etwas zu über wäre, wird sich bei der Beratung des Kolonial-Etats erledigen lassen. Heute handelt es sich nur darum, dafür zu sorgen, daß die Leute, die im Vertrauen auf den Schutz des Deutschen Reiches nach Südwestafrika gegangen sind, in schweren Zeiten auch diesen Schutz erhalten. Wir werden daher die Forderung bewilligen.

Hg. Schröder (fr. Sp.): Auch meine Freunde sind bereit, die Forderung zu bewilligen. Wir behalten uns die Kritik der Verwaltung unserer Kolonie für den Etat der Kolonialverwaltung vor.

Hg. v. Tiedemann (Rp.) schließt sich den Ausführungen des Hg. v. Normann an.

Hg. Dr. Storz (südd. Sp.): Angesichts der Zwangslage sind wir bereit, die Forderung zu bewilligen. Zu kritischen Bemerkungen wird sich später Gelegenheit finden.

Hg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Wir sind für schnelle und ausreichende Bewilligung der Forderung.

Hedner verliest ein ihm heute zugegangenes Schreiben eines Deutschen in Südwestafrika, worin es heißt: Das deutsche Gouvernement bedrückt den Alkoholkonsum der Hereros und verhindert sie am Stehlen. Sie sehen also, Herr Bebel, die „Freiheit“ der Hereros besteht in Stehlen, Rauben und Morden! (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die deutsche Regierung den Versuch macht, ihnen diese liebgewordenen Gewohnheiten etwas zu beschränken, so handelt sie nach Meinung der civilisierten Welt recht daran!

Damit schließt die erste Lesung.

Der Nachtragsetat für 1903 wird darauf in zweiter Beratung debattelos genehmigt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen beschließt das Haus, auch den Ergänzungsetat für 1904 gleich in zweiter Lesung zu erledigen. In dieser wird der Ergänzungsetat ebenfalls bewilligt.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Es folgt die Interpellation Auer (Soc.) und Genossen betreffend das

Behalten russischer Polizei-Agenten auf deutschem Gebiete.

Sie hat folgenden Wortlaut:

„Mit dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die russische Regierung im deutschen Reichsgebiete Polizei-Agenten zur Überwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält; daß zu diesem Zweck russische Polizei-Agenten Verbrechen verüben und auch versucht haben, andre Personen zu Verbrechen zu bestimmen?“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, um diesen Zustand zu beseitigen?“

Der Herr Reichskanzler wird ferner um Auskunft über folgende Fragen erucht:

Wie kommt es, daß in Königsberg gegen Reichsangehörige wegen angeblicher Verhülfe zum Hochverrat gegen das russische Reich und zur Verleumdung des russischen Kaisers ein Verfahren eingeleitet worden ist, bevor der die Strafbarkeit bedingende Strafantrag der russischen Regierung vorlag? Auf weichen Beurlaubung und auf welchem Wege ist die russische Regierung zur Stellung des Strafantrages veranlaßt worden?“

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Nischhofen, erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort

Abg. Haase (Soz.):

Es ist eine feststehende Tatsache, daß die russische Regierung im Deutschen Reich Polizeibeamte unterhält, die nicht nur russische, sondern auch deutsche Staatsangehörige in schamloser Weise überwachen. Am 3. Januar machte der „Vorwärts“ in einem Artikel: „Preußen, eine russische Spitzelprovinz“, einen Teil dieser Polizeispitzel namhaft, und die „Nordd. Allg. Ztg.“, die in letzter Zeit soviel zu demontieren wußte, fand kein Wort, um die Angaben des „Vorwärts“ zu bestreiten. Hier in Berlin ist ein großer Stab von Spitzeln im Interesse der russischen Regierung tätig. An der Spitze derselben steht ein Ingenieur mit einem Jahresgehalt von 36 000 M. Da im „Vorwärts“ der Name dieses Chefs der inoffiziellen Polizei in Berlin nicht bekannt gegeben war, äußerten einige bürgerliche Blätter Zweifel an seiner Existenz. Ich mache ihn deshalb von vornherein namhaft: er heißt Herting. Es ist derselbe, der von allen seinen Untergebenen als Excellenz angeredet wird. Ferner ist da ein Graf, genannt Michel, mit einem Jahresgehalt von 7000 Mark und andre niedere Spitzel mit Monatsgehältern von 175, 150 und 125 Mark. Es entsteht zunächst die Frage: Hat die deutsche Regierung nicht gewußt, daß die russische Regierung ein solches Polizeidepartement auf deutschem Boden errichtet hat, und falls nicht, was hat sie getan, als sie davon Kenntnis erhalten hat? Nach Äußerungen des Herrn v. Nischhofen vom 19. März 1903 muß man allerdings annehmen, daß die russische Polizeiwirtschaft sich mit Zustimmung der deutschen Regierung bei uns breit gemacht hat. Damals sagte der Herr Staatssekretär: Wir haben der russischen Regierung gerne gestattet, daß sie sich hier über diese Anarchisten informiere. Wie diese informatorische Tätigkeit geübt wird, darüber will ich später sprechen. Aber die „Anarchisten“ sind lediglich ein Vorwand. Wir sind in der glücklichen Lage, Anarchisten, die die Propaganda der Tat betreiben, gar nicht zu kennen, dank der ausstärkenden Tätigkeit der Sozialdemokratie. Wer Anarchist ist, darüber entscheidet die russische Praxis, und nach ihrem Sprachgebrauch ist das ein jeder, der eine Forderung des bestehenden Zustandes wünscht, der die Brutalität des Kapitalismus haßt und nicht die Kante läßt, mit der er bestraft wird. Wir haben gesehen, daß die kaufmännischen Anhänger Tolstoj, die sanftesten Liberalen russischen Polizeigeheimen als Anarchisten oder Nihilisten erscheinen. Nichtsdestoweniger wird hier in Berlin-Charlottenburg jeder einzelne russische Student, jeder Arbeiter von diesen Beamten beschuldigt und jeder, der einige Zeit westeuropäische Luft atmet, gilt ihnen als verdächtig. Ueber die Art und Weise, wie die Russen hier beispield werden, konnten wir uns keine Vorstellung machen, wenn sich nicht allmählich die Mitteilungen angehäuft hätten. Sie bestanden die Hauswirts, damit sie ihre Sachen stehlen, damit sie erfahren, woher ihre Briefe kommen, wohin sie gehen, welche Zeitungen und Bücher sie lesen.

Sie gehen in Abwesenheit der Russen in deren Wohnungen und durchwühlen selbst deren Sachen, wenn sie die Erlaubnis von den Wirtin bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Hauswirten suchen sie sich auf alle mögliche Weise einzuschleichen. Der Nabel spielt eine Rolle, wenn der Appell an den „Patriotismus“ nicht versagt.

Und wenn die Wohnungen nicht geöffnet werden, so öffnen sie dieselben einfach mit falschen Schlüsseln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, wie in dem Falle des Dr. v. Weichesclaff.) Der Herr treibt hier medizinische Studien und wohnt mit seiner Familie in Hermsdorf. Sein schulpflichtiges Kind besucht hier die Schule. Zunächst hat man versucht, mit Hilfe seiner Wirtin in die Wohnung einzudringen; man hat sich im Hausflur aufgestellt, um wenigstens einen Blick in die Wohnung zu werfen, wenn sie gereinigt wird. Schließlich hat man versucht, die Postbeamten zu beschauen, aber in diesem Falle sind sie nicht unterlegen. Auf irgend eine Weise bekam man doch Kenntnis von zwei Telegrammen, von denen eins, das er nach Paris schickte, die Worte enthielt: „Komme morgen.“ Da war es der Spitzel Wolf, dem ein Extrahonorar von 500 Mark versprochen wurde, wenn es gelänge, den Dr. v. Weichesclaff bei einer etwaigen Ueberfährung der russischen Grenze festzunehmen. Schließlich gelang es doch nicht, irgend etwas Nadelstiches über ihn zu erfahren. Wolf galt seiner vorgesetzten Behörde, wie das ja bei Spitzeln so ist, als dumm und unfähig. Da fuhr er in Begleitung anderer Spitzelbuben nach Hermsdorf, bestellte einfach einen Schlosser und gab ihm 20 M., damit er die Thür öffnete. Dann brach er in die Wohnung ein und durchwühlte alle Behälter. Ich trage dies hier nicht zum erstenmal vor. Der Fall hat widererproben schon vor einigen Tagen im „Vorwärts“ gestanden, aber was sagt die Regierung zu diesem Attentat? Andre Postbeamte sind schwach genug gewesen, das Briefgeheimnis zu verletzen. In einem Fall in Königsberg ist in schamloser Weise ein Brief geöffnet und nach russischer Manier wieder geschlossen worden, damit die Adressatin, es nicht bemerke. Als sie gleichwohl dahinter kam und erklärte, sich bei der vorgesetzten Polizeibehörde beschweren zu wollen, hat sie der Beamte schenktlich, nicht ihn und seine Familie ins Unglück zu hürzen. Der Spitzel hatte so lange auf ihn eingeredet, bis er schließlich doch einmal schwach geworden war.

Itz unserer Regierung niemals das Gefühl gekommen, daß diese russische Polizeiherrschaft auf deutschem Boden eine Freiheitsde unserer souveränen Selbständigkeit, eine tiefe Graubildung bedeutet? Wenn die deutsche Regierung sich vor Anarchisten fürchtet, so wird sie wohl ihre eignen Leute haben, die dieser Aufgabe gewachsen sind. Selbst noch in den schmachvollen Zeiten nach den Karlsbader Beschlüssen hatte die preussische Regierung mehr Stolz und Festigkeit als heute. Als Nikolaus I. verlangte, daß Preußen an der Grenze eine Polizeibehörde unter Mitwirkung eines russischen Beamten errichten sollte, um den Verkehr nach Rußland zu überwachen und insbesondere die Einschmuggelung revolutionärer Schriften nach Polen zu verhindern, da hat die preussische Regierung dies Verlangen rundweg als mit der nationalen Würde unvereinbar abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie anders heute! Heute sind unsere Postbeamten die dienfeindlichen Schiffs des Kapitalismus geworden. (Unruhe.) Die aus der Schweiz nach Preußen eingehenden Schriften werden von den Postbeamten auf ihren Inhalt geprüft und sind in mehreren Fällen in Romet und Königsberg der Polizei ausgeliefert worden! Heute werden sogar Reichsangehörige, welche nichts anderes getan haben, als innerhalb des Reichsgebietes russische Druckschriften in Empfang zu nehmen und weiterzuführen, wegen Geheimhändeln, nicht etwa in Rußland, sondern in Preußen prozessiert und monatelang in Untersuchungshaft gehalten!

Auch unsere Universitätsbeamten lassen sich als Diener des Kapitalismus mißbrauchen. Wenn ein russischer Student oder eine russische Studentin ihre Papiere zum Zwecke der Immatrikulation einreicht, so werden diese Papiere, die vertrauensvoll der Universitätsbehörde übergeben sind, von dieser zunächst der Polizei überliefert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und zwar der Abteilung „politische Polizei“. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst wenn die politische Polizei auf einem Formular, wie ich eines hier mitgebracht habe, der Universitätsbehörde mitteilt: „Uns ist nichts Nadelstiches bekannt usw.“ — und diese Informationen bekommt die ja wieder von den russischen Behörden — so erhält der Student von der Universitätsbehörde die Nachricht, daß er zur Immatrikulation zugelassen sei. Man sollte doch wenigstens von Universitätslehrern ein wenig Verständnis für den hochfliegenden Idealismus der russischen studierenden Jugend erwarten, ein wenig Verständnis für diese Jugend, die unter Aufopferung ihres eignen Lebens und unter Preisgabe ihrer Freiheit die Befreiung des russischen Volkes aus den Fesseln des Kapitalismus erstrebt! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bisher galt bei uns der staatsrechtliche Grundsatz, daß unsere Regierung, wie jeder andre Staat zwar das Recht habe, Ausländer anzuweisen, daß aber die Ausländer, solange sie sich im Staatsgebiete befinden, dieselben Rechte haben, wie die Inländer. Das ist unter der gegenwärtigen russischen Polizeiherrschaft bei uns ganz anders geworden. Die Ausländer stehen unter einem Ausnahmestrich. Russen, die im Vertrauen auf das Gastrecht des Deutschen Reiches hierher gekommen sind, um zu studieren und zu arbeiten, werden wie gemeine Verbrecher behandelt. Unsere Polizei nimmt sich das Recht heraus, jeder Zeit in die Wohnung eines Russen hineinzugehen und dort eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, selbst wenn nicht der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Polizei hat den Grundriss ausdrücklich aufgestellt auf eine Verschärfung des Verteidigers eines festgenommenen Russen Namens Krassikoff, daß sie berechtigt sei, zur Sicherung der Ausweisung die auszuweisenden Personen festzunehmen und die in ihrem Besitz befindlichen Papiere in Gewahrsam zu nehmen. Den Ausländern ständen hierbei nicht die Rechte des Art. II der preussischen Verfassung zur Seite und auch die Bestimmungen der Strafprozeß-Ordnung lagen in dem Verfahren gegen sie nicht in Frage. Ich glaube, jeder Einzelne von uns hier im Hause, ganz abgesehen von der Parole, wird ein solches Verfahren Ausländern gegenüber als ein unerhörtes im Interesse unserer eignen Kultur ansehen müssen. Wir wünschen, daß solche Zustände, die sonst in keinem einzigen westeuropäischen Staate bestanden, (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) schnell beseitigt werden.

Die Harmonie zwischen uns und der russischen Polizei geht aber noch weiter. Das, was bei solchen Hausdurchsuchungen gefunden wird, und wären es auch nur harmlose Adressen von irgend welchen in Rußland lebenden Personen, alles wird den russischen Behörden überreicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als man bei Krassikoff die Adresse des Forschers des kaiserlichen Bureaus in Ufa gefunden hatte, hat man dieses Faktum sofort der russischen Behörde überreicht und die Wirkung war, daß dieser Mann als verdächtig in Rußland sofort festgenommen und auf administrativem Wege verurteilt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sollte man es für möglich halten, daß die preussische Polizei solche Liebesdienste den russischen Behörden erweist! Unsere Polizei ist ja vielfach noch russischer als die russische Polizei selbst. Am 15. Februar 1902 drangen in ein Lokal in Charlottenburg, Egidienstraße 117 etwa 15 preussische Geheimpolizisten unter Führung des Kriminalkommissars Bymen ein und nahmen eine Reihe russischer Studenten, die dort in fröhlicher Unterhaltung zusammenkamen, fest. Die Legitimation der Studenten durch ihre Karten wurde für ungenügend angesehen, sie wurden auf der Polizei festgehalten bis zum nächsten Morgen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat man ihre Wohnungen durchsucht, hat ein Verzeichnis ihrer Schriften aufgenommen und dieses Verzeichnis den russischen Behörden mitgeteilt. (Hört! hört! und Pfuscher bei den Sozialdemokraten.) Einige dieser Studenten wurden ausgewiesen und mußten innerhalb drei Tagen das Staatsgebiet verlassen. Während dieser drei Tage wurden sie bereits wie Gefangene behandelt. Als diese jungen Leute nach Rußland kamen, galten sie nach der Signaturierung durch die deutsche Polizei dort natürlich als verdächtig. Sie wurden sieben Wochen in Warschau festgehalten. Was geschah aber dann? Sie wurden entlassen, weil die russischen Behörden nichts Verdächtiges finden konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der russische Beamte, der die Untersuchung leitete, erklärte: „Ich weiß nicht, was für Scherereien und die deutsche Polizei wegen solcher Papalien macht!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Danach können also die jungen Leute hier gar keine geheime Verbindung gehabt haben. Sie gesehen einfach der Polizei nicht, weil sie derselben von den russischen Spitzeln angeführt wurden. In Rußland aber konnte man sein Faß und Fehel an ihnen entdecken. Ja, als sie zur Fortsetzung ihrer Studien einen Auslandsaufenthalt verlangten, wurde ihnen dieser scharf abgelehnt von den russischen Beamten ausgehandelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie legen jetzt ihre Studien in einem wirklichen Kulturlande fort, das nicht wie Preußen und andre Staaten des Deutschen Reiches sich durch den russischen Kapitalismus lenken läßt. Gewiß hat die deutsche Regierung die Befugnis, jeden Ausländer, der ihr nicht paßt, auszuweisen; aber die moralische Pflicht als Regierung eines Kulturlandes, als eines sogenannten Rechtsstaates, sollte sie doch dazu führen, diejenigen Ausländer, welche ihre Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, wenigstens so lange zu dulden, als sie nichts gegen unsre Gesetze und gegen die Sicherheit unsres Staates unternehmen. In all den Fällen, die ich angeführt habe, handelte es sich aber um Personen, die in nichts gegen die deutschen Gesetze sich vergangen hätten, sondern die lediglich nach Ansicht der russischen Spitzel der russischen Regierung unbehagen waren. Weil sie der russischen Regierung unbehagen waren, deshalb wurden sie bei uns, in lästigen Ausländern. Aber nicht genug, daß man die Russen anweist, man bringt sie auch wider ihren Willen an die russische Grenze! In einem Fall wurde ein Mann, den die Spitzel für einen Russen erklärten, der aber ausdrücklich betonte, er sei Schweizer und wolle nach England, wochenlang festgehalten, um festzustellen, welcher Nationalität er sei. Und als man herausgefunden zu haben glaubte, daß er Russe sei, brachte man ihn mit Gewalt an die russische Grenze. Die russischen Behörden waren aber in diesem Fall doch noch etwas zivilisierter als die preussischen. Nachdem sie eine Anzahl Personen aus dem angeblichen Heimatsorte des Mannes vernommen und diese erklärt hatten, sie kennen ihn nicht, trugen sie doch Bedenken, den Mann zu übernehmen und gaben ihn den preussischen Behörden zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir wurde einmal von einem höheren Beamten erklärt, dieses Verfahren werde eingeschlagen auf Verstoß von oben. Es geschähe wahrscheinlich deshalb, weil einmal ein Russe, der keine Legitimationspapiere hatte, an der russischen Grenze von russischen Grenzjägern niedergeschossen worden sei. Daher bringe man nun alle Russen ohne Ausweispapiere mit Zwang über die russische Grenze, um sie vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das stimmt aber doch nicht überein damit, daß man, wie ich nachgewiesen habe, auch vielfach Leute, die im Besitz von Ausweispapieren waren, zwangsweise über die Grenze gebracht hat. Das Asylrecht hat sich im vorigen Jahrhundert geradezu als Maxime herausgebildet, an der jeder Staat festhalten mußte, wenn er sich einbilde, Kulturstaat zu sein. Und Deutschland hätte allen Anlaß, das Asylrecht in weitestem Maße zu üben. Denn die Russen, welche unsre Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, sind gewiß nicht Anarchisten im Sinne unsrer Polizeibeamten, sondern Männer, die in einem heldenhaften Kampfe gegen den Absolutismus stehen, der jedem, auf welchem Standpunkt er auch steht, Bewunderung einflößen muß. Und so ist damals das Asylrecht auch immer von den Lehrern des Völkerrechts begründet worden, daß es unmöglich sei, einen politischen Flüchtling nur deshalb auszuliefern, weil er für das gelämpft hat, was bei uns geradezu als lobenswert angesehen werden muß. Aber das müßte man doch wenigstens erwarten, daß die Regierung nicht einfach nach den Anweisungen der russischen Beamten handelt, nicht auf die Denunziationen russischer Spitzel hin Leute mit einem Ratel befehligt und dadurch ins Unglück stürzt.

Welche Erfahrungen haben denn andre Länder mit diesen russischen Spitzeln gemacht. Aus den Dokumenten sind kürzlich die Notizen des Leiters der bulgarischen Spitzelpolizei veröffentlicht worden. Dieser Mensch, Namens Weismann, hat alle Postbeamten bestochen. Er bespitzelt nicht nur alle Russen, sondern auch die Bulgaren, die irgendwie mit Russen befreundet waren. Nachdem er elf Jahre diese Tätigkeit unter allen möglichen Verboten ausgeübt hatte, hat er sich dann auch in die höhere Politik eingemischt und einige Depeschen in die auswärtige Presse lanciert. Will die Reichsregierung warten, bis auch hier die russischen Polizeibeamten,

die immer mehr ermutigt werden, jedes Verbrechen zu verüben (Sehr richtig! links), sich in die hohle Politik einmischen wollen? Die Spitzeln sollten doch schreien. Es ist ja nicht dabei geblieben, daß man alle Russen, auch die harmlosesten, beispield, daß man unsre Beamten besticht, täglich in der größten Weise gegen Treue und Glauben verstoßt. Man hat auch deutsche Reichsangehörige, so weit sie nur irgend welche Beziehungen zu Rußland hatten, überwacht. Ich kann Ihnen zwei Fälle anführen, in denen einmal der Spitzel versucht hat, zu einem Verbrechen zu provozieren und einmal ein Verbrechen selbst verübt hat. Vor nicht langer Zeit erschien einer dieser Nicht-Gelehrten bei unsrem reichsdeutschen Genossen Rowagrodsky, suchte sich als Flüchtling hinzustellen und machte den Vorschlag, unser Genosse sollte ihm einen Paß mit dem Siegel und der Unterschrift einer deutschen Behörde ausstellen. Als Rowagrodsky ihn entlarvte, da verdaßte er auf Rimmerwiedersehen. Ich denke aber, Spuren dieses Spitzels im Königsberger Geheimbunds-Prozeß zu finden. Ein Stettiner Spitzel hat auf die unrichtige Vermutung hin, daß unser Kollege Herbert Briefe aus Rußland bekäme, während einer Reise Herberts unter Fälschung von dessen Namen bei der Postbehörde den Antrag gestellt, die Briefe und Druckfachen künftig auf der Post liegen zu lassen, damit er sie abholen könnte. Er erhielt darauf auf Grund der gefälschten Vollmacht die Korrespondenz Herberts in die Hand. Zufällig erfuhr Herbert schon am dritten Tage von diesem Vorfall. Alles fragt nun: cui bono? Wer hat ein Interesse daran, die Unterschrift Herberts zu fälschen? Herbert selbst war harmlos, dachte nicht an einen Spitzel. Aber bei einem Verfahren wegen Uebertretung fälschung kam nichts heraus und erst später erfuhr man zufällig, daß der Ehrenmann, der sie gefälscht hatte, jetzt in Zürich als Spitzel amtiert.

Aber in der Schweiz haben ja die russischen Spitzel auch ihr Wesen getrieben. Sie haben Hausfluren erbrochen, Briefkästen mit Nachschlüsseln geöffnet — auch hier haben sie wiederholt Briefkästen geöffnet und einmal sogar den falschen Schlüssel liegen lassen — aber die Schweiz hat die ganze Gesellschaft mit dem Rabinowitsch an der Spitze ausgewiesen. Was die deutsche Reichsregierung getan hat, davon haben wir bis jetzt noch nichts gehört. (Vizepräsident Graf Stolberg erhebt sich und greift nach der Glocke.) Unsere Reichsregierung muß wenigstens vor zwei Jahren noch der Meinung gewesen sein, daß derartiges nicht zu dulden sei. Bei der Staatsberatung von 1901 gab Herr v. Nischhofen unserm Genossen Bebel gegenüber die Erklärung ab, daß nach seinen Ermittlungen es schlechterdings ausgeschlossen sei, daß der deutsche Reichsangehörige Klube von russischen Spitzeln überwacht worden sei. Heutejunge geschieht das tagaus, tagein. Und die Reichsregierung ist nicht eingeschritten und hat die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches gegenüber den russischen Behörden nicht gewahrt. Aus der früheren Rede des Herrn v. Nischhofen ging jedenfalls hervor, daß jedermann im Deutschen Reich russische Druckschriften empfangen und ablesen könnte. Aber noch ist kein Jahr seitdem verfloßen und man hat in Romet und Königsberg deutsche Reichsangehörige wegen Geheimhändeln verhaftet, lediglich aus dem Grunde, weil sie russische Druckschriften aus der Schweiz empfangen und weitergesandt hatten. Es ist ganz unerfindlich, worin die geheime Verbindung bestehen soll. Bei der Staatsanwaltschaft waltete zunächst die Meinung ab, als ob irgendwo in der Schweiz ein nihilistisches, aktives Komitee bestände zur Verbreitung russischer und nihilistischer Druckschriften. Mit diesem Komitee sollte die Verhaftung in Verbindung stehen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat aber mitgeteilt, daß der schweizer Bundesregierung von einem solchen Komitee gar nichts bekannt sei. Besonders auffallend ist, daß man Reichsangehörige zehn Wochen und noch länger in Untersuchungshaft hält lediglich wegen angeblicher Kollisionsgefahr! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Worin soll diese Kollisionsgefahr bestehen? Man hat eine Hausdurchsuchung vorgenommen, man hat das letzte Blättchen Papier, auch die Privatkorrespondenz mitgenommen, man hat die Briefpette eingeführt und alle eingehenden Briefschaften einfach festgehalten. Und trotzdem spricht man von Kollisionsgefahr! Das Ober-Kandesgericht in Königsberg hat allerdings einfach erklärt, daß nach der Natur der in Betracht kommenden Straftat Kollisionsgefahr ohne weiteres anzunehmen sei. (Webhafte Ruhe! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber wo war denn das Geheimnis? Die Druckschriften, die aus der Schweiz gekommen sind, sind auf den deutschen Postämtern geöffnet worden. Die Angeeschuldigten haben sie zum Teil, weil sie vermuteten, es handle sich um ganz gleichgültige harmlose Schriften, sogar geöffnet auf dem Postamt liegen lassen. Kann man offensener zu Werke gehen? Geheimgehalten wurden die Schriften doch nur vor der russischen Regierung, nicht vor der Reichsregierung. Wie hier eine geheime Verbindung im Sinne des § 128 des Strafgesetzbuches gefunden werden soll, ist schlechterdings nicht einzusehen. Das Ober-Kandesgericht sagt allerdings, wenn gleich die Geheimhaltung in erster Linie gegenüber Rußland erstreckt werde, so seien doch bei den internationalen Beziehungen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) auch Einwirkungen auf die öffentlichen Angelegenheiten des unmittelbar benachbarten Deutschland als unvermeidlich zu erwarten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Reichen begründen den Thatbestand eines Verbrechens auch in Deutschland!

Es hat sich ein Vorgang abgespielt, der in der ganzen preussischen, ja deutschen und in der ganzen westeuropäischen Geschichte vereinzelt dasteht. Man hat nämlich gegen vereinzelte dieser Personen auch noch ein Verfahren eingeleitet wegen Beihilfe zum Hochverrat gegen das russische Reich und wegen Beihilfe zur Verletzung des russischen Jurens. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Thatbestand dieses Verbrechens wird gefunden in dem Inhalt der Druckschriften, die ein Teil der Angeeschuldigten erhalten haben soll. Die Angeeschuldigten können aber nicht russisch, sie konnten von dem Inhalt keine Kenntnis haben. Es fehlt auch an allen andren Voraussetzungen. Ich weiß sehr wohl, daß zur Einleitung des Verfahrens der Strafantrag nicht notwendig ist, daß dieser noch später gestellt werden kann. Wie kam aber die russische Regierung dazu, den Strafantrag zu stellen? Welche Behörde hat der russischen Regierung Kenntnis gegeben von dem Inhalt dieser Straftaten, die sogar dem Verteidiger und zum wichtigsten Teil sogar den Angeeschuldigten selbst vorenthalten worden sind? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer hat die russische Regierung veranlaßt, den Strafantrag zu stellen? Sie konnte doch keinen Strafantrag stellen, bevor man ihr nicht den Inhalt dieser Druckschriften bekannt gab. Die beiden Angeeschuldigten haben den Wunsch ausgesprochen, daß man ihnen in einer deutschen Uebersetzung den Inhalt dieser Druckschriften vorlege. Im Widerspruch mit der Strafprozeßordnung hat man aber den Angeeschuldigten bis jetzt den Inhalt dieser angeblich verbrecherischen Druckschriften noch nicht bekannt gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) ebensowenig wie dem Verteidiger. Das kommt in Rußland häufig vor, in Deutschland war es bisher nicht üblich. Das ist auch wohl eine Folge unsrer freundschaftlichen Beziehungen? Nach der Persönlichkeit desjenigen, von dem die Druckschriften erwartet wurden, dem die Angeeschuldigten versprochen hatten, sie in Empfang zu nehmen, ist es einfach ausgeschlossen, daß irgendwelche Druckschriften hochverräterischen Inhalts abgehandelt sein können. Die betreffende Persönlichkeit ist eine überaus maßvolle. Der junge Russe ist ein Gegner des Anarchismus und der Propaganda der Tat. Da liegt allerdings wohl die Frage nahe, ob nicht auch hier ein russischer Spitzel seine unsauberen Hände im Spiele hatte. Sollte nicht einer dieser gemeinen Lumpen einfach Druckschriften mit solchem Inhalt abgehandelt haben, um sie nachher den Empfängern ankreiden zu können und die Behörden darauf hinzuweisen?

Wich interessiert zunächst mehr die politische als die juristische Seite der Frage. Wir wollen wissen, was die Regierung zu thun gedankt gegenüber den verübten Verbrechen und den Aufstiftungen zu Verbrechen. Will die Regierung weiterhin diese Lebenswürdigkeiten gegenüber den russischen Schergen forscher? Sollen Personen, die

nach unter aller Auffassung ehrenhaft sind, vergewaltigt werden, um nach Sibirien gebracht und in den Kerker geworfen zu werden? Wir interessieren uns für die Frage, auf welche Weise die russische Regierung von dem Inhalt der in Memel und Königsberg beschlagnahmten Druckschriften Kenntnis bekommen hat.

An der Spitze unserer Reichsregierung steht ein Mann, der sich auf Kanak bezieht, nicht glänzend verehrt und es dennoch dulden sollte, daß freisinnige junge Leute, freisinnige Mädchen und Frauen dem Henker ausgeliefert werden? Hier helfen nicht irgendwelche schmerzhaften Redensarten, keine verächtlichen Bemerkungen. Hier handelt es sich um unsere Kultur, um unsere Würde und deutsche Ehre. Diejenigen, die sonst so oft die deutsche Ehre im Munde führen, sollten hier beweisen, daß es ihnen ernst damit ist, damit nicht ein unauflöslicher Schandfleck aus der Welt und Nachwelt verjagt werde. Wenn der Reichstag einmütig dagegen Stellung nimmt, muß das auf die Regierung Eindruck machen. Ich kann dem Staatssekretär nur sagen: „Hier hilft kein Maulspitzen, hier muß gepöbelt werden.“ (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Zur Beantwortung der Interpellation ergreift das Wort

Staatssekretär Freiherr v. Richthofen:

Die erste Frage erhält folgende Erwiderung: Dem Reichskanzler ist bekannt, daß ein zur hiesigen russischen Botschaft gehöriger russischer Beamter von seiner Regierung damit betraut ist, das Thun und Treiben der russischen Anarchisten (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), die sich in Deutschland aufhalten, zu beobachten und die russische Regierung darüber fortlaufend zu unterrichten. Dem Reichskanzler ist dagegen nichts bekannt, woraus hervorgehen könnte, daß der russische Beamte seine Thätigkeit auch auf Reichsangehörige erstreckt. Dem Reichskanzler ist nicht bekannt, daß dieser Beamte oder von ihm zur Hilfe herangezogene Personen in Deutschland Verbrechen verübt oder versucht hätte, andere Personen zur Begehung von Verbrechen zu bestimmen.

Auf die zweite Frage: Was gegen den Herrn Reichskanzler zu thun, um diesen Zustand zu beseitigen, habe ich zu erwidern: Eine Beseitigung des bestehenden Zustandes erscheint dem Reichskanzler nicht angezeigt. (Hört! hört! und Pfui! auf die Socialdemokraten.) Es liegt auch im Interesse des Reiches, wenn das Treiben fremder Anarchisten durch Organe ihres Heimatstaates beobachtet wird, so weit dies ohne Ausübung eines öffentlichen Amtes geschehen kann.

Die weitere Frage wegen des Königsberger Hochverratsprozesses gehört an sich zur Zuständigkeit der preussischen Regierung. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Für das Reich liegt zur Zeit keine Veranlassung vor, dieser Frage näher zu treten, weil schon deren Fassung in der Interpellation kein Vorkommen einer Unregelmäßigkeit bei Ausführung eines Reichsgesetzes erkennen läßt. Nach § 130 der Strafprozessordnung kann wegen Verdachts einer strafbaren Handlung, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, auch bevor der Strafantrag eingeht, ein Haftbefehl erlassen und selbstverständlich auch ein Verfahren eingeleitet werden.

Die letzte Frage lautet: auf wessen Veranlassung und auf welchem Wege ist die russische Regierung zur Stellung des Strafankrages veranlaßt worden? Nachdem der Haftbefehl erlassen war, ist die kaiserlich russische Regierung auf Veranlassung der königlich preussischen Justizverwaltung durch das Anwärteramt auf diplomatischem Wege von dem Erlass des Haftbefehls in Kenntnis gesetzt worden. (Lebhafte Hört! hört! und große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Auf: Sehr ehrenvoll für die preussische Regierung! Die preussische Regierung hat lediglich ihre Pflicht gethan. (Andauernde Unruhe bei den Socialdemokraten.) Die kaiserlich russische Regierung hat darauf durch ihre hiesige Botschaft Strafantrag gestellt. Dieser Strafantrag ist vom Anwärteramt dem königlich preussischen Justizminister übermittelt worden.

Somit zur Beantwortung der Interpellation. — Die lebhaften Ausführungen des Herrn Interpellanten geben mir Anlaß, nach verschiedenen Richtungen noch etwas hinzuzufügen. Was ich zur Beantwortung der ersten Frage gesagt habe, habe ich bereits bei früherer Gelegenheit betont. Ich habe damals hinzugefügt, daß auch in Paris sich ein ähnliches Bureau mit einem russischen Beamten an der Spitze mit Kenntnis der französischen Regierung befindet. Bei dem gemeinsamen Interesse, das sämtliche Regierungen gegenüber dem Anarchismus haben, ist das etwas ganz Selbstverständliches und nach den Ausführungen des Herrn Vorredners scheint auch die Schweiz sich dieser Ansicht anzuschließen.

Ein Eingreifen des Reiches in Fragen der Behandlung von Ausländern innerhalb des Reichsgebietes kann nur aus drei Gründen geschehen. Erstens wenn ein Antrag oder eine Beschwerde seitens des Vertreters der betreffenden Macht vorliegt. Der Herr Abgeordnete von Königsberg kann jedenfalls also nicht als vollgültiger Vertreter der russischen Interessen gelten. (Heiterkeit rechts.) Ein zweiter Grund, aus dem von Seiten des Reichs eingegriffen werden kann, ist, wenn eine Verletzung von Staatsverträgen vorliegt. Das ist hier nicht der Fall. Drittens läme ein solches Eingreifen in Betracht, wenn etwa unversehens eine Verletzung von Reichsgesetzen bei der Behandlung des betreffenden Ausländers konstatiert werden könnte. Wir haben die socialdemokratische Presse, die sich ja ganz besonders zum Sprachrohr der fremden Anarchisten gemacht hat (Unruhe bei den Socialdemokraten. Auf: Es sind keine Anarchisten!), mit Aufmerksamkeit verfolgt und haben ja auch heute eine ganze Menge von Einzelfällen gehört, von denen ich allerdings nicht weiß, ob viel auf ihre Verweiskraft zu geben ist. Eine einzige Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, entschieden den Reichsgesetzen entgegenlaufen würde, wäre die Thatsache, welche im „Vorwärts“ erwähnt wurde, wonach in die Wohnung des Dr. v. Wetscheslaff in Hermsdorf mit Hilfe eines Schlossers durch russische Agenten eingebrochen sei. Dieser Fall erregte naturgemäß unsere Aufmerksamkeit, und die Herren Minister der Justiz und des Innern haben Ermittlungen angestellt, aus denen hervorgeht, daß bei der Staatsanwaltschaft irgend eine Anzeige der Art nicht vorliegt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ferner aber haben die Polizeibehörden festgestellt, daß die Hausgenossen des russischen Arztes und sämtliche Schlosser in Hermsdorf sowie auch die Frau Wetscheslaff darüber betraugt worden sind, ob irgend etwas über die vom „Vorwärts“ aufgestellte Behauptung bekannt sei. Sämtliche Personen haben erklärt, daß sie gar nichts davon wüßten. (Hört! hört! rechts.) Wenn alle übrigen Fälle, die wir nicht haben unteruchen können, ähnlich liegen, so hätten sich die Herren allerdings ihre Interpellation ersparen können. Die Anschuldigungen gegen Postbeamte werden beim Postetat ja eingehend zur Verhandlung kommen. Sehr angelegentlich hat der Herr Vorredner den Königsberger Prozeß behandelt. Es erklärt sich das ja dadurch, daß er selbst Verteidiger in diesem Prozeß war, er hat jedenfalls einen Teil seiner Verteidigungsrede hier vorgetragen. (Heiterkeit rechts, Unruhe bei den Socialdemokraten.) An sich gehört der ganze Prozeß hier nicht hin. Er ist noch in der Schwärze und es muß zunächst die Entscheidung der preussischen Gerichte fallen. — Der Herr Vorredner hat ferner von unsren Gefälligkeiten, ja von Liebedienerei gegenüber Rußland gesprochen. Das will ich Ihnen vollständig zugeben, daß wir für revolutionäre Unterthanen des besondern Nachbarstaates in keiner Weise einzutreten Veranlassung haben, daß wir für fanatische Gegner der bestehenden Rechtsordnung in diesem Nachbarstaate kein besonderes Interesse nach irgend einer Richtung haben. Aber im übrigen — es ist nicht das Interesse Rußlands allein, sondern, wie ich schon angeführt habe, das gemeinsame

Interesse, welches alle civilisierten Staaten im Kampfe gegen den Anarchismus verbindet, welches in dieser Frage maßgebend ist. Erst vor einigen Tagen ist wieder in Mailand ein anarchistisches Verbrechen begangen worden: ein ganz harmloser Kapitän wurde von einem Anarchisten getödtet, nur weil er Soldat war. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, gegenüber solchen Verbrechen die engste Fühlung zu den Polizeibehörden der verschiedenen Kulturstaaten zu fördern. (Sehr richtig! rechts. Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Was die Ausweisungen betrifft, so ist das ja Sache der Einzelstaaten. Ich möchte erwähnen, daß eigentlich nichts anderes möglich ist, als daß wir solche ausgewiesenen Russen an die russische Grenze schaffen. Eine Auslieferung liegt in dem von dem Herrn Vorredner erwähnten Fall schon deshalb nicht vor, weil ein Antrag der russischen Regierung nicht ergangen ist. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten; Auf: Deso schlimmer! Pfui! auf.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe soeben den Ausdruck Pfui! gehört. Derselbe ist parlamentarisch unzulässig.

Herr v. Richthofen (fortfahrend):

Gegenüber der anarchistischen Gefahr ist keine Sentimentalität am Platze. (Unruhe bei den Socialdemokraten; Auf: Es sind keine Anarchisten, das ist russischer Schwindel!) Wenn die Leute uns unbehagen werden, so werden wir sie über diejenige Grenze bringen, die uns als die richtigste erscheint. (Große andauernde Unruhe bei den Socialdemokraten.) Kein Mensch zwingt ja diese Leute, Anarchisten zu sein. Wenn sie das bleiben wollen, dann müssen sie auch die Konsequenzen ihrer Aktionen tragen. Es giebt ja auch Damen darunter, die dem Grundsatz der freien Liebe huldigen. (Heiterkeit.) Es mag ja für sie sehr bequem sein, hier zu bleiben, wo es ihnen viel besser geht als in der Heimat und dazu noch die politische Märtyrerkrone auf das Haupt zu legen. Aber wir haben keinen Anlaß, sie dazu zu unterstützen. Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, sie kämen hierher im Vertrauen auf unsere Gastfreundschaft, so sage ich, dieses Vertrauen sollen sie lieber nicht haben. Vertrauen auf Staatsrechte können nur solche Leute haben, die willkommen sind, diese Leute sind aber gänzlich unwillkommen. Je eher sie den deutschen Boden verlassen, desto erwünschter ist es, desto freudiger werden wir über ihre Abwesenheit sein. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Es ist ja wahrscheinlich, daß diese Interpellation besprochen werden wird, ich habe schon geahnt, man würde bei dieser Gelegenheit Fraktur sprechen mit dem preussischen Herrn Minister des Innern. Er scheint keinen Wert darauf gelegt zu haben, da er nicht erschienen ist. (Hischer Berlin: Er trägt den silbernen Mantel.) Etwas von Fraktur haben wir ja bereits gehört. Welches Schicksal diese Interpellation schließlich haben wird, darüber schreibt die „Berliner Zeitung“: Die sich die Majorität des Reichstages gegenüber der socialdemokratischen Interpellation wegen der russischen Polizeispiegel verhalten wird, darauf braucht man wirklich nicht gespannt zu sein. Es werden einige mehr oder weniger schöne Reden gehalten werden, auf den Gedanken aber, daß der Reichstag etwa einmütig einen Antrag auf Untersuchung des Verhaltens der deutschen Behörden annehmen könnte, wird kaum jemand kommen, denn wir leben in Preußen.“ Ja, wenn es sich in Preußen und Deutschland so schlecht leben läßt, warum legen diese Herren Anarchisten solchen Wert darauf, bei uns zu sein? (Sehr gut! rechts.) Wir anbern aber freuen uns, in Preußen und Deutschland zu leben. Ich bin viel im Ausland gewesen, aber ich muß sagen, ich lebe nirgends lieber wie in Preußen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß die Erwartung, welche in der „Berliner Zeitung“ über den Erfolg der Interpellation ausgedrückt wird, sich in volstem Maße erfüllen wird.

Auf Antrag des Abg. Singer (Soc.) wird gegen die Stimmen der Rechten die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Bebel (Soc.):

Die „Berliner Zeitung“ hat sich in der von dem Herrn Staatssekretär vorgelesenen Betrachtung über das Ergebnis der Interpellation schlecht unterrichtet gezeigt, wir sind bekanntlich nicht in der Lage, bei einer Interpellation irgend einen Antrag zu stellen. Allerdings kann die Interpellation noch insofern ein Schauspiel haben, als wir bei dem Etat des Auswärtigen Amtes Gelegenheit nehmen könnten, einen Antrag in Bezug auf diese Angelegenheit zu stellen. Die Antwort des Herrn Staatssekretärs auf die Interpellation wurde mit solcher Schnelligkeit verlesen, daß es uns nicht möglich war, ihr in allen Einzelheiten zu folgen, wir werden also den Vortrags abwarten müssen. — Charakteristisch ist der Ton, den der Herr Staatssekretär stets bei solchen Erörterungen einschlägt. Er bezieht sich darauf, daß die Regierungen der verschiedenen Staaten Europas übereingekommen seien, die Anarchisten zu bekämpfen und sich zu diesem Zwecke gegenseitig Hilfe zu leisten. Wenn aber Anarchisten bekämpft werden sollen, dann müssen doch auch Anarchisten vorhanden sein. Bis heute haben weder der Staatssekretär noch die preussische Polizei oder die Gerichte Gelegenheit gehabt, nachzuweisen, daß es sich auch nur in einem einzigen der Fälle, die hier erwähnt worden sind, um Anarchisten gehandelt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Thatsächlich hat es sich in diesen Dutzenden von Fällen niemals um Anarchisten gehandelt. Das muß festgehalten werden. Ob es überhaupt angebracht ist, so in Eufus und Hagen über die Anarchisten zu urteilen, wie es der Herr Staatssekretär gethan, darauf will ich mich jetzt nicht einlassen. Es giebt auch unter den Anarchisten verschiedene Schattierungen, und insbesondere die kleine Seite der Anarchisten in Deutschland ist weit davon entfernt, den Terror zu befürworten. Es sind außerordentlich harmlose Leute, die sogar fortgesetzt dagegen kämpfen, daß die Arbeiter sich politisch bethätigen. Von sehr unterrichteten Leuten ist mir berichtet worden, daß es heute auch in Rußland eigentliche Anarchisten nicht giebt. Ein wirklicher Anarchist ist Graf Leo Tolstoj, und auch der leider verstorbene Oberstleutnant v. Gidys, daß sich selbst stets als Edelanarchist bezeichnet. Der Staatssekretär hat speziell auch den Herrn Dr. v. Wetscheslaff als Anarchisten bezeichnet und betont, daß von dem Einbruch bei diesem bei dem polizeilichen Verhör niemand etwas habe wissen wollen. Dr. v. Wetscheslaff selbst ist nicht verhört worden, denn er ist schon im Dezember 1903 des Landes verwiesen worden. Daß die alte Frau v. Wetscheslaff, die obenrecht längere Zeit krank lag, sich hätten wird, eine Ansage zu machen, die ihr um Unannehmlichkeiten bereiten kann, liegt doch außer der Hand. Im übrigen ist das Schloß nicht erbrochen, sondern von einem Schlosser mit einem richtigen Schlüssel geöffnet worden. Sehr charakteristisch ist nur, daß diesem Dr. v. Wetscheslaff, der als Anarchist von der preussischen Regierung ausgewiesen wurde, vom russischen Konsul noch im Herbst vorigen Jahres die Erlaubnis zum weiteren Aufenthalt in Deutschland erteilt worden ist. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn jemals die deutsche Polizei und die deutsche Regierung bis auf die Knochen bliamirt worden ist, dann in diesem Falle. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Vallasstrem: Herr Abg. Bebel, Sie dürfen nicht sagen, daß die deutsche Regierung bliamirt sei (Unruhe b. d. Soc.). Das ist im Reichstage nicht zulässig.

Abg. Bebel (fortfahrend):

In allen ähnlichen Fällen würden sich, wenn die Fälle untersucht werden könnten, ganz ähnliche Thatsachen herausstellen. Darauf ist der Herr Staatssekretär gar nicht eingegangen, daß die Charlottenburger Studenten, die von der preussischen Polizei nach Rußland abgehoben wurden, von dem Gouverneur von Warschau ihre Papiere zurückgeben haben, ja, ihnen wurde die Erlaubnis erteilt, ihre Studien im Auslande fortzusetzen. Das hätte der Gouverneur von Warschau niemals gethan, wenn sich diese Studenten auch nur irgendwie anarchistische Umtriebe hätten zu Schulden kommen lassen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wie kann solchen Thatsachen gegenüber der Herr Staatssekretär den Mut finden, in dieser Weise

von anarchistischen Umtrieben zu reden. Das ist eine Täuschung, der der Herr Staatssekretär und die deutsche Regierung zum Opfer gefallen sind, vielleicht zum Opfer haben fallen sollen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich behaupte, daß diesen Vorgängen, wie wir sie in den letzten Monaten in Deutschland erlebt haben, in keinem Lande der Kulturwelt ähnliches an die Seite gestellt werden kann. Und nun die geradezu ungeheuerliche Proklamierung des Herrn Staatssekretärs: wir senden die Leute an die Grenze, die uns die genossenschaft erscheint! Wo hat es je ein moderner Staat gewagt, einen solch barbarischen Grundsatz aufzustellen! Es ist eine Barbarei ohne Gleichen, wenn ein Kulturstaat Leute, die sich in nichts gegen die Gesetze des Landes vergehen, mit Wütht den russischen Schergen überantwortet, damit sie in den Bergwerken Sibiriens elend verkommen! Ein russischer Student, der selbst 10 Jahre lang in der Verbannung in Sibirien gelebt hat, hat in einem Stuttgarter Besuche in diesen Tagen eine sehr interessante Schilderung von den Leiden gegeben, welche die Gefangen und Besen des russischen Volkes in Sibirien zu erdulden haben, wie sie auch nach Verbüßung ihrer Strafe in sogenannten mildernden Stationen jahrelang zurückgehalten werden, wenn es ihnen nicht wie dem Verfasser gelingt, durch eine glückliche Fügung sich der russischen Gewalt zu entziehen. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, diese Schrift zu lesen. Wie tief ist auch nach dieser Richtung das deutsche Bürgertum gesunken. Da lesen Sie nach wie Pruz und die übrigen Männer des jungen Deutschland in den 40er Jahren über Rußland geschrieben, selbst Friedrich Wilhelm IV. hat sich nie soweit Rußland gegenüber gedemüthigt, und was ist alles in Rußland revolutionär? Herr Graf Limburg-Sturum, wenn Sie in Rußland nur das betrachten, was Sie im preussischen Landtag vertreten müssen, wären Sie schon längst nach Sibirien verschickt. (Stürmische Heiterkeit.) Ich wünsche der Regierung Energie, möge sie die Energie die sie so oft gegenüber Kleinkräften gezeigt hat, auch gegenüber Rußland beweisen und Deutschlands Würde wahren. Aber daß man Männer, die hier ruhig ihren Studien nachgehen, wie wilde Tiere, der Götzenberaubt, herausjagt, das ist Schmach und Schande für die ganze Kulturwelt! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Kein einziger Russe, der herkommt, steht in begründetem Verdacht, ein Anarchist zu sein. Aber nachdem einmal von der Regierung alles darauf zugestimmt wird, daß es sich nur um Anarchisten handelt, was ist natürlicher, als daß die russischen Spiegel jeden als Anarchisten bezeichnen. Werken Sie (zum Bundesratspräsidenten) nicht die erbärmliche Rolle, die unsre Behörden gegenüber der russischen Polizei spielen! Sie kennen die Sprache, die Schriften, die Persönlichkeiten nicht; Sie sind ganz auf die russischen Beamten angewiesen. Die unsrige Regierung hält hier einen hohen Beamten, der das Gehalt eines preussischen Ministers bekommt, ein ganzes Bureau, Tugende, vielleicht Hunderte von Polizeibeamten, nicht nur in Berlin, nein, auch in Leipzig, in Darmstadt, in Stuttgart, in München, überall wo nur einige wenige Russen sich aufhalten, an Universitäten, Polytechniken, Anstalten; Polizeibeamte, die nach ihrem eignen Ermessen die deutschen Polizeibeamten aufweisen, die nichts weiter sind als ihre Handlanger. (Sehr richtig! links.) Daß dabei nach der Art, wie Rußland zu verfahren pflegt, auch der russische Knecht hier eine Rolle spielt, ist mir ohne allen Zweifel sicher. Ein Brief von der Mutter des Wolf, den der „Vorwärts“ kürzlich abdruckte, zeigt, wie die eigne Mutter das Handwerk ihres Sohnes beurteilt. Der Brief zeigt deutlich, welcher Art das Handwerk ist, das er treibt. Und Sie sollten das größte Interesse daran haben, daß solchen Landesangehörigen, die sich für schönes Geld verkaufen, das Handwerk bald gelegt werde. Statt dessen hat man Papiere, die man vorgefunden hat, an die russische Polizei ausgeliefert und ein hoher russischer Beamter ist daraufhin nach Sibirien geschickt worden. Wenn eine deutsche Regierung noch ein bißchen Humanitätsgelühl in der Brust hätte, sollte sie sich schämen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich würde mich bis zum letzten Atemzuge in meiner Seele schämen, wenn ich mir sagen müßte, daß ich auch nur aus Unvorsichtigkeit dazu beigetragen hätte, einen Menschen für Sibirien auszuliefern. Aber unter Zustimmung des Staatssekretärs hat das große und mächtige Deutsche Reich dazu beigetragen, unschuldige Leute dem Prozeß zugeben.

Auch zum Fall Herbert kann ich Ihnen ein Gegenstück mitteilen. Am 21. November 1903 wurde in der Wohnung und auf der Arbeitsstelle des Arbeiters E. in Charlottenburg eine Hausdurchsuchung abgehalten und trotzdem man nichts fand, er selbst verhaftet. Auf dem Charlottenburger Polizeipräsidium wurden ihm nebst zwei Briefen an seine Frau — er hatte keine Wohnung davon, daß über ihn die Briefschere verhängt war — auch zwei andre Briefe vorgelegt, die seine Unterschrift trugen. Der eine davon war an den kürzlich nach herzogenthöflicher Haft entlassenen Genossen Braun in Königsberg. Der Arbeiter erklärte, daß er die Briefe nicht geschrieben hätte und schließlich wurde durch einen Schiedsachverständigen festgestellt, daß sie in der That gefälscht seien. Diesen Zustand sollte sich anstandshalber das Deutsche Reich und der deutsche Reichstag nicht gefallen lassen. Das ist ein Unfug, wie er noch in keinem Parlament der Welt zur Sprache gekommen ist. Beweis, auch in Paris und London sind solche russischen Spiegel und der Staatssekretär vom Reichsjustizamt wird mir bestätigen, daß ich schon bei der Umsturzvorlage den Namen des Londoner Spiegels mitgeteilt habe. Aber, als im Falle Götz die italienische Regierung versuchte, den Mann auszuliefern, ging durch die Presse aller Parteien ein Schrei der Entrüstung. So handelt ein Kulturstaat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Je mehr wir Rußland entgegenkommen, desto unverschämter und frecher werden die russischen Ansprüche. Aber die deutsche Regierung, das Deutsche Reich, scheint bereits der Stiefelputzer Rußlands zu sein. (Lebhafte, anhaltende Beifall bei den Socialdemokraten und Polen.)

Präsident Graf Vallasstrem ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Wie der russische Appetit wächst, beweist eine Radioakt von den letzten Tagen, die ich Ihnen vorlesen werde. Er bezieht sich dem Vortrags nach auf Rußlands Nachbarstaaten, aber neben Deutschland könnte dessen nur noch Oesterreich-Ungarn fähig sein. Könnte, sage ich, ob Oesterreich dazu fähig ist, scheint mir noch sehr zweifelhaft. Es heißt da, Rußland wolle Mahregeln ergreifen, um in den Rußland benachbarten Staaten Hausdurchsuchungen anstellen zu lassen, und die Beamten zu ermitteln, welche ausländischen Zeitungen ständig Nachrichten zukommen lassen. So sei festgestellt, daß zwischen den Sozialisten und Liberalen (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) innerhalb und außerhalb Rußlands ein reger Verkehr stattfindet. Bei einer Hausdurchsuchung sind dem auch neulich einige hundert Briefe gefunden worden, die an die höchsten ersten Staatsmänner und höchsten Beamten Rußlands gerichtet sind. Wahrscheinlich hat auch da die preussische Regierung Liebesdienste geleistet, um die Prinzen und Generale bloßzustellen, die dann von der russischen Polizei als Anarchisten denunziert werden. (Stürmische Heiterkeit.)

Nun noch einige Worte darüber, wie man in Rußland in Bezug auf Deutschland denkt. Nicht nur, wie es den einfachen Reisenden geht, sondern auch den Vertretern des Auswärtigen Amtes, den Militäragenten und Konsularbeamten. Anfangs der achtziger Jahre trat in Petersburg eine Konferenz mehrerer Ministerien zusammen. Auf dieser wurde beschlossen, daß sowohl die Militär- wie die Konsularagenten der fremden Staaten einer ständigen Polizei-Aufsicht unterworfen werden sollten. Wenn der Staatssekretär zweifeln sollte an der Wichtigkeit dieser Mitteilung, will ich ihm erklären, daß sich dieser Beschluß unter Nr. 1861 vom 9. Juli 1881 in der „Kurzen historischen Zusammenfassung der geltenden Gesetze in Bezug auf die Gendarmerie-Verwaltung“ findet. Ich bin bereit, ihm das Attestat im Original auf einige Tage

zur Verfügung zu stellen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten und Bewegung.) Wie behandelt man ferner die deutschen Juden in Russland? Die Antisemiten mögen über die Juden denken was sie wollen, das können sie nicht leugnen, daß wir in Bezug auf die Staatsangehörigkeit keinen Unterschied zwischen Juden und Christen kennen; beide sind deutsche Staatsangehörige. Die russische Regierung macht einen Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Reichsangehörigen. Den Juden werden die unerbötlichen Vorrechte gewährt und das Deutsche Reich läßt sich das alles gefallen, ohne zu protestieren und die Schmach auszulassen. (Sehr gut! links.) Das ist sehr charakteristisch für unsre Zustände, und die Art, wie man Russland entgegenkommt, ein schlechtes Zeichen für Deutschlands Stärke und Kraft. Wenn ein englischer Jude von Russland behandelt würde, ich möchte die Note sehen, die der englische Minister des Auswärtigen nach Russland schicken würde. Vor einigen Tagen hat Graf Pálow im Herrenhause seine Rede geschlossen: Der König in Preußen voran! Preußen in Deutschland voran! Deutschland in der Welt voran! (Heiterkeit links.) Worin voran? Im Weltfrieden vor Russland! (Heiterkeit und lebhaftes Bravo! links.) Die Worte des Reichskanzlers haben in der rücksichtslossten parlamentarischen Körperlichkeit Weisheit gefunden. Die Bevölkerung hat ganz andere Gefühle bei solchen Redensarten. Deutschland marschiert in der Welt nicht voran, es marschiert hinten nach! (Lebhafter sich wiederholender Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Schrader (fr. Bg.): Alle Parteien sollten zu dieser Frage Stellung nehmen. Ich will aber nicht in der Weise sprechen, wie die beiden socialdemokratischen Redner, sondern die Sache in ein ruhiges Fahrwasser lenken. Wer giebt dem betreffenden hohen Beamten das Recht, auf diese Weise unter Polizei in das Handwerk zu pfuschen? Ich zweifle keinen Augenblick, daß die von den Abgg. Haase und Bebel angeführten Verbrechen vorgekommen sind. Wenn ich preussischer Justizminister wäre, würde ich den ersten möglichen Termin wählen, um dem Reichstage darüber Auskunft zu geben. Zweifellos ergibt sich ein ganzes russisches Spiegelsystem unter einheitlicher Leitung bei uns. Nicht nur die in Deutschland lebenden Russen, sondern alle Leute, die mit Russen zu thun haben, kommen in Gefahr, von russischen Spiegeln demunziert und unter Umständen der russischen Polizei demunziert zu werden. Wenn bestimmte Personen der Vorbereitung von Attentaten verdächtig sind, so mag der betreffende russische Vorkaufsbeamte unserer Polizei davon Mitteilung machen, damit wird unsre Polizei eingeweiht. Ein anderer Staat hat in unserm Lande keine polizeilichen Maßregeln zu treffen. Der Minister des Innern in Preußen sollte dagegen einschreiten. Auch ist ja der russische „Anarchismus“ keineswegs das, was man in Deutschland als Anarchismus befolgen möchte. In Russland heißt jeder Anarchist, der mit den bestehenden Zuständen unzufrieden ist. Ich selbst habe in meiner Bibliothek manche Bücher, deren Verfasser einen Russen schon des „Anarchismus“ verdächtig machen würde. Auf solche Bücher zu tabeln sind auch die „Ausweisungen“ nach Russland, die in Wirklichkeit einer Auslieferung gleichkommen. Welcher Polizei- und gerichtlichen Willkür Deutschland jene Russen damit ausliefert, kann man u. a. auch am Kischinewer Prozeß erkennen. (Sehr richtig! links.) Aber leider scheint heute in Preußen und leider auch in Bayern der Grundsatz zu herrschen: ein jeder, den Russland will, muß ausgeliefert werden. Ueber manchen Souverän eines fremden Staates können mit Recht Ausweisungen gemacht werden, die als beleidigend anzusehen sind. Wir müssen gegen das russische Spiegelsystem in Deutschland Protest erheben. (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (C.): (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Es sind so viele Thatsachen über das Treiben russischer Spigel angeführt worden, daß man doch verlangen muß, wenn die Anarchisten ausgewiesen werden, so dürfen auch die russischen Polizei-Agenten hier kein Heimatsrecht haben. Der Staatssekretär meinte, es handle sich um keine Reichssache. Meines Erachtens ist es Reichssache im allerhöchsten Grade. Das Fremdenrecht ist ein Gewohnheitsrecht aller Kulturstaaten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten) und es muß einheitlich im Reiche gehandhabt werden, damit die Einzelstaaten nicht Verwicklungen mit dem Auslande herbeiführen können. Augenblicklich mag es ja der russischen Regierung sehr unangenehm sein, wenn ihre Angehörigen aus Deutschland ausgewiesen werden; es können aber auch einmal Zeiten kommen, wo das Gegenteil der Fall ist.

Die gegen die Richter erhobenen Vorwürfe sind zum großen Teil nicht berechtigt. Nach dem Strafgesetzbuch müssen strafbare Handlungen genau so behandelt werden, wenn sie gegen einen fremden Staat erfolgen, wie gegen unseren Staat. Es ist die Pflicht des Staatsanwalts, die fremde Regierung zu befragen, ob sie den Strafantrag erheben will. Aber auf keinen Fall dürfen deutsche Reichsangehörige von russischen Polizeispiegeln beobachtet werden. In Ausnahmefällen mag etwa die deutsche Polizei einen ausländischen Polizeibeamten bei ihren Ermittlungen zusehen. Die Kulturankömmlinge, die für uns verfassungsmäßig festgelegt sind, haben wir auch gegen Ausländer zu beobachten. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Socialdemokraten.) Das erfordert unsre Ehre. Ungenauere Ausweisungen will ich nicht sagen. Aber Fremde, die sich bei uns in keiner Weise lästig gemacht haben, können wir ruhig ihren Weg gehen lassen, wohin sie wollen. Ob der betreffende Mann Anarchist ist, wissen wir so lange nicht, als er sich nicht uns gegenüber lästig gemacht hat. Wären wir den anderen Staaten überlassen, ihn eventuell weiter auszuweisen. Andere Staaten sind auch nicht so rücksichtslos gegen uns. Ich möchte wünschen, daß in solchen Einzelfragen wie der heutigen die Einzelstaaten rechtzeitig ihre Informationen an den Bundesrat bringen, damit dieser uns Auskunft geben kann. (Lebhafter Beifall im Centrum; einige Abgeordnete des Centrums klatschen in die Hände.)

Präsident Graf v. Helldorf: Beifälligkeiten ist nicht üblich im deutschen Reichstage.

Abg. v. Normann (L.): Meine Freunde hatten nicht die Absicht, sich an der Besprechung der Interpellation zu beteiligen. Wir wollen aber doch erklären, daß wir mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs in vollem Umfange einverstanden sind (Lauter Beifall links: Selbstverständlich! Das glauben wir gern!) — mit erheblicher Stimme wiederholend: vollkommen einverstanden sind (Lauter Beifall links: Wir haben es schon das erste Mal gehört!) und den Herrn Staatssekretär nur bitten können, auf dem bisher von ihm betretenen Wege weiter zu gehen. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.): Es ist ja nicht verwunderlich, daß der Rechten die Ausführungen des Staatssekretärs so gut gefallen haben. Die Herren möchten ja am liebsten bei uns russische Zustände einführen. (Sehr gut! links.) Nach den Ausführungen des Staatssekretärs ist leider die Befürchtung gerechtfertigt, daß wir russischen Zuständen zutreiben. (Sehr wahr! links.) Ein Gefühl tiefen Abscheus muß jeden freischützlich empfindenden Menschen erfassen bei den Schilderungen, die wir heute von socialdemokratischer Seite gehört haben und diesem Gefühl tiefen Abscheus Ausdruck zu geben, war mir ein inneres Herzensbedürfnis. (Bravo! bei den Freisinnigen) Kann man es noch allensfalls begreifen, daß der Staatssekretär alles gut und schön findet, was die deutsch-polizeiliche ist, so sehr mir jedes Verstandnis dafür, daß Herr von Richter nicht auf die Aeußerungen des Kollegen Bebel über die Behandlung jüdischer Reisender in Russland eingegangen ist. (Sehr richtig! links.) Was nützen uns Handelsverträge mit Russland, wenn sie nicht lokal gehandhabt werden? Sie sind ein wertloser Regen, den man auf die Erde werfen kann. Ich

hatte vor, die Sache beim Civilen Auswärtigen Amte zur Sprache zu bringen und will deshalb hier nicht weiter darauf eingehen. Bei der Staatsberatung werde ich dem Herrn Staatssekretär mit Material antworten. Ich bitte ihn heute schon, dieser Frage seine intensivste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es handelt sich hier nicht um eine konfessionelle Frage, sondern um eine Frage der Würde des Deutschen Reiches. (Sehr richtig! links.) Ich will deshalb mit dem Wünsche schließen, daß der Staatssekretär über eine lokale Durchsührung der jetzt noch geltenden Handelsverträge mit Russland zu machen und jede Chikanen seitens Russlands zu verhindern sucht. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Herr Spahn hat recht, wir können das vorgelegene Material ohne weitere Aufklärung nicht beurteilen. In einzelnen Fällen scheint mir, wäre weitere Aufklärung auch notwendig gewesen. (Auf links: Cht nationalliberal! Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Besprechung. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Dritte Lesung des Nachtragsetats. Erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Kaufmannsgerichte.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Professor und Zeitschriftent. Unter Nr. 9839 war der in Leipzig wohnende Professor a. D. v. Bamberg bei dem Heirats-agenten Frh. Podczus eingetragener, der nicht nur seine bekannte „Gerichts-Zeitung“ herausgibt, sondern auch die Ehebermittlung im großen betreibt. Wie er selbst stolz behauptet, erhält jeder seiner Klienten, unter denen sich viele hochgeachtete Personen, auch Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwalte befinden, eine laufende Nummer; er hat bereits 13 000 numerierte Heiratskandidaten in seinem Register und Professor Dr. v. B. hatte die Nr. 9839. Er war auf Empfehlung eines in Leipzig wohnenden Dame mit Herrn P. in Verbindung getreten, um mit dessen Hilfe in den Besitz einer reichen Frau zu gelangen. Am 6. Dezember 1902 hatte er mit diesem einen Vertrag abgeschlossen und ihm 12 Monatswöcheln im Gesamtbetrage von 5000 M. übergeben, die nach dem Wortlaut des Vertrages am Tage der handschriftlichen Eheschließung als Vermittlergebühr zahlbar werden sollten. Falls der Professor von dem Vertrage einseitig zurücktreten sollte, war ein Neuzug von 1000 M. ausgemacht worden. Dem Professor v. Bamberg that die ganze Geschichte sehr bald leid, und da er wußte, daß nach § 658 des Bürgerlichen Gesetzbuches Heiratsvermittler-Gebühren unentgeltbare Forderungen sind, so hielt er sich auch nicht zur Zahlung des Neuzuges für verpflichtet, sondern verlangte kurzerhand die Rückgabe seiner Accepte. Seinem Verlangen wurde aber nicht entsprochen, und als er im April 1903 mit P. in Leipzig zusammentraf, drohte er diesem, ihn zur Herausgabe der Accepte zu zwingen, wenn dies nicht gutwillig geschehe. Am 21. April hat alsdann der Angeklagte drei Accepte a 300 M. an seine Frau gegeben, von der sie auf Umwegen zu einem Goldsämied gelangten, der einen davon gegen Prof. Dr. v. Bamberg einsetzte. Inzwischen erwirkte letzterer, der nun auf Herausgabe der Wechsel klagte, eine einstweilige Verfügung gegen P., am 11. Mai sollte die Zwangsvollstreckung stattfinden, und da der Gerichtsvollzieher die Wechsel nicht herausbekam, wurde P. zur Abweisung des Offenbarungseides geladen. Er erschien nicht zum Termin, es erging ein Vorführungsbefehl und am 16. Juni leistete er vor dem Amtsgericht einen Offenbarungseid dahin: „er besitze die drei Wechsel nicht und könne Ausfragen über ihren Verbleib nicht machen“. Die restierenden 9 Wechsel waren dem Gerichtsvollzieher ausgehändigt worden. — Auf Grund dieses Offenbarungseides hand gestern Herr Podczus unter der Anklage des jahrlässigen Falsch-eides und kraftbaren Eigenenbesitzes vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Er bestritt, sich strafbar gemacht zu haben; nach dem Inhalte des Vertrages und da Prof. v. Bamberg ihm nicht einmal seine baren Ausgaben habe erörtern wollen, habe er sich zur Weitergabe der Accepte für berechtigt gehalten. Bei seinem regen Wechselverkehre habe er nach seiner plötzlichen Verhaftung thatschällig nicht wissen können, wo sich die drei Wechsel befänden. — Staatsanwalt Koenig beantragte auf Grund der längeren Beweisaufnahme zwei Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Chodziejewski meinte, daß er über die moralische und ethische Seite des Verhaltens des Angeklagten kein Wort zu verlieren habe, hielt aber aus juristischen Gründen die Freisprechung für geboten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen.

Als Hühnerbewohner von der Wannsee-Bahn“ standen gestern zwei junge Vurschen vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Im Juli v. J. machte der Kriminalschuttmann Seidel in Friedmann die Entdeckung, daß mehrere junge Vurschen am Bahndamme der Wannsee-Bahn eine Erdhöhle erbaut hatten und dort ein- und ausgingen. Die mit Erden und Holenspänen usw. überdeckte Erdhöhle war im Januar mit Strohdämmen als Lagerstätten, mit Teppichen, Decken und Vorhängen ausgestattet und enthielt allerlei Gegenstände, die aus Wallon. und Schauffalen-Diebstählen herührten. Der Dienstherr Wilhelm Dänkel und der Arbeits-bursche Emil Kalkki wurden in der Erdwohnung abgefaßt. Beide sind die Opfer ihrer mit Vorliebe betriebenen Veltüre von Räuber- und Indianerergeschichten geworden, sie waren ihren Eltern entlaufen und schwebten in dem Gedanken, ein „Mänherleben“ zu führen. Sie wurden nun wegen mehrerer in Schöneberg und Friedmann begangener Diebstähle und nebenbei auch noch wegen einer böswilligen Sachbeschädigung zur Verantwortung gezogen. Sie hatten am 28. Juni nichts vor dem Vaden eines Wärdemeisters in der Wielandstraße der frisch bereiteten Leich der Wadwaren dazu benutzt, um damit die Fronten und Thürnen der Häuser vollzusammieren. Der Gerichtshof hielt die Thaten der Angeklagten für Dummegeungen, freiwild, bei denen Missethätig unter dem Einfluß des Dünnele gestanden hatte. Letzterer wurde zu drei Monaten, Kalkki zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Verammlungen.

Die Sektion I des Centralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter hielt am Sonntag, den 19. Januar, ihre Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Der Vorsitzende Goddapp gab den Vorstandsbericht. Es haben im verflochtenen Jahre 12 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Berichtsjahres von 526 auf 610 zahlende Mitglieder erhöht. Die Einführung der Regimentskassiere hat sich bewährt. Der Kassierbericht konnte wegen Erkrankung des Kassierers nicht gegeben werden, doch gab der Vorsitzende einen ungefähren Ueberblick. An die Hauptkassiere konnten im ganzen 1921,13 M. abgeliefert werden. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 3402,67 M. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Goddapp, 2. Vorsitzender Richter, 1. Schriftführer Wirth, 2. Schriftführer Meyer, 1. Kassierer Schwedler und 2. Kassierer Kuchel. Zu Verrichtern und gleichzeitigiger Bibliothek-Kommission wurden gewählt: Wunderlich, Weber und Jungmans. Zu Revisoren: Fröger, Heyder und Thaler. Die Abrechnung vom Stiftungsfest konnte der Saumfälligkeit zweier Vertrauensmänner wegen auch nicht vollständig gegeben werden. Sie wird mit einem kleinen Ueberzuch abschließen. Von der gesammelten Weihnachtsgabe erhielten 36 arbeitslose Mitglieder pro Mann 11 Mark und pro Frau 4 Mark. — Die übrige Zeit der Versammlung wurde vollständig ausgefüllt mit Klagen über Nichterhaltung des am 1. Januar in Kraft getretenen Tarifs. Diesbezüglich wird Klage geführt über die Brauereien Königsstadt, Pfefferberg, Victoria 1, Habel, Bergschloß, Hiesinghaus, Löwenbrauerei, Kronen- und Niebrauerei, Brauerei Osw. Berliner und Spanbauer Berg-Brauerei. Schledte Behandlung seitens des Kellermeisters der Brauerei Haspoldt wurde ebenfalls gerügt. Die genannten Angaben, in welchen Punkten der Tarif von den einzelnen Brauereien nicht eingehalten wird, wurden nach Schluß der Ver-

sammlung von Mitgliedern der Agitationskommission entgegen-genommen, die über geeignete Schritte zur Abstellung der Beschwerden beraten wird. Als befremdend wurde es bezeichnet, daß Betriebs-leiter und sonstige maßgebende Vorgesetzte, die doch sonst so schon in moralischer Entrüstung machen können, wenn ein Arbeitnehmer angeblich nicht seinen Verpflichtungen nachkommt, nun ihrerseits so wenig durch Vertrag übernommene Verpflichtungen respektieren. Durch einige vorgebrachte Vorkommnisse aufmerksam gemacht, waren Träger und Richter noch vor Sonderabmachungen, da solche nach dem Tarif ungültig sind.

Verband der Frlen-Gehten Deutschlands (Zweigverein Berlin). Mittwoch, 20. Januar, abends 10 Uhr, Rosenballestr. 57: Generalversammlung. Wahl des Vorstandes, Arbeitsnachweis-Vorsteher etc.

Eingegangene Druckschriften.

Die deutsche Stadt. Zeitschrift für deutsches Städteleben. G. Hölborn Verlag, Dresden N. Erscheint wöchentlich, Bezugspreis M. 6, — vierteljährlich.

Der Städtebau. Monatschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundzügen. Begründet von Theodor Gombe und Camillo Sitte. Verlag von Ernst Baumbach, Berlin und Wien. Nummer 1. Erscheint in Monatsheften. Preis des Jahrgangs 20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Wusterhausen. Dies. Das betreffende Konvulat befindet sich Schöneberger Ufer 40 I.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

M. M. 31. In der Regel bis Nummer 6. — Dachdecker. 2 Wochen. — Otto Freitag. Leider löst sich gegen den Verlust der Anwaltsberechtigungen durch verbotene Jochung der Weiterverweisung nichts machen. — E. Z. Wenn Sie jemand im Gefängnis besuchen wollen, so müssen Sie bei der Direktion um Besuchserlaubnis nachsuchen. Sie erhalten dann Nachricht, ob und wann Sie den Besuch abstatten können. — G. J. Daß Radteile aus dem Handel Ihnen erworben könnten, ist nicht anzunehmen. — G. M. Uma 20 M. — Gieseler, Josen. 1. Rein. 2. Es wird Pfändung erfolgen. — 1863. Wenn wegen des Ehebruchs Scheidung erfolgt: ja. — G. Z. 23. Beantragen Sie Abweisung der Klage. — 2. 26. Die Beantwortung der Frage hängt von dem Inhalt der und nicht bekannten Statuten ab. — M. B. 1. Das Gesetz kennt keine Grenze. 2. In der Regel ja. 3. Ja. 4. Ja. — M. T. Die Pflegerin soll schuldlos Antrag auf Bewilligung der Vollrechte bei der Berufsgenossenschaft stellen und ihre Befassung von der Verjährungsfrist zurückziehen. — M. 2. 1869. — 2. Köpcke. Leider ist das unentgeltlich lernende Lehramtsmitglied nicht freilandsverpflichtet. — G. Z. 1863. 1. Sie hatten, wenn nicht der Fall besonderer Fallsbedürftigkeit vorliegt, nicht für die Schulden Ihres Sohnes. 2. Die Geschwister erben nach dem bürgerlichen Gesetzbuch bis zur Hälfte in den Nachlass des kinderlos verstorbenen Bruders. Die Witwe erhält jedoch als Voraus die Hochzeitsgelände und die zum ehelichen Haushalt gehörenden Gegenstände. — Alter Abonnent 100. Ein unter Beobachtung der Form eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament ist gültig. Beispiele zu einem solchen finden Sie am Schluß des dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuchs. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. 2. Rein. — Nordost. 1. Rein. 2. 15 bis 25 Mark monatlich werden für angemessen erachtet. 3. Ja. — E. 1000. Sie können nur auf Abnahme der Sachen klagen. Vorherige Aufforderung ist unbedinglich. — Cigarre. 1. Die Forderung ist verjährig. 2. Wenden Sie sich an den Aktionär. — G. S. 1. 1. — 3. Ja. — M. S. 100. Sie haben als männlicher Inhaber Witwer das Recht, innerhalb sechs Wochen nach dem Tode Ihrer Frau dem Nachlassgericht (Amtsgericht) eine notariell oder gerichtlich beglaubigte Erklärung abzugeben, die etwa lautet: „Meine Frau ist am ... in ... verstorben. Geheiratet haben wir vor dem 1. 1. 1900, nämlich am ... in ... Statt der Rechte, die mir nach den früheren Gesetzen an dem Vermögen meiner verstorbenen Ehefrau zustehen, möchte ich die Erbfolge nach dem bürgerlichen Gesetzbuch.“ Thun Sie das, so erben Sie die eine, die andere Erben die andere Hälfte des Nachlasses Ihrer Frau. Ueberdies erhalten Sie als Voraus die Hochzeitsgelände und alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und demnach so gestellt, als ob Ihre Ehe mit dem 31. 12. 1899 geschlossen wäre. Unterlassen Sie die rechtzeitige Abgabe solcher Erklärung, so erben Sie nach männlichem Recht. Danach haben Sie die Wahl, Ihr eigenes Vermögen für sich zu behalten und den Nachlass den Erben zu überlassen oder die Hälfte der am Todestage vorhandenen gewöhnlichen Vermögensmasse zu erben, die durch Zusammenrechnung Ihres eigenen Vermögens mit dem Ihrer Frau gebildet wird. — R. J. 3. Rein. — Verlester. Statt der acht allgemeinen Fragen, deren Beantwortung ohne sehr lange Ausführungen unmöglich ist, thäten Sie besser, den Sie betreffenden Fall mitzuteilen. Soweit derselbe sich aus Ihren Einträgen entnehmen läßt, diese Ihnen folgendes als Richtschnur: Anfallsverjährungsfrist ist jeder Unfall, der sich beim Betrieb ereignet. Ob der Betrieb Sonntags oder Alltags stattfindet, ist gleichgültig. Verjährung des Anspruchs tritt ein, wenn der Verletzte nicht innerhalb zwei Jahren seinen Unfallanspruch bei der Berufsgenossenschaft geltend macht. Liegt ein Betriebsunfall vor, so ist in der Regel eine Schadenersatzpflicht des Unternehmers ausgeschlossen. — G. S. 188. Eine Bekehrung wäre zweifellos. — Mühl. Wenden Sie sich an den Verband deutscher Gastwirtschaftlichen, Diercke, 39, Bernauer Allee, Ströhlmann. — M. S. 12. 1. — 3. Klage beim Landgericht ist möglich. Beispiele finden Sie in dem dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuch S. 230 Nr. 11a bis e. 4. Klagerin suche das Armenrecht nach. 5. Ja, aber seien Sie mit Rücksicht auf den Erpressungsparagraphen vorsichtig: mit Anzeigen drohen oder dergl. dürfen Sie nicht. — Wichtig 32. Die Zahlverrenten sind, so lange keine ausdrücklichen Gegenabreden getroffen sind, im Recht. Sie sind aber verpflichtet, Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Fehlen bedingende Vorschriften in den Unfallvertragsbedingungen der Berufsgenossenschaft, so können Sie solche bei dieser oder bei dem Reichs-Versicherungsamt oder beim Gewerbe-Inspektor beantragen. — J. 3. Das kann nicht mehr möglich sein. — K. J. Rein. — Verleider. 1. Der Eintrag wird voraussichtlich Erfolg haben. Die Behauptungen sollen demnach, wie freizusprechen und auch die ihnen erwachsenen Klagen der Staatskasse aufzuerlegen. Das noch nicht zwölf Jahre alte Kind ist überhaupt noch nicht strafbar. Die anderen können sich gleichfalls nicht strafbar gemacht zu haben. Ferner scheint Verjährung vorzuliegen. Von dem Ausschuss des Termins sehen Sie uns in Kenntnis. 2. Legen Sie nach Abschluß des Strafverfahrens bei der vorgelegten Behörde Beschwerde ein. — J. B. Einem Zeugen werden in der Regel Fragen nach Vorwissen nicht gestellt, umgekehrt steht es bei Angeklagten. Wünschen die Betroffenen, daß ihre Vorfragen keine Erwähnung finden, so richten Sie an den Vorsitzenden ein dahingehendes Gesuch. Dasselbe wird Zeugen gegenüber stets, Angeklagten gegenüber nach Lage des Falles Erfolg haben.

Marktpreise von Berlin am 18. Januar 1904 nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Gr.	16,75	16,30	Runkelrübe, neue D.-Gr.	7,00	5,00
mittel	16,25	16,20	Winterrübe, Acaule 1 kg	1,80	1,20
gering	16,15	16,10	do. Bauh.	1,40	1,10
Roggen, gut	12,90	12,88	Schweinefleisch	1,20	1,00
mittel	12,88	12,84	Kalbfleisch	1,80	1,20
gering	12,82	12,80	Lammfleisch	1,80	1,10
Hirse, gut	14,00	12,90	Butter	2,60	2,00
mittel	12,60	11,90	Eier	60 Stück	5,00 3,00
gering	11,70	10,70	Karpfen	1 kg	2,40 1,20
Haser, gut	15,20	14,80	Hale	2,80	1,40
mittel	14,30	13,60	Jander	3,00	1,20
gering	13,50	12,60	Hedde	2,40	1,20
Richtstroh	3,82	3,60	Parade	1,80	0,80
Heu	7,30	4,80	Schleie	3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Steie	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	Krebie	per Schof	15,00 3,00
Linzen	60,00	20,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsbericht vom 19. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Schwelmde	773	SW	2	bedekt	0	Opavanda	773	SW	2	bedekt	-9
Hamburg	772	SW	2	bedekt	0	Petersburg	771	SW	1	bedekt	-9
Berlin	772	SW	2	bedekt	-3	Coft	777	SW	1	bedekt	-8
Frankfurt	770	SW	2	bedekt	-3	Ueberden	—	—	—	—	—
München	766	SW	2	bedekt	-4	Paris	770	SW	2	bedekt	3
Wien	768	SW	2	bedekt	-1						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. Januar 1904. Etwas kälter, zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung, Dienstag, den 19. Januar 1904, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Herr v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Prä-

sidenten.

Auf Vorschlag des Abg. Stengel (H.), gegen den sich ein

Widerpruch nicht erhebt, wird zum ersten Präsidenten der Abg.

v. Kröcher (L.) durch Zufall wiedergewählt.

Zum ersten Vicepräsidenten wird auf Vorschlag des

Abg. Stengel ebenfalls durch Zufall der Abg. Vorsch (C.) gewählt.

Vor der Wahl des zweiten Vicepräsidenten verläßt

ein Teil der Rechten unter großer Heiterkeit der Linken den Saal.

Hierauf wird auf Vorschlag des Abg. Stengel zum zweiten

Vicepräsidenten der Abg. Krause (natl.) durch Zufall wieder-

gewählt.

Zu Schriftführern werden hierauf in einem Wahlgange durch

Zufall gewählt die Abgg. v. Badelberg (L.), Golsche (L.),

Daensch-Schmidlein (fr.), Edert (fr.), Jürgensen

(natl.), Fischel (fr. Sp.), v. Hagen (C.), Marx (C.).

Es folgt die Einbringung des Etats.

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Es gereicht mir zur besondern Freude, Sie nach Ihrem Zu-

sammentritt zuerst begrüßen und Ihrer Beschlussfassung den neuen

Etat unterbreiten zu können. Auf Grund allerhöchster Ermächtigung

lege ich Ihnen den Staatshaushalts-Etat für 1904 vor. Bewährter

Uebung gemäß werde ich zunächst das Rechnungsergebnis des

Jahres 1902 darlegen, darauf das voraussichtliche Ergebnis des

Etat von 1903, endlich den Etatentwurf für 1904. Alle drei Jahre,

1902, 1903 und hoffentlich auch 1904, 1902 allerdings nur in

seinem letzten Quartal, sehen in dem Zeichen eines Auf-

stiegs unserer Konjunktur, eines Aufstiegs, wie es

weder bei der Aufstellung des Etats für 1902, noch dessen

für 1903 erwartet werden konnte. Nach längerer Periode eines

großen wirtschaftlichen Gedeihens in der zweiten Hälfte der neunziger

Jahre setzte etwa zu Ausgang des Jahres 1900 die infolge der

Ueberproduktion längt erwartete Depression mit großer Heftigkeit

ein und die Rechnung des Jahres 1901 schloß mit einem Fehl-

betrage von 37 1/2 Millionen Mark. Es war infolgedessen

große Vorsicht für den Etat des Jahres 1902 geboten, und

es mußte mit einem erheblichen Rückgang der Ein-

nahmen, besonders der Eisenbahn-Einnahmen gerechnet werden.

Dieser Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen wurde zunächst auf

24 Millionen veranschlagt, später aber, in meiner vorjährigen Etats-

rede, glaubte ich sogar mit einem weiteren Anfall von 43 1/2 Millionen

bei den Eisenbahn-Einnahmen rechnen zu müssen, so daß das Jahr

1902 im ganzen voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von

65 Millionen abschließen würde. Erfolgreicherweise hat sich nun das

Ergebnis günstiger gestaltet. Seit Ausgang 1902 hat sich eine merkliche

Wiederbelebung des Verkehrs merklich gemacht. Meine Voraussage, daß

den sieben fetten Jahren, keine sieben magern folgen würden, hat sich

erfüllt. Wir dürfen nach nur zwei Jahren des Niedergangs meh-

mehr mit einem neuen Aufstiege rechnen. Der befürchtete Anfall an

Eisenbahn-Einnahmen hat sich auf den geringen Fehlbetrag von

1,4 Millionen Mark beschränkt. Infolge dessen hat sich das ver-

anschlagte Defizit im Eisenbahn-Etat in einen Ueberschuß von

7 Millionen Mark verwandelt. Ferner haben die Forsten 4,8 Millionen,

die direkten Steuern 8,9 Millionen, die indirekten 5,8 Millionen

Mark mehr gebracht, als der Etatsansatz. Es ergibt sich, daß das

Jahr 1902 mit einem Ueberschuß von 15 600 000 Mark abschließt.

Als im Spätmonat 1902 der Etat für 1903 aufgestellt wurde,

standen wir noch innerhalb der wirtschaftlichen Depression und der

kommende Aufschwung konnte weder erwartet noch im Etatsanschlag

berücksichtigt werden. Der Aufschwung aber hat sich in das Jahr 1903

fortgesetzt und wieder eine wesentliche Steigerung der Eisenbahn-

Einnahmen mit sich gebracht.

Es darf gehofft werden, daß wir im laufenden Jahre 1903

das Defizit von 71 Millionen voll beseitigen und

das Jahr noch mit einem Ueberschuß abschließen werden. Ich bin

nach vorsichtig, wenn ich den Ueberschuß nicht unter

22 Millionen Mark schätze. (Lebhaftes Bravo!) Das konnte

niemand voraussehen. Dies voraussichtlich günstige Resultat des

Jahres 1903 ist auf den Mehreinnahmen bei den Forsten und den

Eisenbahnen zurückzuführen. Die Forsten werden 1903 voraussichtlich

nicht weniger als 20 Millionen über den Etatsansatz bringen, ein

Resultat, zu dem allerdings die bedauerliche Verwüstung

der Lehlinger Heide durch Raupenfraß beiträgt.

Die Eisenbahnen werden nach den Schätzungen der Eisenbahn-

Verwaltung 100 Millionen Mehreinnahmen erbringen, denen Mehraus-

gaben im Betrage von 36,6 Millionen gegenüberstehen, so daß

sich voraussichtlich ein Ueberschuß von 63,4 Millionen ergeben

wird. Vielleicht gestaltet sich bei andauernd günstiger wirtschaftlicher

Konjunktur das Ergebnis sogar noch besser.

Dem stehen gegenüber Mehrausgaben für Pensionen und Re-

litenversorgung, für Heilkosten und Tagelöhner der Kreisärzte, für die

Jürsorge-Erzählung usw. Im Interesse der heimischen Pferde-

zucht erlaube ich es ratham, besonders wertvolles Beschälmaterial

anzulassen. Ich hoffe, daß das hohe Haus diese Etatsüberschreitung

nachträglich genehmigt.

Das voraussichtliche Mehrergebnis des Etats von 1903 von

22 Millionen wird nach dem vorjährigen Gesetz in den neu ge-

schaffenen Ausgleichsfonds fließen.

Ich gehe über zum Etat des Jahres 1904, und hoffent-

lich macht sich auch in diesem wiederum eine erhebliche

Steigerung namentlich der Eisenbahn-Einnahmen

geltend. Wir haben die Ausgaben sehr vorsichtig bemessen.

Trotzdem sind auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen

Lebens mehr Ausgaben eingesetzt. Diese konnten gedeckt und damit

der Etat balanciert werden. Er erreicht einen Betrag von nahezu

drei Milliarden Mark. Nun wachsen aber die Bäume doch nicht in

den Himmel, auf heitere Tage können wieder trübe folgen. Man

solll im Blick nicht jubeln und im Unglück nicht weinen. Gätten

wir in der Zeit der Krisis die Ausgaben allzu ängstlich be-

messem, so wäre dadurch die Krisis nur verschärft und verlängert

worden. (Sehr richtig!) Andererseits wollen wir jetzt nicht jubeln,

sondern Maß halten. So bedürfen die günstigen Aussichten leider

wiederum einer Einschränkung bei der Landwirtschaft. Die Ernte,

namentlich im Osten, ist durch Regenwetter geschädigt und teilweise

vernichtet worden. Bezüglich der Landwirtschaft können wir also

nicht heiter in die Zukunft sehen.

Was die Industrie anbelangt, so ist besonders auf die außer-

ordentliche Steigerung der Kohlen- und Eisenproduktion hinzuweisen.

Zu meiner größten Freude, und ich glaube zur Verhütung der

ganzen Industrie, ist es gelungen, das Kohlenyndikat

wieder zu erneuern. Ich zweifle nicht, daß dank der Weis-

heit seiner leitenden Herren auch in Zukunft das Syndikat

mahhalten und die Kohlenpreise in angemessenen

Grenzen halten wird. Auch das Zustandekommen

des Stahlwerks-Berbandes halte ich im Interesse

der Industrie und der Konkurrenz mit den ge-

waltigen zusammengeschweißten Kapitalmächten

des Auslandes für unerlässlich. Der Einzelne muß

seine individuellen Auffassungen und Interessen dem nationalen Wohl

unterordnen. Der deutsche Individualismus, so löbliche Wästen er im

kulturellen Leben getrieben hat, so vielfach bildet er ein Hindernis

im Fortschritt des wirtschaftlichen Lebens. Dem Stahlwerksverband

wüßten zunächst die wichtigsten Aufgaben zufallen, eine Ueber-

produktion zu vermeiden, eine Preisregulierung gegenüber

dem Auslande, gegenüber dem sich bis jetzt die Werke immer gegen-

seitig unterboten haben, durchzuführen und eine mögliche Preisstellung

im Inlande aufrecht zu erhalten. Die Teilung der Arbeit ist bei

uns mit unsrer verschiedenartigen historischen und wirtschaftlichen

Interessen viel schwieriger als in einem Lande wie Amerika, wo die

Verdichtung von Werken bis zu den großen Seen ungefähr dieselbe

Struktur und dieselben Bedürfnisse hat.

Die außerordentlich große Ausfuhr von Eisen-

fabrikaten hat die Industrie zweifellos über schwierige Zeiten

hinausgeholfen. Ohne diese Ausfuhr hätten die

Werke nicht in Thätigkeit bleiben können, und

Arbeiterentlassungen wären unvermeidlich ge-

wesen. Es ist aber auch zu bedenken, daß Rußland in

steigendem Maße seine eigne Industrie entwickelt und

Amerika immer mehr seinen eignen Bedarf deckt.

Besonders letzteres wird, wenn der Panamakanal

einmal erbaut sein wird, ein noch gewaltigerer

Konkurrent sein. Man kann sich somit immerhin

einer gewissen Sorge bezüglich unsres Auslands-

marktes nicht entziehen, wenigstens wir, die wir in den

letzten 30 Jahren eine so glänzende wirtschaftliche Entwicklung durch-

gemacht haben wie nur noch Amerika, zum Pessimismus durchaus

keinen Anlaß haben. (Beifall.)

Es ist aber doch nötig, den Inlandsmarkt mehr zu pflegen als

bisher. Dieser ist der sicherste und konstanteste Abnehmer. Daher

bin ich immer für die Notwendigkeit eingetreten, unsrer

Landwirtschaft einen ausreichenden Jollschuß

zu gewähren. Dieser ist zugleich die größte Wohl-

that für die Industrie, deren bester und gleich-

mäßigster Abnehmer die Landwirtschaft ist. (Leb-

hafter Beifall rechts.) Andererseits sollen die wirtschaftlichen Interessen

des Landes gewahrt werden durch die große wasserwirtschaftliche

Vorlage, die in absehbarer Zeit dem Haupte zugehen wird. Ich hoffe

dringend, daß es diesmal gelingen wird, über diese für unsre wirt-

schaftliche Zukunft so wichtige Vorlage eine Verständigung mit dem

höhen Hause herbeizuführen. (Beifall links.)

Der neue Etat für 1904 ergibt ein Mehreinnahmen

120 Millionen Mark. Die Verpachtung der Domänen

ergibt einen noch geringeren Betrag wie im Vorjahre.

Die Zahl der Domänen hat sich um 68 vermehrt. Die Forsten

haben einen Mehreüberschuß von 11 1/2 Millionen; die Abfag-

verhältnisse der Forsten sind unter Aufwendung erheblicher Mittel

ständig verbessert worden. Ich glaube, daß wir in den Forsten

eine immer steigende Einnahmequelle haben werden. Der

Forstankauf-Fonds soll daher auf 4 Millionen, das heißt

um etwa 200 Proz. erhöht werden. — Aus der Einkommensteuer

wird ein Mehretrag von fünf Millionen erwartet, bei den indirekten

Steuern ist ein Mehr von 3,8 Millionen vorgeesehen. Das Zoll-

beamtenpersonal soll vermehrt und eine bessere Organisation des

Dienstes eingeführt werden. Die Bergverwaltung soll

7 1/2 Millionen Mehreinnahmen bringen, erfordert

aber andererseits eine Mehrausgabe von zwölf Millionen.

Die Grundlage unsres ganzen Finanzsystems die Eisenbahnen

sollen einen Mehreüberschuß von 83 Millionen Mark

bringen. Dies Schmerzenskind, wie ich es im vorigen Jahre

nannte, hat sich infolge der Fürsorge seines Vaters und

der guten Rathschläge seines Onkels, des Finanzministers, ganz gut

entwickelt. (Heiterkeit.) Es sind nicht weniger als 8000 neue Stellen

im Eisenbahndienst geschaffen worden, das Mindestgehalt der Bahn-

wärter soll erhöht werden. Erhebliche Summen sind auch für die

Erweiterung der Betriebsmittel vorgeesehen. Insgesamt soll für die

Beschaffung von Lokomotiven, Güter- und Personenzugwagen der

enorme Betrag von 120 Millionen Mark zur Verfügung gestellt

werden. Von Bahnhofs-Reparaturen erwähne ich nur den

Bahnhof in Hannover. Der Dispositionsfonds des

Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschtums

in den Ostmarken ist um 1 500 000 M. vergrößert worden.

(Bravo! rechts.) Die Ostmarkenzulagen sollen allen Beamten gewährt

werden, auch wenn sie in Besitz von Dienstwohnungen sind. Im

Justiz-Etat ist eine erhebliche Vermehrung der Zahl der Richter

beabsichtigt. Ein Neubau des Ober-Verwaltungsgerichts, dessen

Räume absolut nicht mehr ausreichen, ist auf dem Gebiet der

Weselsbahn vorgeesehen. Im allgemeinen kann die in der Presse viel-

sach aufgestellte Behauptung, daß in Preußen die Kulturaufgaben

leiden müssen, angesichts des vorliegenden Etats nicht aufrecht

erhalten werden. (Sehr richtig! rechts.) Redner führt eine Reihe

einzelner Positionen des Etats an, die auf der Tribüne unverständlich

bleiben.

Die wirtschaftliche Krisis ist schneller über-

wunden, als wir erwarten konnten. Wir wollen

wünschen, daß die günstigen Hoffnungen, die wir auf das Jahr

1904 setzen, sich auch erfüllen und daß günstige Sterne im Wirtschafts-

leben des Jahres 1904 und Scheinen. (Lebhaftes Bravo!)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Tagesordnung: Schlen-

niger Antrag wegen Einstellung eines Strafverfahrens gegen den

Abg. v. Kiegotowski (Pole). Erste Lesung des Etats.)

Schluß 1 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Das Internationale sozialistische Bureau hat soeben seinen Halb-

jahresbericht veröffentlicht. Die Thätigkeit des Sekretärs erstreckte

sich vor allem auf die Vorbereitung des internationalen Kongresses,

die Aufstellung der Tagesordnung und Vorbereitung der Berichte.

Bedauernd wird bemerkt, daß eine Anzahl Landesorganisationen

ihren Bericht über die Arbeiterbewegung ihres Landes noch nicht

eingesandt haben.

Soziales.

Unfallbegnadigung.

In der „Krieglichen Sachverständigen-Zeitung“ bespricht Prof.

Vedderhose in Strahburg die vom Reichs-Versicherungsamt

herausgegebene Sammlung ärztlicher Obergutachten und weist dabei

auf den Anstand hin, daß die Begutachter in manchen Fällen auf

ganz verschiedenem wissenschaftlichen Standpunkte stehen und daher

zu entgegengesetzten Entscheidungen gelangen. Wandtaubdrücke

sollen nach der einen Auffassung stets auffallend große Be-

schwerden machen, so daß kein erheblicher Bruch vor dem angeblichen

Anfall bestehen haben kann, wenn der Betreffende damals schwere

Kanalarbeiten ausführten konnte; die Ansprüche auf Unfallrente

werden aus diesen Gründen anerkannt. In zwei weiteren Fällen

sagen die Sachverständigen aus, daß die Wandtaubdrücke über-

wiegend häufig keine Beschwerden machen und jahrelang nicht be-

merkt werden, oder daß keine Ursache gegeben sei, auch nur für

einen Fall einmal einen durch einen Unfall gegebenen Ursprung

eines Wandtaubdrückes anzunehmen; es erfolgt mithin Ablehnung

der Ansprüche. Dieser Beobachtung fügt Prof. Vedderhose die Be-

gründung seiner eignen Auffassung an, die darauf hinauskommt,

daß bei Wandtaubdrücken im allgemeinen etwas

häufiger Renten bewilligt werden sollten, als es thatsächlich geschieht.

Wenn auch die Entschneidung eines Wandtaub-

drückes infolge eines Unfalls sich nur ausnahmsweise annehmen

läßt, so werden doch nach Prof. Vedderhose nicht selten vorhandene

Ursache erst durch Anfälle zu einem Hemmnis für die Leistungs-

fähigkeit. Wenn sich nachweisen läßt, daß ein Arbeiter, der vor dem

Anfall bereits mit einem Bruch befaßt war, bis dahin ohne jede

Störung gearbeitet hat, nachdem aber sich zur Verriichtung schwerer

Arbeiten längere Zeit oder dauernd unfähig zeigte, so sollte nach

dem Dafürhalten des Prof. Vedderhose eine Entschädigung be-

willigt werden. Auch unter den vom Reichs-Versicherungsamt ver-

öffentlichten Fällen befinden sich einzelne, bei denen sich um die Frage

aufdrängt, ob nicht selbst dann, wenn auch die Entstehung des

Unfalls durch den behaupteten Unfall zu leugnen ist, die nach dem

Anfall zurückgebliebenen, früher nicht vorhandenen Bruchbeschwerden

nicht Entschädigungspflicht bedingen müßten.

Ueberhaupt warnt Prof. Vedderhose mit Recht vor wissenschaft-

licher Einseitigkeit in solchen Fällen. Mit der Wissenschaft allein, sagt

er, kann man überhaupt in Unfallfragen nicht auskommen. Sie

würde viel häufiger mit einem abweisenden „non“ (Nein)

oder einem „non liquet“ (Zweifelhaft) antworten müssen, als es

dem natürlichen Empfinden und der Absicht des

Gesetzgebers entspricht. „Wir haben uns schon lange

daran gewöhnt, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Unfall

und krankhaften Erscheinungen anzunehmen, wenn nur eine zeitliche

nahe Beziehung und Kontinuität besteht, auch ohne daß wir uns

ärztlich und wissenschaftlich ein klares Bild von dem fraglichen Zu-

sammenhang zu machen vermögen. Zuweilen sind für die Begut-

achtung nur drei feststehende, unmittelbar aufeinander folgende That-

sachen gegeben: volle Erwerbsfähigkeit bis zum Unfall, Unfall, sofort

einsetzende und andauernde Erwerbsunfähigkeit, alles andre kann

so und so gedeutet werden: wir müssen uns entschließen,

den Unfall für die eingetretene Erwerbs-

unfähigkeit verantwortlich zu machen.“

Diese Auffassung ist in der That die einzige, welche mit dem

Rechtsgedank der Arbeiter im Einklang steht und dem Zweck der

Arbeiterversicherungs-Gesetze Rechnung trägt. Daher ist denn auch

aus den Reihen der Arbeiter diese Auffassung schon seit jeher geltend

gemacht — hat jedoch leider bei den Vertretern der Wissenschaft nur

zu oft keine Beachtung gefunden oder gar direkten Widerspruch er-

fahren. Um so erfreulicher ist es, daß Prof. Vedderhose jetzt so ent-

schieden diesen durchaus berechtigten Standpunkt vertritt. In

Wünschen wäre nur, daß seine Worte auch bei seinen Kollegen auf

guten Boden fallen mögen.

Zum Herzfeldekonflikt in Leipzig erläßt die dortige Kreis-

hauptmannschaft eine Verordnung an die ärztlichen Bezirksvereine

mit der Anweisung, sie in den Versammlungen mitzuteilen. Es

war nämlich öffentlich die Behauptung verbreitet worden, der Kreis-

hauptmann habe die freie Arztwahl für durchaus berechtigt und

durchführbar erklärt und auch sonst sein Wohlwollen für die Forde-

rungeu der Aerzte ausgesprochen. In der Verordnung legt der

Kreisshauptmann entschieden Verwarnung gegen diese Behauptung

ein. Er erklärt vielmehr, daß eine Erhöhung der ärztlichen Honorare

über das von der Kasse angebotene Maß hinaus unmöglich sei. Im

die Bezahlung für die Einzelleistung zu erhöhen, ohne weitere Er-

höhung der Pauschale, böte sich ein geeigneter Weg in der Ver-

mindering der (willkürlich zur Erzielung möglichst vieler Punkte

vermehrten) Einzelleistungen durch Einführung geeigneter Kontroll-

maßregeln.

Auch der Vorstand der Leipziger Ortsklasse erläßt eine öffentliche

Erklärung gegen die Behauptungen der Aerzte, worin er be-

sonders hervorhebt, daß die Kasse bisher nicht einmal im Stande war,

den gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds zu erfüllen.

Unzulässiger Bevormundung freier Bistklassen macht sich der

Stadtmagistrat von Braunschweig schuldig. Die „Neue

Kranken- und Sterbefälle der Maurer“ in Braunschweig hatte Ende

1902 beschlossen, ihre Bekanntmachungen in Zukunft nur im

„Volkstrend“, unserm dortigen Parteiblatt, bekannt zu

machen. Dazu verjagte ihr der Magistrat die Ge-

nehmigung. Auf Klage beim braunschweigischen Verwaltungs-

gericht erfolgte die Entscheidung, daß kein gesetzlicher

Anhalt vorhanden sei, der Kasse die Veröffentlichung ihrer Bekannt-

machungen im „Volkstrend“ zu verbieten. Das Statut mußte ge-

nehmigt werden.

Wegen Einführung des neuen Kranken-Versicherungs-gesetzes

mußte eine abermalige Statutenänderung vorgenommen werden und

nun beanstandet der Magistrat die Veröffentlichung der Bekannt-

machungen im „Volkstrend“ abermals.

Und dieses formell und materiell unbegründete Verfahren wird

gedeut durch die Untergriff des Stadtrates v. Franzenberg, eines

Mannes, der sich als Socialpolitiker aufspielt.

Unzulässigkeit eines Ortsstatuts über eine Fortbildungsschule.

Das Amtsgericht erklärte das Ortsstatut der Stadt Norden, be-

treffend die Fortbildungsschule, für unzulässig, weil bei der Anhörung

der Gewerbetreibenden und Arbeiter gemäß § 142 der Gewerbe-

Ordnung diesen nicht auch der Stundenplan zur Mitberaung unter-

breitet worden war und weil bei der nach demselben Paragraphen

erforderlichen Bekanntmachung des Ortsstatuts die Festsetzung der

Schulstunden nicht mit veröffentlicht wurde. Der § 142 sei sin-

gemäß dahin anzulegen, daß eine Mitberaung und Mitveröffent-

lichung des Stundenplanes erforderlich sei. Die beteiligten Ge-

werbetreibenden und die Lehrlinge seien im Interesse einer guten

Ausbildung der jungen Leute hervorragend daran interessiert, daß

die Schulstunden zweckmäßig festgesetzt würden, so daß eine Re-

einträchtigung der gewerblichen Ausbildung, die doch im Vordergrund

stehe, nicht erfolge. — Ein Kaufmannslehrling, der sich trotz an-

dauernder Schulpflichtigkeit abgemeldet hatte, wurde wegen der Un-

gültigkeit des Ortsstatuts freigesprochen.

Die Arbeitslöhne in den Vereinigten Staaten.

Das Bulletin des Arbeitsamts von New York veröffentlicht eine

Zusammenstellung der durchschnittlichen Arbeitslöhne, die während

des letzten Jahrzehnts in den einzelnen Bundesstaaten gezahlt

worden sind. Aus den Tabellen ist ersichtlich, daß nach dem

Jahre 1892, in welchem die Arbeitslöhne die höchste Stufe erreicht

hatten, ein allgemeiner Niedergang eintrat, bis in den Jahren 1895 und

1896 der niedrigste Punkt erreicht wurde. Die nun beginnende

Steigerung der Löhne blieb unbedeutend bis zum Jahre 1898, in

welchem ein allgemeiner und bedeutender Aufschwung sich bemerkbar

machte und 1902 wieder der höchsten Punkt erreichte, der

fast durchweg höher war als der im Jahre 1892. So betrug

zum Beispiel in den Fabriken von Massachusetts der durch-

schnittliche Arbeitslohn 1884 M. im Jahre 1886 und stieg bis im

Jahre 1892 auf 1808 M.; er fiel bis auf 1652 M. im Jahre 1894

und stieg sodann wieder auf 1840 M. im Jahre 1902. In den

übrigen Staaten bewegten sich die Lohnkurven mit der eben be-

zeichneten fast parallel. In gleicher Uebereinstimmung hiermit be-

finden sich die dem Arbeitsamt eingelieferten Berichte der Gewerks-

chaften über deren Ausgaben für Arbeitslosen-Unterstützung. So

bezahlte im Jahre 1890 die Internationale Cigarrenarbeiter-Union

91 042 M. an Arbeitslosen-Unterstützung, im Jahre 1892 nur

69 844 Mark, aber im Jahre 1893 vermehrte sich die

Summe um 400 Prozent und in den Jahren von

1894 bis 1896 erreichte die von der genannten Or-

ganisation für Arbeitslosen-Unterstützung verausgabte Summe die

enorme Höhe von 700 000 M. jährlich. Auch hier machte sich das

Jahre 1897 ab eine Besserung der Verhältnisse bemerkbar; die

Summe der Arbeitslosen-Unterstützung ging von Jahr zu Jahr zurück

und fiel im Jahre 1902 auf 84 294 M. Da die betreffende Organi-

sation seit dem Jahre 1892 sich in ihrem Mitgliederbestand um

33 Proz. vermehrt hat, so bedeutet dies eine wesentliche Verbesserung

gegenüber dem vorgenannten Jahre.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der

Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden viel-

sach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der

Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einständiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 6 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einständiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstücks- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unfittliche Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeschädlich und zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sauberkeit und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beschwerden nehmen entgegen: Fräulein Bander, Blücherstraße 49, Hof II, Frau Bauhage, Postoderstr. 43, Duerweg 1, Frau Dr. Weyl, Lotzringstr. 67, I, Frau Lutz, Waterloo-Platz 9, im Laden, Frau Weich, Phoenixstr. 3, linker Aufg. IV, Frau Tich, Blumenstr. 63, I rechts, Fräulein Heidemann, Alte Jakobstr. 108, IV, Fräulein Grünberg, Köpnickstr. 8b, IV, Frau Zeese, Niddorf, Steinwegstraße 120, Hof I, Frau Schmidt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 130.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr. Gewerkschafts-Bureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15, im Laden. Vorm. 9—1 und nachm. 6—8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen Fräulein Reichert, Engel-Platz 4, Fräulein Nummer, Georgenkirchplatz 21, Fräulein v. Bennigsen-Förster, Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die Beschwerdef Kommission der Arbeiterinnen Berlins.

Steglich. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgebung hält Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen.

Am Giffbaum wollen auch die Frauen essen. Der deutsche Verein für Frauenstimmrecht hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, bei der bevorstehenden Revision des Vorkessengesetzes auch die Frauen zum Vorkessbesuch zugelassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Freitag, den 22. Januar, findet die Generalversammlung des Wahlvereins in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Grundwald über „Weltwirtschaft“. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Treptow-Baumfakultät. Heute Mittwoch hält der Wahlverein im Restaurant Ackermann seine Generalversammlung ab.

In Weissensee liegt eine Abschrift der Wählerlisten bei Schmutz, König-Chaussee 88, aus.

Wilmersdorf. Donnerstagabend findet bei Witte, Berlinerstraße 40, eine Volksversammlung statt, in der die sozialdemokratischen Gemeindevertreter über ihre Thätigkeit im Reichsparlament Bericht erstatten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Reinickendorf-Wilhelmstr. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet im Lokale von Schorsch, Köpenhagenstraße 71, die kombinierte Versammlung beider Wahlvereine statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmanns. 2. Neuwahl des Vertrauensmanns. 3. Verschiedenes.

Lokales.

Krankenhaus und Bethaus.

Aus dem Hedwigs-Krankenhaus hatten wir im Herbst eine Reihe von Mängeln zur Sprache gebracht, über die uns aus unserem Leserkreis Klagen zugegangen waren. Weder die Krankenhausverwaltung, noch die zu ihrer Verteidigung berufene Presse hatte damals irgend ein Wort der Erwiderung gehabt. Inzwischen hat man uns noch manches andre über das Hedwigs-Krankenhaus mitgeteilt, was wir bei passender Gelegenheit dem Urteil der Öffentlichkeit zu unterbreiten gedenken. Für heute wollen wir uns daran genügen lassen, nur einen der neuerdings von Patienten gerügten Mißstände zu beleuchten — einen Mißstand allerdings, der im Wesen dieser Anstalt wurzelt.

Das Hedwigs-Krankenhaus ist eine Anstalt, in der neben der Krankenfürsorge auch die Pflege der Religiosität geübt wird. Es gibt in Berlin noch mehrere solcher „konfessionellen“ Krankenhäuser: so das Krankenhaus Bethanien, das Elisabeth-Krankenhaus usw. Die letztgenannten Anstalten halten es mit der evangelischen Konfession, im Hedwigs-Krankenhaus herrscht der Katholizismus. In all diesen Anstalten ist es Grundbesatz, daß den Kranken die Gelegenheit zum Beten usw. regelmäßig und reichlich geboten wird. Ob sich Kranktenpflege und Religionsübung miteinander vertragen oder ob nicht dabei das eine bezw. das andre zu kurz kommt, das soll hier unentschieden bleiben. Das aber steht fest, daß die Verquickung dieser beiden Ziele unter Umständen zu einer Verlässigung der Kranken führen und manchen Patienten den Aufenthalt in solchem Zwitterding von Krankenhaus und Bethaus gründlich verleidet kann.

Wenn diese konfessionellen Anstalten treiben ihre Konfessionalität nicht so weit, um strenggläubige Patienten zu pflegen und die Aufnahme von dem Katholizismus der Frömmigkeit abhängig zu machen, Thäten sie das, so wäre es das gute Recht der Krankenhausleitung — und von ihrem Standpunkt aus sogar ihre Pflicht — die Kranken zu religiösen Beten, Weichten usw. anzuhalten, und die Kranken selber würden dankbar dafür sein. Doch die konfessionellen Anstalten nehmen jeden auf, für

den Aufnahme Begehrt wird: Fromme und Unfromme, auch solche einer andren Konfession und selbst Personen ohne Konfession. Das mag sehr tolerant aussehen, aber wir kennen Patienten, die in konfessionellen Krankenhäusern gelegen und die ihnen widerwärtige Behandlung als das Gegenteil von Toleranz empfunden haben. Wir wünschen dem Arzt- und Pflegepersonal, einmal mitzuhören zu können, welche Urteile von manchen Patienten über die Verquickung von Krankenpflege und Religionsübung gefällt werden, welche Beobachtungen sie da gemacht haben wollen, welche Schlussfolgerungen sie daraus ziehen.

Im katholischen Hedwigs-Krankenhaus — um bei diesem zu bleiben — wird mit besonderem Eifer dafür gesorgt, daß den Patienten die Religion nicht vorenthalten wird. Da werden Andachten veranstaltet, Weichten abgenommen, Messen gelesen, da wird vor allem in den Krankensälen täglich mehrmals unter Leitung von Schwestern gebetet. Wer nicht mitmacht, an dem versuchen die Schwestern ihr Verwehrensverbot. Auch ein freireligiöser Patient, der wiederholt bei Beginn der Gebete den Saal verlassen hatte, wurde nicht verschont. Er wurde aufgefordert, doch im Saale zu bleiben, gelegentlich wurde er noch auf dem Korridor angehalten und zur Teilnahme eingeladen. „Sie wissen ja“, erwiderte der Gottlose, „daß ich freireligiös bin. Soll ich etwa heucheln?“ Da gab es dann einmal zwischen ihm und der Schwester eine lebhaftige Debatte über Religion, wobei die Schwester nicht sehr glücklich abschnitt. Daß andre Patienten sie umstanden und mit Vergnügen zuhörten, war unangekommen. Aber es kam zu keiner Wiederholung solcher Scene, denn an einem der nächsten Tage wurde dem noch ungeheilten Patienten, der an Rheumatismus litt, vom Arzt angeordnet, daß er entlassen sei. Als sich im Saal die Nachricht verbreitete, Grund der Entlassung sei, daß er andre Patienten von der Teilnahme am Beten abzuhalten versucht haben solle, war man sehr erstaunt. Doch der Heide war froh, dem frommen Hause den Rücken kehren zu dürfen. Er packte seine Sachen und ging in ein andres Krankenhaus.

Wir würden, wenn dieser Patient im Hedwigs-Krankenhaus seinerseits Verwehrensversuche in freireligiösem Sinne gemacht hätte, das ebenso verwerflich finden, wie wir die an ihm gemachten Verwehrensversuche der frommen Schwester verurteilen. Kranke müssen nach der einen wie nach der andren Richtung hin vor Belästigungen geschützt werden. Aber andre Patienten verhielten uns, der Freireligiöse habe zwar sich geweigert, am Gebet teilzunehmen, habe aber über die ihm deshalb widerwärtige Verwehrensversuche seinem Unmut Luft gemacht, aber er habe keinen, der beten wollte, vom Beten abzuhalten gesucht. Vielleicht äußert sich die Krankenhausverwaltung darüber, warum der Mann entlassen wurde.

Som Urlaub der Berliner Gemeinde-Arbeiter. Der Magistrat teilt jetzt der Stadtverordneten-Versammlung mit, daß er ihrem Beschluß vom 11. Juni 1903, den mindestens fünf Jahre im städtischen Dienst thätigen Arbeitern jährlich einen Urlaub von einer Woche ohne Lohnabzug zu gewähren, beigetreten ist. Damit kommt endlich eine Angelegenheit zum Abschluß, die die städtischen Behörden Jahre hindurch beschäftigt hat. Leider ist es im vorigen Sommer, als die Stadtverordneten-Versammlung ihren Beschluß zu fassen hatte, der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht gelungen, ihre Forderung durchzusetzen, daß schon nach einjähriger Thätigkeit im Dienste der Stadt dieser Urlaub gewährt werde. Der linke Flügel des Freisinnigen hat sich das „Verdienst“ erworben, an der Niederstimmung des sozialdemokratischen Antrages eifrig teilgenommen zu haben. Die freisinnigen „Arbeiterfreunde“, allen voran Herr Goldschmidt, stellten den Satz auf, die Stadtgemeinde solle vorbildlich sein für die privaten Unternehmer, folglich dürfe sie — nicht zu viel gewahren. „Wäre Beispiele verderben gute Sitten“, sagt ein altes Wort. Die Freisinnigen erkannten, daß auch gute Beispiele bösen Sitten gefährlich werden können, daß ein von der Stadt Berlin gegebenes gutes Vorbild wahrer Arbeiterfreundlichkeit auf die schlechten Gewohnheiten privater Unternehmer mildernd einwirken könnte. Aber eben weil sie das einsehen, stimmten sie nicht, wie die Sozialdemokraten, für ein Jahr, sondern — für fünf Jahre.

Eine imposante Trauerversammlung hatte sich gestern auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde eingefunden, um dem Genossen Paul Müller, der am Freitag bei dem Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Arbeitsfahrzeug am Dönhofsplatz tödlich verunglückte, die letzte Ehre zu erweisen. Müller hatte sich durch seine jahrelange Thätigkeit in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht zahlreiche Freunde erworben, und um so herzlicher berührte die erschütternde Nachricht von dem jähen Ende des braven Kampfgossen. Am Grabe sang der Gesangverein der Fabriken von Siemens u. Halste einige stimmungsvolle Trauerweisen, während Genosse Manasse eine Charakteristik der musterhaften Eigenschaften des Verstorbenen gab und die Katastrophe als Folge der bedenklichen Zustände im Verkehrswege bezeichnete. Kränze wurden gependet von den Arbeitskollegen, der Krankenkasse und von Freunden des Verstorbenen. Einen Kranz mit besonders schöner Widmung legten seine Bezirgsangehörigen des sechsten Wahlkreises am Grabe nieder.

Neuer Zuschuß zur Innungszahlung. Die fleißige Rorbmacherinnung hatte am 25. März 1903 den Beschluß gefaßt, ihr Statut dahin abzuändern, daß auch die Hausgewerbebetreibenden im Rorbmachergewerbe gezwungen sein sollen, dieser Innung als Mitglieder anzugehören. Nachdem der Regierungspräsident zu Potsdam gegen die Ausdehnung des Innungszwanges auf die Hausgewerbebetreibenden des Rorbmachergewerbes, soweit der Regierungsbezirk Potsdam in Frage steht, keine Bedenken geltend gemacht hat, ist jetzt auch die Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu der Ausdehnung der Innungsherrschaft auf die genannten Hausgewerbebetreibenden erfolgt.

Eine Polizeiverordnung gegen das Schalen von Müll ist erschienen. Unter Schalen von Müll versteht man das Ausfuchen von Strohen, Lumpen, Papier, Metall, Holz, Kohlen usw. aus dem Müll. Die Angehörigen der Abfuhrunternehmer und auch andre Personen, die das Schalen gewerksmäßig betreiben, fuchen häufig den Müll auf den Höfen der Hausgrundstücke, beim Transportieren oder auch beim Auf- und Abladen dort. Es kann dadurch nicht nur leicht Müll verschüttet werden, sondern auch Staub entstehen. Polizeipräsident v. Borries hat deshalb eine Polizeiverordnung, welche das Schalen des Mülls auf den Höfen, beim Transport und beim Verladen verbietet, erlassen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Untermaßensfalle mit entsprechender Haft bedroht.

Das Dienstmädchen der in Dalldorf internierten Familie Schneider, das, wie wir berichtet haben, gemeinsam mit seiner Herrschaft nach der Jrennanstalt übergeführt worden war, ist jetzt als völlig gesund entlassen worden, während die Geschwister Elise, Gustav und Karl Schneider zur Beobachtung ihres Geisteszustandes noch in Dalldorf verbleiben müssen.

Der neue starke Schneefall macht der großen Berliner Straßenbahn viel zu schaffen. Selbst mit vollem Strom kamen die Wagen vielfach nicht vom Fleck. Die starke Spannung führte dahin, daß in Moabit bei der Löwenbrücke vor dem Kriminalgericht die Drähte durchbrannten. Auch die Masten mit den Tragebrücken und diese selbst brannten an, Schutzklappen und Verbindungsstücke schmolzen, Zierkränze und Drähte fielen herunter, einem jungen Ranne, der um 8 Uhr ins Gefängnis ging, beinahe auf den Kopf. Die Fahrgäste entflohen aus dem Wagen, bei dem das Unglück geschah. Nun lag an dem Kreuzungspunkt, über den die Jüge nach allen Himmelsrichtungen gehen, der Verkehr still. Die Wagen stauten sich in Alt-Moabit bis nach dem Brandenburger Thor, in der Invalidenstrasse bis zur Chausseestraße usw. Auch die Charlottenburger Wagen saßen fest. Der Güterverkehr wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Rollwagen, die Stützräder nach dem Leichter und alten Hamburger Bahnhof bringen oder von dort abholen wollten, konnten sich in Alt-Moabit und in der Invalidenstrasse nicht rühren. Erst in der ersten Stunde war man mit der Ausbesserung so weit, daß der Verkehr

wieder einigermaßen in Gang kam, aber an die Regelmäßigkeit war noch lange nicht zu denken. Der Omnibusbetrieb, der auf den bestroffenen Linien auch unter der Störung litt, hatte gestern noch mehr zu kämpfen als vorgestern. Die Lastfahrwerke waren vielfach auf die Erschöpfung eingerichtet. Die großen Rollwagen fuhren meistens vierstännig. Ist genug aber stand doch auch die Ladung in keinem richtigen Verhältnis zur Zugkraft, und selbst an den ärgsten Quälereien fehlte es auch diesmal wieder nicht.

Durch die Glätte verunglückte vorgestern Abend der Direktor der inneren Abteilung des Krankenhauses am Friedrichshain, Hofrat Professor Dr. Ernst Stadelmann, der vor zwei Jahren als Nachfolger für Bringerer nach Berlin kam. Von einem Besuche nach seiner Wohnung im Krankenhaus zurückkehrend, glitt er dicht vor der Anstalt aus, fiel hin und brach sich ein Bein. Die Ärzte des Krankenhauses nahmen sich seiner an und brachten ihn in die Wohnung. Gestern verarmelten sich die namhaftesten Ärzte am Krankenbett des Verunglückten.

Die Dr. Friedrich Wilhelm Kube-Stiftung wird am 1. April d. J. insoweit in Wirksamkeit treten, als sie in dem zum Kubischen Rochlaße gehörigen Hause Müllerstr. 15 vorläufig 32 den Stützungsbedingungen entsprechenden Personen Wohnung und die zur Vorsehung des Lebensunterhalts erforderlichen Barmittel gewährt. Verantwortlich auf Aufnahme haben bedürftige Lehrer und Lehrerinnen sowie auch Wittwen von Lehrern, welche mindestens zehn Jahre an einer öffentlichen oder privaten Schule Unterricht erteilt und während der letzten zehn Jahre hier gewohnt haben. Die Stiftung wird durch ein besonderes Kuratorium, Vorsteher Stadtrat Marggraf, verwaltet. Besuche um Aufnahme sind an das Stützungs-Bureau des Magistrats, Poststr. 16, zu richten, wofolbst auch über die sonstigen Aufnahmebedingungen auf Anfrage nähere Auskunft erteilt wird.

Der Umsturz im Gymnasium. Uns wird geschrieben: Wie durch die Verstreutheit eines Professors ein höchst verderblicher Einfluß auf die Jugend ausgeübt werden kann, das zeigt ein Zwischenfall, der sich dieser Tage im hiesigen königlichen Gymnasium ereignete. In den von den Schülern der höheren Klassen frequentierten Korridoren befinden sich nämlich Wechselrahmen, in denen abwechselnd interessante Bilder und Photographien zur Belehrung der Schüler Aufnahme finden. Die Herren Primaner wollten ihren Augen nicht trauen, als in dieser Woche die Bilder von Karl Marx und Ferdinand Lassalle, zu der Serie der Dichter und Denker des 19. Jahrhunderts gehörig, plötzlich in den Rahmen prangten. Alles drängte sich heran, um die Männer zu bewundern, von denen man schon so oft erzählen gehört, deren Bilder man aber noch nie vor Augen gehabt hatte, und man ging hier und da Wetten ein, daß die Bilder wohl bald entfernt sein würden, wenn sie erst das wahre Gesichtsbild des Herrn Direktors erspähte. Und in der That, schon nach einer Stunde, als die Schüler in der nächsten Pause den Korridor passierten, machte dieser dem schändlichen Frevel ein jähes Ende und ließ an die Stelle der verpönten Marx und Lassalle die friedlichen... Peter Rossegger und Bret Harte hängen. — Der Staat aber war wieder gerettet!

Etwas vom Abendspüren. Ein merkwürdiger Fall von Körperverletzung oder so etwas ähnlichem wird nächstens die Strafkammer in Moabit beschäftigen. Vor einigen Tagen erzählte der Schriftsteller und Ingenieur Hans Dominik im „Berliner Tageblatt“ eine lehrreiche Geschichte, wie er einen Mann, den er als „Klavertiger“ etikettierte, aus seiner Nachbarschaft vertrieben habe. Er bohrte mit einem Köffelbohrer ein Loch durch die Decke seines Zimmers, brachte darin eine Glasröhre an und ließ dann in dem Augenblick, wo der Nachbar im oberen Stockwerk auf dem Marienkraut loslegte, Chlor und Schwefelwasserstoff durch die Decke strömen. Die Wirkung dieser Chemikalien ist nach der eignen Versicherung des Herrn Dominik die, daß sie endlosen Riestampf sowie permanenten Hustenreiz auslösen. Eigentlich geistvoll kann man diesen Rettungsversuch nicht nennen, doch der Erfolg sprach für ihn; der Klavertiger räumte notgedrungen die Wohnung. Aber mit der Vertreibung des Feindes und der Veröffentlichung des Siegesbulletins im „Tageblatt“ ist die Geschichte noch nicht zu Ende. Die Obdachlosigkeit ist an sich schon ein großes Unglück, aber ihr Elend wird noch verschärft, wenn zwei Leidensgefährten, nämlich der Mensch und sein treues Klavier, nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. In seiner Not wandte der Vertriebene sich nun mit einem Schreibbrief an uns, und ebenso anschaulich wie in dem Feuilleton des Herrn Dominik stand in der Aufschrift des Obdachlosen ein Loch durch die niederrädrigen Gistdüsse, die der Ingenieur nach oben gesandt hatte, die Seckrankeit vermittelte, ohne daß man allerdings Reiseflosten und die Gefahr des Ertrinkens zu riskieren brauchte. Dann kam das bittere Ende. Herr Dominik bietet seine Erfindung preiswürdig aus, aber die Nachbarn dieses Herrn wollen in gemeinsamer Aktion das Patent ansprechen und zwar nicht auf civilrechtlichem Wege, sondern durch Vermittelung des Staatsanwalts. So wird sich von neuem zeigen, daß die Acta der Sensationsprozesse noch lange nicht abgeschlossen ist.

Schmerzvoll bewegt bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ folgende wichtige Neuigkeit: „Aus einigen jüdischen Prekorganen, nachträglich auch durch den offiziellen Hofbericht, erfahren wir, daß der Kaiser gestern einem im Tiergarten wohnenden Großkaufmann, Herrn James Simon, seinen Besuch abgestattet hat. Der Kaiser erschien, wie diese Blätter melden, gegen 2 Uhr in Begleitung von drei Adjutanten vor der Villa des Herrn Simon in der Tiergartenstraße 15a, wo er von dem Besitzer empfangen und in die Räume der ersten Etage geleitet wurde, in denen die neuesten und seltensten Stücke der baltischen Ausgrabungen aufgestellt worden waren. Der Kaiser besichtigte die Antiquitäten mit großem Interesse und weilte etwa einviertel Stunden im Hause des Herrn Simon.“

Auktionen-Schiebungen finden trotz des scharfen Vorgehens der Aufsichtsbehörde noch immer statt und kommen ganz besonders zahlreich in der Cigarren- und Cigarettenbranche vor. Vielfach werden derartige Waren bei Lombard-Unternehmungen verpfändet und nicht wieder eingelöst, so daß die Lagergesellschaften genötigt sind, die Waren zwangsweise in den Verkauf zu bringen. Der „Unternehmer“ macht hierbei ein gutes Geschäft, da der die Lombardsumme und Aufkosten übersteigende Erlös dem Pfandgeber zufällt. Zur Herbeiführung von Zwangsversteigerungen wird ein recht eigenartiges System zur Anwendung gebracht. Diejenige Person, welche Gegenstände versteigern lassen will, läßt sich durch einen Teilnehmer an dem „Geschäft“ einen Zahlungsbefehl über eine fingierte Forderung zugehen, und da Widerspruch gegen denselben nicht erhoben wird, wird dieser rechtskräftig. Nun wird die Forderung dem Gerichtsvollzieher ordnungsgemäß zum Eintreiben übergeben, welcher die fraglichen Gegenstände nach einem entsprechenden Aufrufe des Gläubigers pfändet und die Zwangsversteigerung betreibt. In den Augen aus derselben teilen sich dann „Gläubiger“ und „Schuldner“.

Unglücksfälle beim Turnen. In der Sekunda der ersten Realschule in der Alexandrinenstraße ereigneten sich gestern beim Turnen zwei hintereinander zwei Unglücksfälle. Die Schüler mußten vom federnden Sprungbrett auf das hölzerne Pferd springen, wobei ein Schüler einen Armbruch und ein zweiter eine ernsthafte Beinbeschädigung davontrug. Die Anwendung des federnden Sprungbrettes wird in den meisten höheren Lehranstalten nur beim Turnunterricht der Prima gestattet. Namentlich für Schüler mit geringer Körpergröße ist jenes Sprungbrett ungeeignet. Mander Turner schaut vor dem Sprung zurück, fürchtet aber dann eine schlechte Note. Solche Schüler sollte man nicht zwingen zu turnerischen Leistungen, die, wenn sie misslingen, schwere Schädigungen herbeiführen können.

Im Vorort Reinickendorf war vorgestern ein Fabrikbrand ausgebrochen. Aus einem der Lagerhäuser der Maschinenbauanstalt von Hein, Lehmann u. Co. brachen plötzlich helle Flammen hervor. Der weitaus leuchtende Feuerstein alarmierte die Feuerwehre der benachbarten Orte, die der Reinickendorfer Wehr zu Hilfe eilten. Die Gefahr war dadurch besonders groß, daß nicht weit von dem Brande

Herz engeren Delfässer standen. Den Feuerwehren gelang es aber, den Brand nach etwa 1/2 stündiger Arbeit zu ersticken. Der Schaden ist ziemlich groß; die Entstehung ist noch nicht festgestellt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag unter anderem mit folgender Tagesordnung zu befassen: Berichterstatter über die Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Erweiterung des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenkrankenhauses und die Errichtung einer Station für Geschlechtskranke in dem Krankenhaus Moabit. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Ausführung der Fußböden in den Krankenzimmern des Rudolf Virchow-Krankenkrankenhauses. — Vorlagen, betreffend den Ankauf eines in Malchow gelegenen Mühlengrundstücks zu Niesfelde — und die Anstellung eines landwirtschaftlichen Direktors für die städtischen Niesfelde. — Berichterstatter über die Vorlage, betreffend die Satzungen für die Ausbildung und Anstellung von Schwestern für den Krankenpflegebetrieb der Stadt Berlin und die Oberin der städtischen Schwesternschaft. — Vorlagen, betreffend die Frequenz in den Gemeindefschulen am 1. November 1903. — ein mit den Nachbargemeinden getroffenes Abkommen bezüglich der Besteuerung von Hundeu neu anziehender Hundebesitzer. — die Bewilligung von Helau an städtische Arbeiter. — Zwei Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend: die Verbreiterung der Alexanderstraße. — bezw. die Verhandlungen wegen Eingemeindung der südlichen Seite der Straße Hofenheide.

Unter dem dringenden Verdacht der Hehlerei verhaftet wurde gestern morgen der Fleischermeister Stanislaus Hoffmann aus der Niesfelderstr. 73. Vorgestern mittig war vor der Markthalle in der Lindenstraße ein dem Großschlachtermeister Stanidi aus der Thierstraße 23 gehöriges Ferkel mit einer Fleischladung von zwölf Zentner Hammel- und Kalbfleisch von einem unbekannten Dieb gestohlen worden. Am Nachmittag wurde das beraubte Gefährt in der Dorfstraße zu Nichtenberg fahrerlos gefunden und dem Eigentümer wieder zugeführt. Dieser setzte schleunigst eine Belohnung auf die Ermittlung des Diebes bzw. des Hehlers aus. Daraufhin meldete sich gestern in aller Frühe ein Mann bei der Kriminalpolizei, der beobachtet hatte, wie gestern das gestohlene Fleisch bei dem Fleischermeister Hoffmann in der Niesfelderstr. 73 abgeladen worden war. Die polizeiliche Hausdurchsuchung bestätigte diese Angaben. Hoffmann hatte im Laufe des vorgestrigen Abends von den auf unredliche Weise erworbenen zwölf Zentner Fleisch, deren Wert auf 800 M. geschätzt wird, bereits 440 Pfund zu Schleuderpreisen abgesetzt. Der Rest wurde beschlagnahmt; Hoffmann selbst, der 34 Jahre alt ist und sein Geschäft seit einem halben Jahre betreibt, wurde in Haft genommen. Es besteht der Verdacht, daß Hoffmann Helfershelfer hatte, die ihm beim Ankauf und Vertrieb des Fleisches Dienste leisteten. Die Verhaftung dieser Leute steht bevor. Auch die Spuren des Diebes, der sich aus seiner Wohnung geflüchtet hat, sind bereits ermittelt.

Im Verfolgungswahn ist gestern gegen Mittag der in der Oranienstraße wohnende frühere Postbeamte M. vom Verdeck eines Omnibusses hinabgesprungen. Vor Jahresfrist etwa hatte M. in Potsdam eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, deren Vollstreckung jedoch seines krankhaften Geisteszustandes wegen unterbrochen wurde. Seitdem plagt ihn die fixe Idee, daß der Polizei-Inspektor des Strafgefängnisses ihn zu erneuter Einweisung verfolgen lasse. Als er gestern in Begleitung seines erwachsenen Sohnes die Friedrichstraße hinaufwahrte, erkrankte zufällig auch ein uniformierter Gefangenenaufseher den lustigen Sitt. M. erschau auf das heftigste und begann, zu dem Beamten gegendel, lebhafte zu schimpfen und zu gestikulieren. In dem Augenblick, als der Sohn zu dem Fahrgast hinrückte, um ihn über das seltsame Benehmen seines Vaters zu informieren, schwang dieser sich mit mächtigem Schrei über das Gelande der rollenden Wagens. Ueberfliegend stürzte M. auf das vorbeifahrende Kesselfahrad einer Schuhwarenfirma, dessen Fahrer dabei aus dem Sattel flog, und fiel dann auf das Trottoir. Hinzuende Passanten halfen dem Sohn, der seinen aufscheinend nur leicht betäubten Vater in eine Droßke packte und nach Hause beförderte.

Der Verein von Freunden der Trepow-Sternwarte (E. S.) hält seinen 112. Beobachtungabend am Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, auf der Trepow-Sternwarte ab. Auf der Tagesordnung steht ein Projektionsvortrag von Herrn Geheimen Bergrat Professor Dr. W. H. Schaffner: „Die Eiszeit in Norddeutschland“. Es werden die alten Urstomphiler, die Ablagerungen des Inlandeises, die verschiedenen Vereisungen und das erste Auftreten des Menschen in Norddeutschland besprochen. Vor dem Vortrag wird mit dem großen Fernrohr das dreifache Sternsystem Klamal im Löwen, und nach dem Vortrag der Orionnebel beobachtet. — Gäste haben Zutritt.

Die 264. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, im Schiller-Theater N. statt. Zur Aufführung gelangt „Kollege Crampton“, Komödie in fünf Akten von Gerhart Hauptmann.

Vorträge des Vereins für Volksgesundheitspflege. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr werden aus dem Gebiete der Gesundheitspflege folgende Vorträge in den Aulen der genannten Gemeindefschulen gehalten werden: Berlin N., Schwebestr. 23/24 spricht Herr Privatdocent Dr. Wendig über: „Die Krankheiten im Kindesalter und ihre Verhütung“. Berlin NO., Friedenstr. 23 spricht Herr Sanitätsrat Prof. Dr. Lazarus, dirigierender Arzt der Abteilung für innere Krankheiten des jüdischen Krankenhauses, über: „Das Herz in seiner Bedeutung für Leben und Arbeit“. Berlin N., Auguststr. 67/68 spricht Herr Dr. med. R. Leinhoff über: „Die Entstehung und Verhütung von Erläuterungsstörungen“. Berlin O., Mühlendammstr. 4/5 spricht Herr Medizinrat Dr. Leppmann, ärztlicher Leiter der Strafanstalts-Irrenabteilung, über: „Verst. und Nervenkrankheiten“. Berlin S., Dieffenbochstr. 60/61 spricht Herr Dr. med. R. Beerwald über: „Der Einfluß des Sonnenlichts auf die Gesundheit“. Berlin SW., Bergmannstr. 28/29 spricht Herr Prof. Dr. Kofin über: „Die Gesundheitspflege erwachsener Mädchen“. Der Zutritt zu sämtlichen Vorträgen steht jedermann unentgeltlich frei.

Im Apollo-Theater ist am Montag die Operette „Frühlingsluft“ zum hundertstenmal aufgeführt worden. Es versteht sich, daß die hauptsächlichsten Mitwirkenden wie Fräulein Augustin und die Herren Steidl und Rindl überdies durch Blumen- und Kränzchen gehet wurden. Im übrigen Teil des Programms zeichnet sich Herr Kettner aus, der durch seinen Humor zu wirken weiß. So in der Pfand-leiher-Scene und in der Kopie bekannter Bühnenkünstler.

Aus den Nachbarorten.

Parteigenossen! Seht die Wählerlisten zur Gemeindevahl bis zum 30. Januar nach oder beauftragt die an den einzelnen Orten bekannt gegebenen Personen mit der Durchsicht der Liste!

Liberalismus und Grundstücks-Spekulation in Wilmsdorf. Wie in den meisten Berliner Vororten, so spielt auch in Wilmsdorf der Liberalismus nur eine nebensächliche Rolle. Die Herren von Vestig halten durchweg zur Partei des Landrats, wie man in der Reichshauptstadt zur Partei des Magistrats hält, wobei, bei Licht besehen, die Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Weltanschauung zuweilen auch mit dem Mikroskop kaum zu erkennen sind. Immerhin besteht hier am Ort eine winzige Gruppe von Personen, die sich liberal nennen und die, in Ermangelung eigentlicher Prinzipien, nach einem äußeren Anlaß zur Agitation für die Gemeindevahlen umherschauen. Dieser Anlaß bot sich ihnen nach ihrer Meinung in die Grundstücks-Affäre, über die wir am Dienstag voriger Woche berichtet haben. Die Gemeinde sollte das Grundstück am Wilmsdorfer See, das sie zum Ausbau des projektierten Parks benötigt, von den Eigentümern Schöffen Namratz und Ingenieur Reumeyer zu teuer erworben haben. Wir setzten in unserem Bericht auseinander, daß der gezahlte Preis von 400 000 M. nach eingehender Prüfung als dem gegenwärtigen Wert des Grundstückes angemessen erachtet wurde, daß aber an sich die auf

dem Gebiete der Grundstücks-Spekulation herrschenden Zustände un-erträglich sind. Der Geldwert eines Grundstückes steigt in wenigen Jahren um das Doppelte, ohne daß der Eigentümer auch nur eine Hand zu rühren braucht; der leidende Teil ist natürlich der Mieter oder wie hier der Steuerzahler. Um nun zu zeigen, was der Liberalismus leisten kann, hatte der liberale Verein zum Montag eine Volks-versammlung einberufen, in der es gar merkwürdig zuging. Einer der Vereinsleiter, Amtsgerichtsrat Gauske, eröffnete die Versammlung und begann sofort über den auf die Tagesordnung gestellten Gegenstand zu reden. Eine Anfrage von social-demokratischer Seite, ob man denn in dieser ausdrücklich als Volksversammlung bezeichneten Zusammenkunft kein Bureau kon-stituieren wolle, wurde dahin beantwortet, daß zwar eine Volksversammlung abgehalten werde, daß aber die Leiter des liberalen Vereins in dieser ihrer Eigenschaft auch die prädestinierten Leiter der Versammlung wären. Man kam ein technischer, wenn auch nicht von besonderer Sachkenntnis zeigender Vortrag eines Maurer-meisters Groh, worauf Gemeindefürsprecher Prof. Wegschlag und die Gemeindevorstände Lambert und Herrmann die Rech-fer-tigung der Gemeindevorstellung vorbrachten. Eine gar merkwürdige parlamentarische Sitte trat hierbei in die Erscheinung. Jedesmal wenn ein Redner etwas gegen die liberalen Ansichten gesagt hatte, sprang der Vorsitzende der Versammlung auf, um sich einen mehr oder minder heftigen Ausschall gegen seinen Vorredner zu leisten; von parlamentarischen Pflichten hatte dieser Schlichter des Parlamen-tarismus offenbar keine Ahnung. Auf einen größeren Ton wurde die Diskussion durch einen Herrn Dr. Franke gestimmt, der auch seinem Vorgesetzten über den in „Vorwärts“ erschienenen Bericht Ausdruck gab. Der Gemeindevorsteher Schröder (Soz.) verurteilte dann das Wesen der Grundstücks-Spekulation und unterbreitete den Herrn Liberalen einen praktischen Vorschlag. Da die Eigentümer des in Frage stehenden Grundstückes wegen der Angriffe jetzt auf einer Expropriation beständen, möchten die Herren, die ausdrücklich betont hätten, daß man auch dem allgemeinen Besten Opfer bringen müsse, ihrerseits zeigen, daß sie von besserem Schläge seien als die Konservativen. Sie sollten das Grundstück zum amtlichen Tagwert erwerben und es dann zu dem ihnen mög-lich erscheinenden Preise, also mit einem wahrscheinlichen Verlust von 150 000 M. der Gemeinde überlassen. Auf diese Weise legten sie ihrer Selbstlosigkeit ein rühmliches Denkmal und erwürben sich im Fluge die ihnen heute fehlenden Sympathien der Bürgerschaft. Leider ging keiner der Herren auf diesen Vorschlag ein. Die Ver-sammlung zog sich noch bis weit nach Mitternacht hin und ging schließlich unter allgemeinem Lärm resultatlos auseinander.

Neu-Weisensee. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung wurde der Genosse Garz eingeführt. Bei der Einführung betonte der Gemeindevorsteher, er bedauere, daß er die Einführung nicht schon früher vornehmen durfte, da aber durch die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts alle Zweifel über die Angelegenheit gehoben seien, so sei doch jetzt Klarheit geschaffen über die Aus-legung des § 41 der Landgemeinde-Ordnung, das gerechte nicht nur Weisensee sondern auch anderen Gemeinden zum Vorteil. — Dann wurde die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 M. beschloffen. Diese soll zur Dedung für nachstehende Posten dienen: Ankauf des Grundstückes Albertenstraße 6 135 000 M., Bau des Dienstgebäudes 125 000 M., für Straßensanierungen 100 000 M., Bau eines Armenhauses 60 000 M., Restzahlung für die Kläranlage 20 000 M., für Aufstellung von Anschlagtafeln, Bedürfnisanstalten usw. 10 000 M., zur Stärkung des Betriebsfonds 50 000 M. Die Anleihe wird der Regnier Kreis-Sparkasse entnommen, mit 3/2 Proz. verzinst und mit 1 Proz. amortisiert. — In der Prozeßsache eines Grundbesizers gegen die Gemeinde wurde einem Vergleich zugestimmt. Der Betreffende führt den Prozeß bereits seit 9 Jahren wegen Entwertung seines Grundstückes, da durch die wohl nicht ordnungsgemäße Verlegung der Röhren der Kanalisation, bei starken Regengüssen sein Grundstück regelmäßig überschwemmt wurde. Da der Prozeß für die Gemeinde ungünstig steht, werden dem Besitzer 4000 M. gezahlt, hinzu kommen noch die Kosten des Rechtsstreits in ungefähre Höhe von 3000 M. Die Sünden der Väter rächen sich an ihren Kindern. — Die Vergebung der Abfuhr des Straßengeräts zeitigte eine längere Debatte, weil auf die Ausdehnung zwei Gebote in ver-schiedener Höhe einließen und durch Verstoß eines Mit-gliedes der Kommission wider Treu und Glauben der höhere Submittent von dem niedriger Gebot Kenntnis erlangte und dem-zufolge sein Gebot in gleicher Höhe änderte. Unse Genossen be-nutzten die Gelegenheit, auf die Schädlichkeit des Submissions-wesens hinzuweisen und empfahlen, die Abfuhr in eigene Regie zu übernehmen. Jedoch fanden sie nicht das richtige Verständnis bei den bürgerlichen Herren. Meinte doch einer von ihnen: „Da müßten wir erst Pferdefälle bauen und dann ist es mit dem Pferdekaufen auch so eine eigne Sache“ und dergleichen mehr. Solche Intelligenzen sitzen an der Grenze der deutschen Metropole in der Gemeindevorstellung. Das Projekt des Anschlusses der Gemeinde Weisensee an die Kanalisationsanlage von Neu-Weisensee ist infolgedessen gescheitert, als Weisensee den von uns vorgelegten Entwurf ab-lehnte und neue Anträge stellte, welche der bestehenden Kommission zur Erledigung überwiesen wurden.

Für das Nixdorfer Gewerbegericht werden die Erwahler für die angeführten und auszulösenden Beisitzer im Februar statt-finden. Der Wahltag ist noch nicht bestimmt. Im Anschluß an die nächste Sitzung des Gerichts wird die Auslösung des Beisitzers erfolgen, das in diesem Jahre auszuschreiben hat. — Prozesse wurden 572 im Jahre 1903 beim Gewerbegericht Nixdorfs anhängig gemacht, gegen 486 im Jahre 1902. Das Gericht erledigte: durch Ver-gleich 208, durch Anrechnungsurteil 15, durch Versäumnisurteil 69 und durch sonstige Endurteile 110. Für ruhend erklärt wurden 42 Klagen, 79 wurden zurückgenommen und 31 mit anderen Klagen verbunden, eine einem anderen Gericht überwiesen. Von den bereits 1902 angehängten Klagen schwebten beim Beginn des Jahres 1903 noch 58. Sie erledigten sich wie folgt: durch Vergleich 6, durch Versäumnis-urteil 8, durch ordentliches Endurteil 11. — 24 wurden für ruhend erklärt und 9 zurückgenommen. — Auf das Vorgehen entfielen die meisten Streitigkeiten, nämlich 193 der angehängten 572 Klagen. Es wird deshalb an leitender Stelle gemahnt, daß das Vorgehen bei der Belegung der Beisitzerstellen verhältnismäßig berücksichtigt werde. Das geht namentlich die Arbeitgeber an, die nicht genügend durch Leute aus dem Vorgehen vertreten sind.

Steglich. 7000 M. für Errichtung zweier Scheunen auf dem Niesfeldgut Klein-Bietzen, 5000 M. Nachbewilligung für Straßen-reinigung, desgleichen 3000 M. für Verschönerung der öffentlichen Plätze und rund 770 M. für Mehrbeträge zur Witwen- und Waisen-lasse, ferner 3000 M. für Kostensarbeiten, 2000 M. für ein Kaiserbild im Rathausaal, 100 M. für Musik und Aus-schmückung des Rathausaales gelegentlich des Kaiser-geburtstags-Festens, 500 M. für ein halbes Freibett für in der zu errichtenden Lungenheilstätte der Provinz Brandenburg — das war das Resultat der Beratung der ersten acht Punkte der Tagesordnung der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung. Das danach das Gehalt der Gemeindefürsprecher um Gehaltsaufbesserung und dasjenige der untergeordneten Gemeindefürsprecher um Gleichstellung mit ihren verheirateten Kollegen in Bezug auf Wohnungsgeld abgelehnt wurde — du lieber Himmel, das war eben das Recht unserer Jugend-erzieher, daß diese Sachen erst als Punkte 10 und 11 der Tagesordnung standen; die Versammlung konnte doch nicht den ganzen Abend Geld bewilligen, wemgleich unsere Finanzen sehr günstig stehen sollen. Wenn man außerdem die Gründe gegen die Gehalts der Lehrer berücksichtigt und beherzigt, daß denselben erst im Vorjahre die Alterszulagen um 25 M. erhöht wurden“ und es für einen unverheirateten Lehrer leicht ist, ein Zimmer für 30 M. monatlich zu bekommen, so daß er „von den 400 M. Wohnungsgeld sogar noch bare 40 M. sparen kann“, so wird man der Weisheit für die Ablehnung nur dankbar sein können. Zum Schluß wurde noch eine Kommission gewählt, welche sich mit der Frage der Errichtung eines kollegialen Gemeindevorstandes be-fassen soll.

Abwehrhof. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung wurde das Ortsstatut betr. die Gewährung von Ruhegehältern für die Gemeindevorsteher einer Abänderung unterzogen. Es wurde fest-gesetzt, daß bei Militärämtern deren bisherige militärische Dienst-zeit bei Gewährung des Ruhegehälts in Anrechnung kommt, während diejenigen Beamten, welche nicht Militärämter sind, einen An-spruch auf Ruhegehalt erst durch 10-jährige Tätigkeit am Ort erwerben. — Ein Antrag des Gemeindevorstehers auf Ver-förderung von Beamten und Gründung der erforderlichen Stellen wurde von der Vertretung abgelehnt, doch wurde dem Beamten, der das Armenwesen bearbeitet, eine Stellen-zulage von 200 M. jährlich bewilligt. — Als im letzten Frühjahr die Straßenreinigung in Submission ausgeschrieben wurde, machten auch die hiesigen Ebeleute in Köpenick ein An-gebot in Höhe von 1200 M., welches hinter dem niedrigsten Abwehr-hofer Angebot um 1800 M. zurückblieb. Die socialdemokratischen Vertreter wiesen schon bei der Vergebung darauf hin, daß bei einem derartigen Angebot unmöglich auf gute Reinigung zu rechnen sei, oder aber die Bezahlung der Arbeitskräfte vollständig ungenügend sein müsse; doch wurde gegen die Stimmen der Social-demokraten dem niedrigsten Angebot der Zuschlag erteilt. In der letzten Sitzung lag nunmehr ein Antrag des Unternehmers auf Nachbewilligung von wöchentlich 10 Mark vor. Nachdem sich die socialdemokratischen Vertreter gegen den An-trag ausgesprochen hatten, wurde er der Straßbau-Deputation zur Prüfung überwiesen. Hoffentlich wird die Deputation konsequent genug sein, die Ablehnung dieser Forderung zu be-antragen. — Bei der Auslösung eines Gemeindevorstehers, an welcher auch unser Parteigenosse Kretschmar beteiligt war, traf das Los den Vertreter der I. Abteilung Herrn Kriech, da aber der frei-sinnige Vertreter der III. Abteilung, Herr Wiesner, am 1. April er. ausscheidet, wird die Beteiligung unserer Partei an der Gemeindevor-ster-Wahl im März davon abhängen, ob wir in der Lage sind, einen geeigneten Hausbesitzer als Kandidaten aufstellen zu können.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. „Nichts gelernt und alles vergessen“ scheint die bürgerliche Mehrheit der hiesigen Stadtverordneten zu haben, denn sonst würde sie nicht schon wieder unsere Parteigenossen in der Versammlung so dreist heraus-gefordert haben, wie dies bei den Aussch. und Deputations-wahlen in letzter Sitzung geschah. Dagegen unsere Parteigenossen zufolge ihrer Stärkezahl Anspruch auf mindestens je zwei Sitze in den einzelnen Ausschüssen zu erheben, gestand man uns doch nur einestheils einen Sitz zu, oder aber man schloß die Socialdemokraten von verschiedenen Posten überhaupt aus. Stadtver. Pieper legte namens unserer Genossen gegen dieses Ver-fahren entschiedene Verwahrung ein und Stadtv. Rieger appellierte an die öffentliche Meinung, welche über diese eklatante Mißachtung der Rechte der Minderheit richten solle.

Eine längere Debatte rief die Magistratsvorlage betr. Kende-rung der Umsatzzsteuer-Ordnung (Erhöhung der Umsatzzsteuer für unbebaute Grundstücke von 1 Proz. auf 1 1/2 Proz.) hervor. Unse Parteigenossen traten durch Müller, Dula und Rieger entschieden für eine weitere Erhöhung dieses Steuerfußes um 1/2 Proz. d. i. auf 2 Proz. ein! Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, ebenso — allerdings mißverständlicher-weise — die Magistratsvorlage. Diese soll nun dem-nächst erneut eingebracht werden. Rahezu zwei Stunden lang beschäftigte sich alsdann noch die Versammlung in geheimer Sitzung mit dem socialdemokratischen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der gegen die Verwaltung der städtischen Gasanstalt vorliegenden Beschwerden. Der Antrag, der sehr eingehend von unsern Genossen begründet wurde, erfuhr — wie dies bei dem oft genug bewiesenen Charakter der Versammlung kaum anders zu erwarten war — Ablehnung, wohingegen die bürgerliche Mehrheit folgende Vertrauenskundgebung für den Magistrat votierte:

„Auf Grund der Verhandlungen in der heutigen Stadt-verordneten-Sitzung, insbesondere der umfassenden Erklärungen des Magistrats, und den von der Gasdeputation geführten Ver-handlungen hält die Stadtverordneten-Versammlung die gegen den Magistrat und Magistratsmitglieder in der Öffentlichkeit vor-gebrachten Beschwerden für unbegründet und kann daher die beantragte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht für notwendig erachten.“

Nixdorf. Beim Kaiser Friedrich-Realschulung und der Ober-Realschule fanden bisher Einschulungen von Anfängern nur immer zum April statt und wer nicht bereit wurde, kam wegen des Mangels von Wechselconten um ein ganzes Jahr zurück. Der Ab-änderung dieses Uebelstandes war die städtische Verwaltungs-Deputation für die höheren Lehranstalten Nixdorfs schon vor längerer Zeit näher getreten. Es kam schließlich auch zu einem Beschlusse auf Einführung von Wechselconten. Der Magistrat hat jetzt den Beschluß der Deputation genehmigt, der vom kommenden 1. April ab zur Durchführung kommen soll. Neueinschulungen können nunmehr auch im Oktober erfolgen. — Der Magistrat stimmte auch den Beschlüssen der Deputation zu, welche die Aus-führung eines Erweiterungsbau der Anstalt auf dem angrenzenden Terrain bezwecken. Durch den Bau sollen die Räume zum völligen Ausbau einer der beiden Lehranstalten und zu einer für beide An-stalten genügenden Vorhalle beschafft werden. — Zum Decernenten der städtischen Betriebs-Krankenkasse ist Stadtrat Weinreich ernannt worden. — Der Magistrat lehnte ein Gehalt der in städtischen Be-trieben beschäftigten Personen ab, welches darin ginge, ihnen An-stellung auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung zu gewähren. Dem Kommissionensbeschlusse auf Festsetzung einer Lohnstala für das Personal der städtischen Pflege-Anstalten wurde zugestimmt.

Die Verlängerung der sog. Brachstraße Schöneberg-Friedenau-Steglich nach Groß-Lichterfelde hinein ist nunmehr gesichert. In der vorgestrigen Sitzung der Groß-Lichterfelder Gemeindevorstellung wurde eine Vorlage des Gemeindevorstehers in 1. und 2. Lesung angenommen, welche die völlige Umwandlung der unansehnlichen, schiefen oder gar nicht gepflasterten Chausseestraße in eine vornehme Hauptverkehrsstraße bezweckt. Diese wird sich an den Steglitzer Aus-lauf der Brachstraße anschließen und bei einer Breite von 32 Meter, die nur auf der Lichterfelder Dorfseite eine Einengung erfährt, bis zum Schnittpunkt der Draße-, Jeshendorfer- und Teltowerstraße in einer Länge von 2450 Meter geführt werden.

Die Rummelsburger Gemeindevorstellung hat in ihrer vor-gestrigen Sitzung beschloffen, die Zahl der Schöffen von vier auf sieben und die Zahl der Gemeindevorsteher von 15 auf 24 zu er-höhen. Die Neuwahlen sollen im März stattfinden. Auf die An-frage der Gemeinde an den Landwirtschaftsminister, warum der Gemeinde Rummelsburg die Viehmärkte genommen wurden, ist jetzt eine Antwort eingegangen. Die Rummelsburger sanitärpolizeilichen Einrichtungen werden darin als ungenügend und die von Friedrich-sfelde geeigneter für die Abhaltung der Viehmärkte bezeichnet.

Vermischtes.

Einrichtung einer Frau. Die Witwe Frau Rehbogda aus Köblau, die wegen Ermordung ihrer drei Ehemänner zum Tode ver-urteilt worden war, ist gestern früh in Allenstein hingerichtet worden. Die große Ueberschwemmung in Bloemfontein, über die wir schon kurz berichteten, ist durch Versten des außerhalb der Stadt ge-legenen Wasserbehälters, der durch anhaltende Regenfälle überfüllt war, verursacht worden. Zwanzig bis dreißig Personen sind er-trunken. 176 Häuser wurden zerstört. 197 Personen sind obdachslos und erhalten von den Gemeindefürsprechern und der gesetzgebenden Versammlung Unterstützung.

Im Schneesturm entseht. Wie aus Wien gemeldet wird, ent-gleiten infolge eines orkanartigen Schneesturmes bei Wroclaw zwischen Enn und Spalato die Lokomotive und vier Wagen eines Zuges und stürzten von dem 20 Meter hohen Bahndamm hinab. Ein Reisender wurde getötet, zwölf verletzt.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Neues Königl. Opern-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Manon.
Schauspielhaus, im alten Götzen.
Deutsches. Rote Bernb.
Residenz. Alt-Heidelberg.
Zeffing. Juchentrich.
Weisen. Martha.
Hess. Minna von Barnhelm.
Residenz. Der leuchtende Glanz.
Central. Das Schwabennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Herr.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Compagnon.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Kollege Crampton.
Enken. Der Sohn der Wildnis.
Meines. Elektra.
Trianon. Madame X.
Carl Weiss. Die Kreuzschreiber.
Apoll. Frühlingluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.
Gez. Herrfeld. Nur eine Nacht.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Salma. Die einst im Mai. Die Wenzel.
Winter-Garten. Otéro. Otto Reuter. Spezialitäten.
Vogel-Theater. Entführung. Spezialitäten. Anfang 3 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Erdball als Träger des Lebens.
Anfang 4 Uhr: An den Seen Oberitaliens.
Im Oberaal abends 8 Uhr: Prof. Müller: Unser Ohr und seine Einrichtung.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 1a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Schwabennest.
Sonabendnachmittag 4 Uhr: Andern-vorstellung. Jeder Erwachsene ein Kind frei. Halbe Preise:
Der gestiefelte Kater.
Nächstenmal in 4 Bildern mit Gesang und Tanz.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Sohn der Wildnis.
Donnerstag: Otello.
Freitag zum erstenmal: Sean.
Sonabend: Der leuchtende Glanz.
Sonntag: Der leuchtende Glanz.
Abends: Sean.
Montag: Der leuchtende Glanz.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Anfang 8 Uhr! Köpnickstr. 67.
Zum GASTSPIEL AD. PHILIPP Ueber'n
145. GROSSEN TEICH
MALE:

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem reizenden Ballett Blütenhochzeit.
9 1/2 Uhr: Die glänzenden Januar-Spezialitäten.
Programm: Selma Braatz.
Miss Blanche Sloan. Les Perez.
Little Pich. Martin Kottner mit neuen Schlagern.
Messers Biophon und Kasmograph.
Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Das bemooste Haupt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag:
Benefiz für Arthur Seelen.
Onkel Bräsig.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Luftspiel in 4 Akten v. Ad. Wörange.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Freitagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzstr. 7/8. Amt VI 283.
Direktion Jean Kron und Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Ausstattungspantomime in 4 Akten.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Krebse.**
Hierzu: Der Raub der Sabinerinnen.

Cirkus Schumann.

Eröffnung 6 Meter.
Heute zum 50. Male:
Die größte Ausstattungspantomime der Gegenwart.
Eine Wanderung durch acht Jahrtausende.
Herrn Julius Seeths einzig dastehende 25 männlich dressierte Löwen. 25 Immer das Neueste.
Die phänomenale offene Loop.
Greatest Kunst. Anelliotti.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
An den Seen Oberitaliens.
8 Uhr: Prof. Müller: „Unser Ohr und seine Einrichtung.“
Invalidenstr. 57/62.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Potzdammstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: Die Wenzel und das brillante Januar-Programm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der ver-tauschte Sohn.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen **Herkules-Brüder**
Der Indianer-Riese **Mianko Karoo.**

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung
LAPZIGER-STRASSE 10
Täglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
„Wieder ein neuer grosser Erfolg!“
lautet die einstimmige Kritik der gesamten Presse über die H. und D. Herrnfeldsche Komödie:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe mit den Autoren in d. Hauptrollen.
Premier: Januar-Attraktionen mit Bendix.
Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Enthauptung
einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schlagern:
Die kleine Garnison.
14 neue oraklassige Nummern.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungspompe mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonabend, den 23. Januar 1904:
II. grosser Metropol-Theater-Ball.

Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.
Heute abend 8 Uhr:
Benefiz für Hans Reitz u. Karl Pohlig.
Zum erstenmal:
Das Millionennädel.
Lebensbild mit Gesang in 5 Bildern von Jacobson und Witten.
Epner, Schloffermeister: Hans Reitz.
Julius Victor Schumann: K. Pohlig.
Kaufmann: Familienkränzen ohne jede Nachzahlung.
Vorher abend 8 Uhr:
Das Millionennädel.
Freitagabend 8 Uhr: Elftorstellung: **Othello.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Unterbreitsstrasse.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: „Biscotte.“

Carl Weiss-Theater.

Grosse Frankfurter Strasse 132.
Wöchentliche Woche des Oberbairischen Bauern-Theaters.
Der Kreuzschreiber.
Vollständig mit Gesang und Tanz von 2 Angenreudern.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Die Loni von Oberammergau.

Fröbel's Allerlei-Theater

fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebtesten Zimmermanns Norddeutsch. Säger.
Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.

Steidl-Theater

Linien-Oranienstrasse 132
Oranienburger Thor.
Neu! Das Neu!
teure Vaterhaus.
Lebensbild von Fritz Steidl.
Letzte Woche:
„Der grosse Cohn.“
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli. Georg u. Papi Wagner.
Berliozzi-Milliardo-Renas.
Zum Schluss: 8 S. Zum Schluss.
Zeitkomödie mit Gesang.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.
Jun 28. Male:
Mus den Alpen.
Besonders bemerkenswert:
Der Automobilsturz.
Die Original-
Difene Schleife
(6 Meter Sprung).
- Hr. Richard Sawade -
mit seiner berühmten
Tiger-, Löwen- und Bären-Dressur.
Die besten Clowns der Welt:
Robert Belling, Gebrüder Fratellini u. Alfr. Daniels.

Bernhard Rose-Theater

Gefährdungen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 20. Januar 1904:
Der jüngste Lieutenant.
Pompe mit Gesang in 3 Akten von E. Jacobson.
Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
Harry Rochez Hundedresseur.
Wood u. Sales Amerik. Excoctric.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clifton
Amerik. Kunstschützin.
Meers u. Oms Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Giffard Pariser Opernsänger.
Mlle. Olerio Spanische Tänzerin in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thores Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalsgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Etablissement Suggenbogen
Moritzplatz.
Am Kaiserlauf:
Künstler-Ensemble „Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
In den unteren Sälen:
Görlich-Konzert und Vokalierfest.

Sanssouci.
Königsplatz.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger
und **Tanzkränzchen.**
Neu! Neu!
Grüneberg, gehen Sie mit nach's Eierhaus.
Vorzugskarten an allen Wochentagen gültig.
Jeden Dienstag: Theaterabend.

Germania-Prachtsäle
Chansestr. 100. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Sänger
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Reichshallen
Stettiner Säger.
Anfang 8 Uhr.
Bodenstr. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Zur Probe! Beste Rasiermesser der Welt!
empf. gegen Nachnahme od. vorh. Rück-geld.
Gehaltvoll, feine, Schlingen, Stahlwarenfabrik und Versand.
Diamantstahl-Rasiermesser M. 2.
dopp. Silberstahl M. 2. - mit Stahl.
Schneidmesser mit Gold M. 1.20. Silber u. Stahl M. 0.50. Serie M. 2.40. Silberstahl M. 2.40. Komplett. Rasier-garnitur in feinem Etui M. 8.-
Katalog mit über 3000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren, Seifen, Wägen, Feder-, Gold- u. Silberwaren, erhält jeder franco, umsonst. Bitte zu verlangen. Für Wieder-verkäufer beste Bedingungen.
Schreibzettel verbieten.

Konsum-Verein

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
zu Charlottenburg.
Bilanz für das Geschäftsjahr 1902/03.

Aktiven.	Passiven.
Staffe 984,33	Dispositionsfonds 216,79
Baren 13 167,28	Geschäftsantheile 13 236,49
Zuwendungen 6 251,54	Reservefonds 1 608,13
Einrichtung 300,-	Produktionsfonds 93,05
Kautionsen h. d. Gasanstalt 130,-	Rückvergütung 1901/02 6,02
Debitoren 253,26	1902/03 67,53
Guthaben bei der G. E. G. 440,25	(nicht erhoben)
	Personal-Unterstützungsfonds 93,05
	Creditoren 540,71
	Reingewinn 6 675,09
	21 526,66

Mitglieder-Bewegung.

Stand am 15. Oktober 1902 905	
Im Laufe des Jahres eingetreten 133	1038 Mitglieder
Ausgetreten durch Verzug usw. 79	
Stand am 14. Oktober 1903 959	959 Mitglieder
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betragen	
am 15. Oktober 1902 29. 6 076,41	
Zuwachs im Jahre 1902/03 3 260,08	
Gesamtbeitrag am 14. Oktober 1903 29. 12 236,49	
Die Gesamtsumme der Mitglieder betrug	
am 15. Oktober 1902 29. 27 150,-	
Zuwachs im Jahre 1902/03 1 020,-	
Gesamtbeitrag am 14. Oktober 1903 29. 28 770,-	

Der Vorstand.
E. Ruck. H. Sellin. G. Pajack.
Charlottenburg, 19. Januar 1904.

Königsberger Geld-Lotterie.
Staatlich genehmigt. Ziehung 16. u. 17. Februar 1904.
11 386 Geld-Gewinne im Betrage von 267 500 Mark bar.
Die Hauptgewinne sind: 4037 L.
100 000, 20 000, 10 000, 5000, 3000 Mk. etc.
Lose a 3 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen **Nachnahme und Briefmarken** Berlin W.
Werner & Co., Bank-Geschäft, Friedrichstr. 193/199, Ecke Krausenstr.
Telegr.-Adr.: Millionensecke.

Gegen Monatsraten von 2 Mk.
an liefern wir
Musikwerke selbstspielende sowie
Orainstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.
Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Beispiele und unbespielte Wälzer in Qualität.
Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.
Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Inventur-Ausverkauf!
Nach beendeter Inventur sind die Preise auf **33 1/3 %** herabgesetzt. Jede Hausfrau benutze diese günstige Gelegenheit!
Teppichhaus B. Adler & Co.
Königsstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse, im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Nähr Malzkaffee
bestes und nahrungs Genussmittel
Ceylon Kaffeeersatz

Steppdecken
4025 L.
Gelegenheitskauf.
Wollatlas, alle Farben 4,85
Similiseide, alle Farben 6,00
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstrasse 158.
Rob-Tabak, Tempelstr. 3
S. Nauen, u. d. Schwebelstraße

Ceylon-Malzkaffee
u. Kaffee-Fabrik
Röhrsdorf-Chemnitz.
Vertretung und Engros-Lager bei **E. Borgmann, Berlin.**
Fernsprecher IX 7054 Pariserstr. 2.
Fener-Versicherung.
Für Aufnahme von Versicherungs-Verträgen ohne Agentur- u. Aufwandsgebühren empfiehlt sich **H. Behensee, Johannstr. 13.**

Verfammlungen.

Rückblick auf das Jahr 1903.

Ueber dieses Thema sprach am Montagabend in der „Urania“ in der Brangelstraße Genosse Singer. Die Versammlung war so stark besucht, daß das überfüllte Lokal kurz nach 8 Uhr durch die Polizei abgesperrt wurde. Viele Besucher fanden keinen Einlaß mehr. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der verstorbenen Mitglieder Daus, Brind und Jander in der üblichen Weise. Dann nahm Genosse Singer das Wort. Er betrachtete zunächst die Wahlkämpfe des verflochtenen Jahres. Das gewaltige Anwachsen der bei der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen sei der Ausdruck der in den weitesten Kreisen des Volkes herrschenden Unzufriedenheit mit der Politik, welche die Regierung, unterstützt durch die bürgerlichen Parteien, treibt. Der Stillstand, ja der Niedgang auf dem Gebiet der Sozialreform, die Begünstigung einer kleinen Minderheit Besitzender und die Schädigung der großen Masse der Beschäftigten durch die Zollpolitik, das Bestreben, die Arbeiterbewegung niederzuhalten; das seien die hauptsächlichsten Gründe, weshalb das Volk mit der Regierung unzufrieden ist, und sich deshalb auf die Seite der Sozialdemokratie stellt. Nicht in letzter Linie erzeuge auch die fortgesetzte Erhöhung der Aufwendungen für Militär, Marine und Kolonialpolitik die Unzufriedenheit der breiten Massen, und so sei nichts natürlicher, als daß sich der Sozialdemokratie, welche diese Politik von jeher bekämpft hat, neben den Stimmen der eigenen Anhänger auch die Stimmen derer zuwenden, die mit der Politik der Regierung und der herrschenden Parteien nicht einverstanden sind. Wohin die deutsche Kolonialpolitik führt, das werde uns jetzt durch die Vorgänge in Deutsch-Südwest-Afrika vor Augen geführt. Der Reichskanzler hat einen Kredit gefordert zur Bekämpfung des Aufstandes des Eingeborenen. Natürlich wird das Deutsche Reich in der Lage sein, die armenischen Negers zu zerschmettern, aber das geschätzte Besitztum der deutschen Anführer kann dadurch nicht wiederhergestellt werden. Die deutschen Soldaten werden nun als Raubheer in Afrika aufzuziehen. Dieser Raubzug wird der Anfang der Kolonialkriege sein, welche die notwendige Folge der deutschen Kolonialpolitik sind. Wir werden dahin kommen, eine Kolonialarmee zu errichten, welche die Last, die der Militarismus dem Volke auferlegt, noch vermehrt und eine Quelle des Leidens für das deutsche Volk wird. Es wird dahin kommen, daß in der Geschichte der deutschen Kolonialpolitik jedes Blatt mit Blut bescheiden ist. Diese Kolonialpolitik, besonders aber die Zollpolitik der Regierung hat das Volk aufgerüttelt, und es will, indem es für die Sozialdemokratie stimmt, die Folgen dieses unseligen Politik abschütteln.

Nach der Betrachtung der Reichstagswahlen sei ein Blick auf die preussischen Landtagswahlen geworfen. Daß wir keine Mandate erhalten haben, das hat diejenigen, welche dieser Wahl von Anfang an mit kühler Ruhe gegenüberstanden, nicht überrascht. Es fehlt eben bei der Landtagswahl das, was unsern Erfolg bei den Reichstagswahlen verbürgt: das gleiche Wahlrecht. — Bei dieser Gelegenheit — sagte der Redner — will ich auch im Hinblick auf die Interessen der Partei den Genossen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises danken, welche die Wahlagitator zum Reichstagswahlkampf organisiert und es durch ihre aufopfernde Arbeit dahin gebracht haben, daß Berlin IV mit an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie marschiert. — Die preussischen Landtagswahlen haben bewiesen, daß unter dem Dreiklassenwahlrecht eine gerechte Vertretung des Volkes nicht zu erwarten ist. Wenn es uns auch nicht gelang, Kandidaten durchzubringen, so hatte unsere Wahlbeteiligung doch das Gute, daß den Massen die Augen geöffnet wurden über die volksfeindliche Natur dieses Wahlrechts. So lange dieses Wahl-

system herrscht, kann der Geist der Freiheit und des Fortschritts in den preussischen Landtag nicht einziehen, und es ist auch nicht zu erwarten, daß durch den Landtag das Wahlrecht verbessert wird. In dieser Hinsicht kann nur der Reichstag Abhilfe schaffen durch ein Gesetz, welches bestimmt, daß die Landtage der Einzelstaaten auf Grund der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl zusammengefaßt werden. — Wir, die als Gegner der Wahlbeteiligung zum preussischen Landtag uns als Parteigenossen dem Parteitag beischließen, haben auf Mandate nicht gerechnet. Trotzdem brauchen wir die Agitation und die Arbeit, welche uns diese Wahlen verursachten, nicht zu beklagen. Auch diese Wahlarbeit war nicht vergebens, denn sie hat die Zahl unserer Anhänger vermehrt und unsere Reihen gestärkt. Wir können mit dem Erfolg zufrieden sein. Das sage ich nicht, weil ich hinsichtlich der Landtagswahl meine Ansicht geändert habe, sondern weil ich dies für den einzigen Nutzen hielt, den uns die Landtagswahl bringen konnte. Wir in Berlin brauchen uns gar nicht über die Ergebnisse der Wahlarbeit zu beklagen. Wenn der Südosten zum vierten Landtagswahlkreise gehörte, dann hätten wir ihn jedenfalls erobert. Besonders Lob gebührt auch den Genossen des dritten Landtagswahlkreises, die nahe daran waren, den Kreis aus eigener Kraft zu erobern. — Nach dem Ausgang der Landtagswahlen werden auch denen die Augen geöffnet sein, welche sich in dem Glauben wiegten, daß von dem bürgerlichen Liberalismus eine ernstliche Bekämpfung der Reaktion zu erwarten sei. Wer dieses Glaubens war, wird jetzt eingesehen müssen, daß auf den Liberalismus keine Hoffnung zu setzen ist. Diese Erkenntnis ist auch ein Erfolg der Wahlen.

Eine weniger bedeutende Erscheinung im vergangenen Jahre sind die Stadtverordneten-Erwahlungen, wo die Sozialdemokratie ebenfalls geschlossen gegen die bürgerlichen Parteien vorging, um die dritte Wählerklasse mehr und mehr für die Arbeiter zu erobern.

Nach der Betrachtung der Wahlkämpfe beleuchtete Genosse Singer die gegenwärtige Situation. Anknüpfend an die Rede des Reichskanzlers gegen Veblen meinte der Redner, man könne ein Gefühl der Beschämung nicht unterdrücken, wenn man sieht, mit welcher Inkenntnis der erste Beamte des Reiches der größten Kulturbewegung der Gegenwart gegenübersteht. Ein Gefühl des Efels aber erzeuge es, wenn die bürgerliche Presse dieses Auftretens des Reichskanzlers verberberlicht. Diese Vorgänge beweisen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht im Stande ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und daß sie deshalb ihre Zuflucht zur Gewalt nehmen möchte. Es weht zur Zeit ein scharfer Wind gegen die Sozialdemokratie, so daß man sich in die Situation vor dem Sozialisten-Gesetz zurückversetzt fühle. Jedenfalls herrsche in maßgebender Kreise die Meinung, daß gegen die Arbeiterbewegung gar nicht scharf genug vorgegangen werden könne. Eine kleine aber mächtige Partei sehne den Augenblick herbei, wo die Staatsgewalt gegen die sozialdemokratische Bewegung ins Feld geführt werden könne. Von unserer Seite würde dazu jedoch keine Veranlassung gegeben werden. Das aber auch kommen möge: die Sozialdemokratie werde den Weg, den sie bisher wandelte, nicht verlassen. Sie werde nicht säumen, durch positive Arbeit die Lage der arbeitenden Klasse in der Gegenwart zu verbessern, sie werde dabei aber keinen Augenblick unterlassen, Propaganda zu treiben für ihr großes Ziel: Befreiung der bürgerlichen und Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Keine Gewaltmaßregeln können die glühende Begeisterung für dieses hohe Ziel in den Köpfen und Herzen der Arbeiter auslöschen.

Der Redner schloß seinen 1 1/2 stündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag damit, daß er die Parteigenossen aufforderte, den Wahlverein, als die Stelle, welche die Vorarbeiten für die Erreichung unserer Ziele zu leisten hat, zu stärken, damit die Organisation auch in Zukunft ebenso erfolgreich für die Parteinteressen wirken könne, wie sie es bisher getan hat.

Zur Diskussion nahm niemand das Wort. In einer kurzen Pause, die nach dem Vortrag eintrat, ließen sich gegen 100 neue Mitglieder aufnehmen.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die erste Versammlung, welche der Verein im neuen Jahre abhielt, einen so starken Besuch und einen so guten Erfolg aufweist, er wünschte, daß der Eifer der Parteigenossen auch im Laufe des Jahres nicht nachlassen möge.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 16. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Die russische Hegemonie. — Ein jüdisches Judentum. — Statistische Nachträge zu den Reichstagswahlen. II. Von Akademikus. — Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. Von Gustav Gellner. — Der Kampf der Kräfte gegen die Krankenlaffen. Von Dr. med. Georg Wagner (Garmut). — Kriege und Krankenlaffen. Erwiderung von Julius Fröhner (Tredde). — Die Forderung der freien Arztwahl. Von Dr. med. G. L. Lehmann (Künzler). — Koliken: Kriege als Strafbrecher. Von K. K. — Literarische Rundschau: Max Kraft, o. d. Professor in Graz. Das System der technischen Arbeit. Von J. German. „Brodiaus“ Konversationslexikon. Von W.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreislifte der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein, (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 1. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. I. In deutscher Sprache. Katalog für Arbeiter. — Die Recordarbeit in Deutschland. Von Dr. Ludwig Bernhardt. — Die erste Höhe bei Unglücksfällen. Von Dr. med. Christoffer Berlin. — Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Preussener Parteitag. Von Dr. Wilhelm Cohnstadt. — Aufgaben der Gemeindepolitik. (Von „Gemeinde-sozialismus“.) Von Adolf Damalschke. — Sechzehn Jahre in Sibirien. Erinnerungen eines russischen Revolutionärs. Von Leo Deutsch. — Sozialismus. Rationalistische wirtschaftliche Erklärung des Reichens. Von Rudolf Driemel. — Zur Lage der Volkswirtschaft. — Kommunismos und Mittelstandspolitik. — Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von Franz Rehring. — Meine Rechtfertigung. Ein nachträgliches Wort zum Dresdener Parteitag. Von Franz Rehring. — Deutscher Metallarbeiterverband. Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin. — Die letzte ordentliche Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes. — Gemeindefürsorge nationalökonomische Vorträge. Von Dr. Wilhelm Neumann. — Elemente der Volkswirtschaftslehre. Von Dr. Wilhelm Neumann. — Tägliche Politik. Ein Handbuch für jüdische Wähler. Von Emil Wilschke. — Eine rote Regierung. ...? Von Otto Ulrich (Paris). — Der Sinn des Judentums. Von Dr. Ludwig Stein. — Verfallismus von Gollert. Von Franz August Schmeiger. — Betrachtungen über die Bildung und Verteilung des Reichtums. Von Anne Robert Jacques Turgot. — In französischer Sprache. Esquisse d'une Histoire Naturelle des Partis Politiques. Von Dr. Rudolf Broda. — Le Peuple Roi. Von H. Darel. — L'Etat Socialiste. Traduit par Edgar Milhaud avec une Introduction de Charles Adler. Von Anton Wenger. — Les Secretariats Ouvriers en Allemagne. Von Dr. André Morizet. — Le Syndicalisme Allemand. Von Albert Thomas. — La Quincentenario du Socialismo. Von F. G. Schöffe. — 3. In holländischer Sprache. Trusts en Kartels. Von J. M. Wihant. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Der Rohberntische normale Verarbeitestag und die Rohberntische Utopie. III. Ueber den Sozialismus. Ein Verfassungskonzept der sozialistischen Arbeiterpartei des Kantons Appenzel-Außers Rhoden (Schweiz). IV. Der Sozialismus ist den Jellisten. V. Fragen und Redeweise. VI. Notizen.

Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. In der Zeitungspreislifte der Postanstalten sind die „Dokumente“ unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartalabonnement zulässig.

Socialdemokratischer Central-Wahlverein f. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr: Ordentliche General-Versammlung in Nowawes, Priesterstr. 31 bei Bernhard.

Tages-Ordnung: 1. Berichte des Vorstandes, des Kassierers und der Revisionen. 2. Berichte der Funktionäre des Kreises. 3. Anträge: a) Antrag Schöneberg, betreffend anderweitige Zusammenlegung des Vorstandes. b) Antrag, betreffend Anstellung eines besoldeten Beamten. c) Antrag Nowawes: Die Genossen sind verpflichtet, sich in dem Wahlverein ihres Wohnortes zu organisieren. d) Anträge Storkow und Schöneberg, betreffend die Delegation zu den Generalversammlungen. e) Antrag Neu-Bitzow, betreffend Landtagitation. f) Antrag Schöneberg, betreffend Aufnahme des Programms in die Mitgliederbücher. 4. Neuwahl aller Vorstandsmitglieder und Funktionäre. 5. Verschiedenes. Jeder Verein ist berechtigt, bis zu drei Delegierten zu entsenden. — Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 21. Januar 1904, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Palast“, Kommandantenstr. 20: Branchen-Versammlung der Mechaniker.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Lebertran-Kur. ärztlich empfohlen und anerkannt das Beste zur Stärkung und Kräftigung blutarter, schwächer Personen und Kinder. Medizinal-Kinder-Lebertran Medizinal-Bergener Lebertran. Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.

Kathreiners Malzkaffee ist das Ideal eines Morgentrunkes. Er ist deliklat, anregend und wohlbequemlich.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). — Fernspr.: Amt 4, 1678.

Genie Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15: Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. „Das Recht der Streikposten.“ Referent: Rechtsanwält Dr. Heinemann. 2. Streiks und Disziplinen. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Vertrauensmänner-Karte nicht Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 21. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Pfeffer, Rosenthalerstraße Nr. 57: Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission und Neuwahl derselben. 4. Delegierten-Ausstellung zur Zunimmungs-Krankenkasse und als Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht. 5. Verschiedenes. Es ist dringend notwendig, daß diejenigen, die beim Innungsmeister arbeiten, zu dieser Versammlung erscheinen, um genügend organisierte Kollegen als Delegierte aufzustellen. Die Kommission.

Charlottenburg.

Freitag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Sollhause“, Rosinenstr. 3 (großer Saal).

Tages-Ordnung: „Die Bedeutung der Gewerbegerichte.“ Referent: Genosse Bartels. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreichen Besuch ersucht. Der Wahl-Ausschuss.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Zahlstelle Berlin u. Umgegend. Bezirk Norden. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Emil Krietsch am 16. Januar an der Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der Frieden- u. Gemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 17. d. Mis., vormittags 10 1/2 Uhr, entschlief nach kurzen Leiden unser Freund und Gönner, der Bäckermeister in unserem Verbandslokal Johann Regin im 37. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Anhänger unserer Verwaltung. Ehre seinem Andenken! Verb. deutscher Gastwirte-Hilfen. Ortsv. Charlottenburg. Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des neuen Lützen-Straßhofes aus statt. Die Kollegen treffen sich 1 1/2 Uhr im Vereinslokal. [2857/5]

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin I. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied der Kohlenarbeiter Hermann Gröpler am 18. d. Mis. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. Mis., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kajakreih-Friedhofes, Heimisdorfer, Verlinstr. 17 aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung I.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute. Am 17. Januar starb im Alter von 70 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer, Herr Carl Grothe. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Rüdernstraße 70 aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 11105 Der Vorstand.

Leo Schmidt. Am 18. d. Mis. verstarb in der Charlö der Tapezierer Leo Schmidt. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Simon- u. Stichhofes in Britz aus statt. 40122 Seine alten Bekannten.

Rohtabak! Sumatra, feinbraun, labellos, brennend, Vollblatt, größte Deckkraft, per Pfund nur 1.35 Mk., empfiehlt Carl Roland, SO., Sa Kottbuserstraße Nr. 3a.

Achtung! Moabit. Achtung! Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48: Großer öffentl. Frauen-Vortrag. Nur Frauen und Mädchen reiferen Alters haben Zutritt. Thema: Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Referent: Herr Dr. M. Girischfeld, Charlottenburg. Jede Mutter und alle, die es werden wollen, sollten sich über diese Vorgänge unterrichten, die nicht nur für die Frauen, sondern auch für die ins Leben tretenden Kinder von höchster Bedeutung sind. Ruht doch im Schoße der Frau die Zukunft der Menschheit. In diesem interessanten und lehrreichen Vortrag bietet um zahlreichsten Besuch. Der Verein für Gesundheitspflege des Volkes Berlin-Moabit.

